Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **9 (1980)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 9. Jahrgang Nr. 7/8 Juli/August 1980 Kiosk Fr. 2.–

das konzept

DOPPELNUMMER

bücher service Seite 8

Erscheint monatlich

Auflage 32 000

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30
D.Wiener, Postfach, CH-4001 Basel Tel. (061) 22 41 41
Postfach 1351, CH-3001 Bern Tel. (031) 25 88 05

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 20.– (Ausl. 26.–), PC-Konto 80-37626

Brief von Walter Stürm aus dem Gefängnis
Die Gewalt der Gefangenschaft *Seite 3 und 4*

Anti-AKW-Bewegung:
Die verschiedenen Positionen *Seite 5*

Die Drahtzieher unter den Bürgern ... *Seite 6*

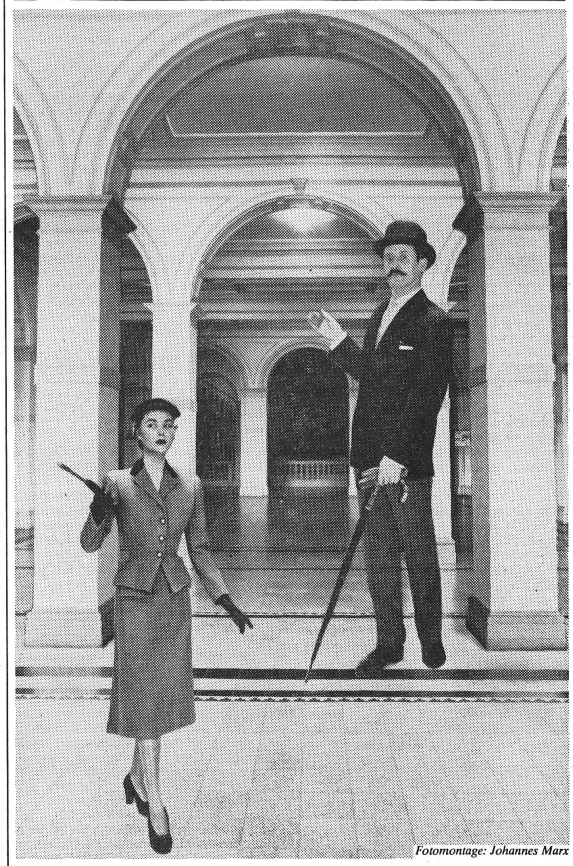
... und die interkantonal gesteuerte Krawallerie *Seite 7*

Rechtsextremismus in Israel *Seite 9*

Bilder über das Wohnen:
Hier und in der dritten Welt *Seite 13*

Hans Hehlen:
Wer wählt schon einen Gilgen? *Seite 15*

Mann und Frau sind gleich



Fotomontage: Johannes Marx

Das Parlament bevorzugt gegenüber der Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» den bundesrätlichen Gegenvorschlag: Mann und Frau sind gleich ... gross mindestens. Messen Sie nach!

Eine Wissenschaft mit demokratischem Anliegen wird politisch angegriffen

Ethnologie auf der Strasse

Die Videogruppe des Ethnologischen Seminars der Uni Zürich dokumentiert den «Krawall» vor dem Opernhaus. Und schon heisst es, der Film sei schuld an den Auseinandersetzungen. Angeheizt wurden solche abstrusen Vorwürfe durch die heftigen Angriffe von Erziehungsdirektor Gilgen auf Seminarleiter Professor Lorenz Löffler. Wenn gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Wissenschaftlichkeit der Zürcher Ethnologie überprüft werden soll, ist das ein politischer Entscheid. Die Wissenschaft wird dann zurückgepfiffen, wenn sie für einmal gesellschaftlichen Minderheiten zu ihrem Stimmrecht verhilft.

das konzept: Wir haben uns zunächst gewundert, dass es gerade mit der Ethnologie, der Wissenschaft von fernen Gesellschaften, zu diesem «innenpolitischen» Zusammenstoss kam. Ist es üblich, dass sich Ethnolog(inn)en nicht mit exotischen, sondern mit einheimischen Gesellschaftsgruppen beschäftigen?

Professor Lorenz Löffler: Für uns Ethnologen ist natürlich nicht das Studium hiesiger Verhältnisse primäres Anliegen. Es sind tatsächlich die andern, die fremden Kulturen, die im Vordergrund des Interesses stehen. Aber wir müssen unsere Studenten in ganz bestimmten Techniken ausbilden. Und da wir sie nicht überall hinschicken können – dazu fehlen uns die Finanzen –, liegt das geeignetste Arbeitsfeld halt unmittelbar hier vor der Tür.

Mit Professor Lorenz Löffler, Claudia Steiner (Assistentin) und Hans-Ruedi Wiedmer (Ethnologie) sprachen Ruedi Küng und Liselotte Suter vom «konzept».

Ihr macht das schon einige Jahre?

L. L.: Ja. Es gab auch vor der speziellen Ausbildung in der Videotechnik schon solche Arbeiten, zum Beispiel das Studium bei Bauern. Die Videoarbeit ist nur ein Teil der möglichen Trainings der Studenten. Diese speziellen Projekte sind alle hier in Zürich gelaufen: zuerst der Kinderspielplatz, als zweites die Wohnstrasse, dann die Hellmutstrasse, die freien Stadthäuser. Gedacht war auch an eine Untersuchung von Alkoholikern, aber die Heimleitung lehnte ab. Eine andere Möglichkeit – es kommt ja immer darauf an, wo man zugelassen wird – war der Kontakt zur ARF (Arbeitsgruppe Rote Fabrik). Die war anfänglich auch nicht sonderlich begeistert, dass die Studenten sie zu Studienobjekten machen könnten.

Wie wird in einer Community-Medien-Gruppe – so die offizielle Bezeichnung des Videoteams am Ethnolgischen Seminar – überhaupt gearbeitet?

L. L.: Die Community-Medien-Gruppen wurden nicht von den Ethnologen erfunden. Sie entstanden in Kanada und in den USA beim Versuch, minderbemittelten Gruppen zum Ausdruck zu verhelfen, sie den Oberbehörden darzustellen und bei den Bewohnern selbst auf eine gewisse Bewusstseinsbildung hinzuwirken. Solche Projekte wurden dann auch in London gemacht: Quartierarbeit mit dem Geld von oben. Die Leute wurden aufgefordert, selbst Gedanken zu entwickeln, was man bei ihnen verbessern könnte. Heinz Nigg (Lehrbeauftragter und Projektleiter der Community-Medien-Gruppe) hat seine Doktorarbeit im Rahmen einer solchen Gruppe in London gemacht und seine Erfahrungen hier am Ethnologischen Seminar eingebracht.

«Solange die Kinder ihren Spielplatz haben sollen, ist alles schön und gut.»

Für Ethnologen ist Video gerade darum ein geeignetes Instrument, weil es unser Anliegen sein sollte, die Weltsicht, die Anschauungen der Minoritäten möglichst getreu aufzuzeichnen und umzusetzen in unsere Diktion. Wenn man hinauszieht mit dem Notizbuch, kann man das Aufgezeichnete meist nicht mehr mit den Leuten diskutieren. Ob es dann wirklich die Sicht der beobachteten Leute ist, bleibt dem guten Glauben an die Qualität des Ethnographen überlassen. Mit dem Videofilm hingegen kann man die Leute immer wieder fragen, ob sie einverstanden sind mit dem Bild, das von ihnen gemacht wird.

Gehört es also zur Arbeitsweise der Community-Medien-Gruppe, ihr Produkt den Betroffenen jeweils wieder zur Verfügung zu stellen, wie es auch im Volkshaus geschehen ist?

L. L.: Ja, wenn die Jugendlichen gerade bei dem kleinen Film meinen, dass er ihre Sicht zeigt, und wenn sie Schwierigkeiten haben, diese gegenüber einer grösseren Öffentlichkeit zu vermitteln, dann sollen sie den Film durchaus haben und ihn im Volkshaus zeigen können. Die Volkshausveranstaltung war keine verbotene Veranstaltung. Sogar die Polikam es zu keiner Konfrontation. Obwohl gerade dieser Film von andern Bürgerinitiativen benützt worden ist, um zu zeigen: so kann man es machen.

«Nicht der Film und seine Wissenschaftlichkeit stehen im Zentrum, sondern die allgemeine politische Situation.»

tiker waren da, man wollte ihnen klarmachen, wie die Jugendlichen die Sache sehen. Also war es das sinnvollste, gerade diesen Film dafür zu verwenden, denen, die nicht selbst dabei waren, zu zeigen, wie die ganze Szenerie auf die Jugendlichen gewirkt hat.

Warum wirft man den Ethnologen ausgerechnet jetzt vor, nicht mehr Wissenschaft, sondern Politik zu betreiben?

L. L.: Der Spielplatzfilm ist vier Wochen im Gewerbemuseum gelaufen. Da hat niemand etwas dagegen gehabt. Es waren auch einige Politiker involviert. Ihre Interviews waren auf dem Band. Das Projekt hat das Wohlwollen der Stadtbehörden gefunden. In diesem Fall

Hans-Ruedi Wiedmer: Das zeigt, dass nicht der Film im Zentrum steht, sondern die allgemeine politische Situation. Die Auseinandersetzung mit der Jugendbewegung in Zürich ist eben politisch viel bedeutender als diejenige um Kinderspielplätze und Wohnstrassen. Der «Krawall»-Film wurde ja auch deshalb in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, weil die Politiker einen Sündenbock suchten für das, was geschehen ist.

Du wehrst dich dagegen, dass Ethnologie mit Politik, mit der Politik der Strasse, in Verbindung gebracht wird; aber ist das nicht auch eine Konsequenz der speziellen Arbeitsweise?

H.-R. W.: Ich habe mich dagegen gewehrt, dass man nur die Ethnologie in diesen Zusammenhang setzt. Für mich ist jede Wissenschaft politisch.

Konflikte gibt es immer, wenn zu brisanten Fragen irgendwelche Aussagen gemacht werden. Was noch nicht heisst, dass man parteiisch Stellung nimmt und aktiv ins Geschehen eingreift. Im vorliegenden Fall müssten sich die Politiker fragen, was sie falsch gemacht haben, dass es zu den Krawallen gekommen ist, und nicht die Dokumentaristen beschuldigen.

«In dem Moment, da wir auf die Bürgerrechte statt auf die Amtspflichten zurückgreifen, werden wir ‹gefährlich›.»

Findet jetzt ein Kampf ganz generell gegen eine engagierte Wissenschaft, eine bestimmte wissenschaftliche Methode statt, oder will Gilgen «nur» unliebsames Beweismaterial zum Vorgehen der Polizisten vor dem Opernhaus unterdrücken?

L. L.: Herr Gilgen hat wahrscheinlich keine Ahnung von unserer Methode, und die interessiert ihn auch nicht sonderlich. Aber ich würde auch nicht sagen, dass es darum geht, den angeblichen Beweis, dass die Polizei provozierte, zu unterdrücken. Das Problem ist viel fundamentaler.

Eine Demokratie existiert letzen Endes dadurch und damit, dass auch Minoritäten ein Recht haben, zu Wort zu kommen. In dem Moment, da dieses Recht unterdrückt wird, ist eine Grundlage der Demokratie gefährdet. Die derzeitigen Obrigkeiten tendieren dazu, diese Grundlage eher unbequem zu finden. Wenn unser Film die Sichtweise der Jugendlichen zeigt, wäre es im Sinne der Demokratie, sich mit ebendieser Sichtweise auseinanderzusetzen.

Mit dem Verbot des Videofilms wird einer Minorität einmal mehr eine Möglichkeit genommen, ihre Ansicht gewaltlos zu demonstrieren. Wenn die Ethnologie nun weiterhin für dieses demokratische Recht eintritt und sie dabei von oben her zurückgepfiffen wird, kann es nicht Amtspflicht des Seminarleiters sein, jenen Tendenzen zu Hilfe zu kommen, die fundamentale Bürgerrechte in Frage stellen. In diesem Sinn ist unsere Arbeit natürlich politisch. Aber sie ist weder provokatorisch noch staatsgefährdend. Im Gegenteil.

Claudia Steiner: Ich glaube auch, das wichtige Moment ist die öffentliche Diskussion. Soundso viele Wissenschafter betätigen sich im grossen und ganzen gleich wie wir, aber sie haben nicht dieses Mittel (Video) verwendet, das eine breite Diskussion über ihre Forschungsergebnisse erlaubt. Da wird für gewöhnlich Information niedergeschrieben, in Schriften, die der Wissenschaft und nur der Wissenschaft zugänglich sind. Es gibt noch und noch Untersuchungen über Minoritäten, die einfach in der Bibliothek verschwinden. Das Material wird in einer Sprache verschlüsselt, die die Betroffenen nicht mehr verstehen.

L. L.: In Bibliotheken ist es aber immer noch öffentlich zugänglich. In unse-

Fortsetzung auf Seite 15

ZÜRCHER LAOKOON

Bild: Eugen Bisig

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Wir stellen uns hinter die Jugendbewegung!

«Zürcher Impressionen und Reflexionen nach dem ersten Juni-Wochenende – Die grosse Wut und ihre klammheimliche(n) Freu(n)de» in «das konzept» Nr. 6/80.

In Eurer letzten Nummer erschien ein ausführlicher Artikel über die Zürcher Jugendbewegung, der auf grosses Interesse stiess. Leider wurde in diesem Artikel fälschlicherweise vermerkt, die POCH Zürich habe sich von den Krawallen distanziert. Uns ist nicht klar, warum die Autoren des Artikels zu dieser

echo

Aussage kommen. Sie entbehrt nämlich jeglicher Grundlage. Die POCH Zürich hat sich in einer Presseerklärung am 31. Mai hinter die Jugendbewegung gestellt und sich auch nicht, wie andere Linksparteien, von bestimmten Aktionen distanziert. Eine gleichlautende Erklärung wurde von N. Scherr am Mittwoch darauf im Zürcher Gemeinderat verlesen. Auch hatte dort I. Schmid eine Interpellation eingereicht, die vom Stadtrat Auskunft über den brutalen und völlig unbegründeten Polizeieinsatz, der die Krawalle provoziert hatte, und das weitere Vorgehen des Stadtrats in bezug auf das *autonome Jugendzentrum* und die *Rote Fabrik* verlangte.

Die POCH hat einzig gegenüber der SDA festgehalten, dass ihre Meldung von Freitag/Samstagnacht, die POCH hätte die Demo vor dem Opernhaus organisiert, falsch sei. Diese Berichtigung lag vor allem im Interesse jener, die diese Kundgebung organisiert hatten und denen damit ein wesentliches Verdienst an der Entstehung der Jugendbewegung zukommt, das die POCH für sich in keiner Weise in Anspruch nehmen kann.

Die Militanz auf der Strasse hat dazu geführt, dass sich die Jugendbewegung immer mehr ausweiten konnte und sich ihr, wie an der Grossdemo mit 10 000 Demonstrantinnen und Demonstranten vom Samstag, dem 21. Juni, weitere Kreise «Unzufriedener» anschlossen. Jede Diskussion über Gewalt oder nicht Gewalt ist dabei überflüssig. Das Vorgehen der Polizei und des Stadtrates hat die Krawalle immer wieder provoziert, so auch anlässlich der Demonstration vor dem Gemeinderat vom Mittwoch, dem 18. Juni.

Es war darauf angelegt, mit einer Eskalation von Repression und Gewalt (Knüppeleien, Einsetzung des von der Uno verbotenen Tränengases CS, Demonstrationsverbot, illegale Präventivhaft) die immer grösser gewordene Dynamik der Jugendbewegung zu stoppen, diese einzuschüchtern, zu spalten und zu kriminalisieren. Diese Strategie hat Schiffbruch erlitten. Die Grossdemo vom 21. Juni war hierfür ein eindrücklicher Beweis.

Solidarität mit der Jugendbewegung heisst für uns als Partei, unsere Möglichkeiten als Partei für die Jugendbewegung einzusetzen. So verstanden wir unsere Interventionen im Gemeinderat und unser Zur-Verfügung-Stellen der Infrastruktur anlässlich unseres Volksfestes vom 21. Juni. Ratschläge, Mahnungen und Einheitsappelle hingegen braucht die Jugendbewegung weder von uns noch von andern, die sich hierfür berufen fühlen. Die Wahrung der Autonomie bleibt gerade in der jetzigen Phase eines der vordringlichsten Ziele der Bewegung.

Daniel Vischer, POCH Zürich

*

Sorry, POCH-Leute, wir taten euch unrecht! In eurer Presseerklärung vom 1. Juni fehlt tatsächlich jede Distanzierung von Gewalttätigkeit und Plünderungen. Wir liessen uns wahrscheinlich irreleiten durch in jenen heissen Nächten mit Parteifritzen geführte Gespräche, wo uns allerdings in diesem Punkt zwischen SP, RML und POCH keine Unterschiede auffielen. Eine sachliche Differenz der POCH zur Kerngruppe der Protestjugend bleibt dort bestehen, wo jene das Verdienst an den guten Actions allein der Schmier zuschreiben wollen. Immerhin bemerken wir im Zürcher Junius bei vielen Parteimenschen erstaunliche Lernprozesse; mögen sie anhalten. The opera must go on! Die beiden «konzept»-Stadtindianer

(Ge)wehrlos

dw. 40 Mitglieder und Sympathisanten des Soldatenkomitees deponierten Ende Juni ihre Gewehre im Basler Rathaus. Sie protestierten damit gegen das neue Dienstreglement (DR 80), das den Wachdienst mit scharfer Kampfmunition vorschreibt. Das Kantonsparlament brach seine Sitzung ab, als die Demonstranten in den Ratssaal eindrangen. Viele bürgerliche Parlamentarier waren äusserst verärgert und verliessen empört den Tatort. Die Gewehre, in deren Läufen rote Nelken steckten, wurden eine halbe Stunde nach Schluss der Demonstration von drei Polizisten abgeholt. Von den Gewehrlosen wird man noch hören: Ihnen droht ein Prozess vor Militärgericht, obwohl die Waffen ohne Verschluss und damit funktionsunfähig hinterlassen wurden.

Lungen- und andere Brötchen

Zu den viel zu kleinen, in viel zu wenigen Nummern erschienenen Gauloises-Inseraten.

Es freut mich, dass Ihr Reklame aufnehmt für die Gauloises. Ich bin selber nämlich auch ein Gauloises-Typ. Die Gauloises ist die beste Zigarette und wirkt bewusstseinserweiternd, macht ganz einfach lässig, happy usw. usw. Es ist gut, dass Ihr den Wink des Präventivmediziners Gilgen so schnell verstanden habt und die Gauloises-Reklame aufgenommen habt, ohne Widerrede, wie's sich gehört für brave Buben.

Es sind ja drei Interessen, die dabei zum Zuge kommen. Einmal bessern Sie die finanzielle Lage Ihrer Zeitung auf, die ja immer sehr prekär ist. Zum anderen denken Sie an die armen Schlucker, die Ärzte, die jährlich nur dreihundert- bis fünfhunderttausend verdienen. Durch zusätzliche kombinierte «Konzept»-Gauloises-Infarkte und -Krebse werden diese recht bescheidenen Ärzteeinkommen auch endlich auf das Existenzminimum angehoben. Nicht dazu im Widerspruch steht natürlich, dass die Gesundheit der Studenten durch die Gauloises gefördert wird. Wie der berühmte Präventivmediziner Professor Dr. Alfred Gilgen ausführte, sind die Gauloises immer noch gesünder als das von der Zürcher Polizei verwendete Tränengas. Rektor Hilty ist darum eher dafür, Gauloise-Müsterchen an der Uni zu verteilen, als den Lichthof mit Tränengas zu räumen.

Brigadier Professor Dr. Hilty würde es jedoch sehr gern sehen, wenn «das konzept» in Zukunft nicht so zugeknöpft sein würde in Sachen Stelleninserate für Bührle, Contraves, Siemens-Albis, Zahnrad Maag, Philips und die anderen Rüstungsfabriken. Hilty wurde ja auch nur Rektor, weil man hoffte, dass er als Brigadier das Klima des Wehrwillens an der Uni verbessert. Trotz staatlicher Subventionierung der Maoisten, der «Oktober»- und «offensiv»-Leute war dies bisher nicht so recht gelungen.

Also, «konzept»-Leute, gebt Bührle und Konsorten Gelegenheit, in Euren Reihen Knechte zu suchen für die gottgefälligen Kriegs-Macher-Fabriken. Nehmt auch Stelleninserate auf für die Polizei und für Instruktoren der Schweizer Armee, da Mangel herrscht an willigen Mannen, die dereinst gegen den inneren Feind antreten. Auch Spitzel-Inserate könntet Ihr aufnehmen für die bekannte Firma Gilgen-Cincera AG am Limmatquai, die für Photos und Tonbandaufnahmen bekanntlich nicht schlecht bezahlt.

Zum Glück haben wir die Uni und die ETH, wo noch die gesunde Ideologie der freien Marktwirtschaft vertreten wird, sonst könnten wir Drogen-Waffen-Werbe-Fritzen abfahren.

H. Frei, Zürich

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Sie haben natürlich völlig unrecht, liebe Frau *S. B.* in *B.* Mit der auf Herbst angekündigten Tariferhöhung wollen die Eisenbahnbosse nicht etwa die Leute davon abhalten, die Bahn zu benützen. Wo denken Sie hin?! Die Schweizerischen Bundesbahnen sind ein gehobeneres Unternehmen, als Sie denken: Wenn die Preise steigen, wird die Bahn exklusiver, weil nur noch die Mehrbesseren damit fahren können. Das Exklusive hat aber immer schon eine ungemein starke Attraktivität auf die Schweizer ausgeübt, weshalb die Massen hinfort nicht mehr im kommunen Auto, sondern im Train-set verkehren werden.

*

Lieber Monsieur le directeur *S. B.* in *V.*, ich bin ja eigentlich kein Anlageberater, aber für einmal mache ich gerne eine Ausnahme. Es sind mir da auch ein paar ganz heisse Tips zugespielt worden. Es empfiehlt sich heute, die 1975/76 von den Grossbanken (und insbesondere vom Bankverein) zurückgezogenen Schwarzmillionen wieder einzuschleusen. Denn mittlerweile wurde saubere Arbeit geleistet. Es war ja wirklich nicht mehr länger zu ertragen gewesen, dass Bankauszüge gewisser Bankkunden (mit Saldi auf Franken und Rappen) von einem «Spion in der Bank» still und heimlich an Steuerbehörden geleitet wurden und dadurch der eine oder andere Vater Staat Genaueres über den Sparbatzen des einen oder anderen Bürgers erfuhr. In Zusammenarbeit mit der Polizei haben die Sicherheitsdienste unserer Banken den üblen Schnüfflern das Handwerk gelegt. Endlich! Jetzt wollen die Banken die Verluste natürlich wieder wettmachen. Lassen Sie also Ihr Geld dabeisein.

*

Ich kann gut verstehen, dass Ihnen die Galle hochkommt, lieber *F. D.* in *P.*, weil Ihnen der Nef mit seinem ominösen Geheimnisverrat in Sachen «Bachmann-Berichtlein» die Hoffnungen genommen hat: Sie sind nicht der einzige St.-Galler Unternehmer, dem der volksdümmliche Toggenburger Gemeindepräsident und Sektionschef seiner Partei vor dem Nationalratsglück steht, mit seiner Schau ist er natürlich so gut wie wiedergewählt. Aber trösten Sie sich, die Angelegenheit hat auch Vorteile: Die Geldbeutelpartei verliert ihr bergbäuerliches Feigenblatt nicht, der «Bachmann-Skandal» ist nicht sofort hochgegangen, und die staatstragenden Parteien konnten beweisen, dass sie gegen Gesetzesbrecher in den e i g e n e n Reihen nicht gleich Knüppel und Tränengas einzusetzen brauchen.

Ganze Seite

Leserbrief von Peter Frikart: «Sartre gewürdigt», Nr. 6/80.

In einem Leserbrief wurde dem «Volksrecht» vorgeworfen, zum Tod von Jean-Paul Sartre nur Agenturmeldungen gebracht zu haben. Dazu folgende Feststellung: Im «Volksrecht» vom 25./26. April 1980 war unter dem Titel «Auf der Suche nach Glück und Lebenssinn» ein ganzseitiger Beitrag von Georges Wieland über Jean-Paul Sartre zu lesen. Der Artikel erschien auf der Seite «Politische Zeitprobleme», auf welcher einzelne Themen ausführlicher und mit mehr Hintergrundinformationen gebracht werden können und welche bei uns jeweils einen Bestandteil der Wochenendausgabe bildet.

Redaktion «Volksrecht»

INSERAT

Das neue „Cuba-Si" ist erschienen!

CUBA SI

Informationsbulletin der Vereinigung Schweiz-Cuba 2/80

Die Themen sind:

Kabinettsumbildung
Castros Kuba: Muster ohne Wert?
Frauen in Kuba
Die Wirtschaft Kubas

Ich bestelle _____ „Cuba-Si"

Name

Vorname

Adresse

Wohnort

Zu beziehen bei: VSC, Postfach 3347, 8031 Zürich

Alle lesen das konzept gern!

Fotomontage: Johannes Marx

Abonnieren auch Sie es.

«das konzept», Jahresabonnement 20 Fr., Ausland 26 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *September 80–Dezember 81 für 30 Fr. (Ausland 36 Fr.)*
☐ ***Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)***
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten) hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse: *PLZ, Ort*

Beruf: *Datum:* *dk 7, 8/80*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats

Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld und Wald, die Dunkelmänner, Mattscheibenleuchten und unheimlichen Patrioten das Wort frei.

Ruck-zuck-zackig ausgehorcht, abgezapft und angewanzt

Heute mit Oberst i. Gst. Albert Riverman, Hofspion des EMD, Chefschnüffler wider alle vaterlandslosen Eid-Genossen

das konzept: Herr Riverman, Sie wissen viel, vielleicht zu viel. Haben Sie nie Angst?

Riverman: Das, meine Herren (es hat auch Damen, Anm. d. Red.), ist mein Geheimnis. Und wenn es das einzige bleibt, ich werde es hüten bis in den Tod.

Nicht doch. Von Tod haben S i e angefangen. Herr Cervallaz hat Ihnen also mit seinen Enthüllungen das Fürchten nicht beigebracht?

Riverman: Es ist umgekehrt. Der Bundespräsident hat seit Wochen kein Auge mehr zugetan. Meine Agenten sind ihm auf den Fersen. Sie berichten von Fussschweiss . . .

. . . und weiter?

Riverman: Auch mein Freund Rüedu (Gnagi, Anm. d. Red.) hat gealtert. Er brummt ständig etwas von «immer gesagt . . . Bach . . . Anfänger . . . Hochverrat.» Der Rest ist auf meiner Abhöranlage unverständlich.

Zu dumm. Und wie treiben Sie's sonst noch?

Riverman: Das wissen Sie doch genau. Ich lege Dossiers an über all das linke Ungeziefer, das da wühlt und wühlt. Das macht sich bezahlt (lacht hemmungslos). Ein besonderes Augenmerk lege ich auf meine ehemaligen Kollegen aus der kommunistischen «Freien Jugend». Nur noch so viel: Mein Kollege Cincera hat da lediglich Indianerlis gespielt. Er hat es ja darum auch nur zum Oberstleutnant gebracht.

dk: Spitzel Heil!

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Jelmoli – Medikamentenmissbrauch offiziell bestätigt

Die Jelmoli-Sanitätsschwester, die den Medikamentenmissbrauch in ihrer Firma öffentlich angeprangert hatte (vgl. «das konzept» 4/80) – und deshalb von Jelmoli schwer angegriffen wurde –, erhielt nun offizielle Bestätigung durch den Kantonsapotheker: «Wir danken Ihnen für Ihre Mitteilung, den Inhalt der Reisesets der Firma Jelmoli betreffend. Wir haben in dieser Sache bereits die uns notwendig erscheinenen Massnahmen getroffen, da Werk-Sanitätsposten nur befugt sind, Arzneimittel im Rahmen ihrer Sanitätstätigkeit notfallmässig an Betriebsangehörige oder Fremdpersonen abzugeben.

Medikamente des vorliegenden Verzeichnisses (vgl. «konzept»-Dokumentation 4/80) müssen – je nach Abgabebefugnis – eventuell in Drogerien, Apotheken oder sogar gegen Rezept (Mexaform, Valium 2) bezogen werden. Die Abgabe darf nicht aus Grosspackungen (Valium 2) dispensiert werden, sie muss in der Originalpackung erfolgen.»

das konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter, Daniel Wiener (Basel).

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 20 Fr. (Ausl. 26 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile (27 mm) –.68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: **Nr. 9/80: 25. 8. 80**
Inserateschluss: **Nr. 9/80: 29. 8. 80**

Die nächste Nummer erscheint am 9. September

Brief aus der Gefangenschaft

Unterschiede im Leben des Walter S. und des Kurt F.

Walter Stürm, der unbequeme Häftling, wurde im November letzten Jahres wieder einmal gefasst (vgl. «dk» Nr. 2/80) und sitzt jetzt in Pfäffikon. Der folgende Brief an Kurt Furgler, am 20. September 1978 geschrieben, stammt von einem, der die Schweizer Gefängnisse und die Justiz am eigenen Leib erfährt, und spricht für alle anderen Eingesperrten, die ihre wenigen Rechte nicht kennen (dürfen).

Lieber Kurt,

Als du da letzthin im Handballdress, in Wurfpose den Ball in der Hand haltend in den Presseerzeugnissen zu sehen warst, hat mich das an früher erinnert. Aber eben, wie das Leben so läuft, du bist nun im Bundesrat, und ich bin im Zuchthaus. Trotzdem haben wir noch immer allerhand gemeinsam, zum einen die Juristerei, du setzt dich für neue Gesetze und die BuSiPo ein, und ich rege die Zuchthausdirektoren durch Rekurse und staatsrechtliche Beschwerden an, sich auch ein wenig an die Gesetze zu halten. Zum andern reisen wir beide mit Eskorte: du, damit du nicht gestohlen wirst oder dir sonst was Böses geschieht, und ich, damit ich nicht davonlaufe. Es wird uns beiden gleich lästig sein, denn schliesslich ist ja niemand gerne immer beobachtet.

* * *

In den Massenmedien wurde letzthin viel über den von deiner Justizabteilung zusammengestellten Bericht über die Selbstmorde und die Verwendung der Psychopharmaka in den Gefängnissen berichtet. Mich interessiert dieser Bericht sehr, und ich möchte dich bitten, mir diesen Bericht als Betroffenem zustellen zu lassen. Auch ich habe manchmal Suizidgedanken, die Qualität des gebotenen Strafvollzuges bringt das fast zwangsläufig mit sich; allerdings hat mich bisher die Überzeugung, dass der Menschheit eigentlich mehr gedient wäre, wenn man an die für diesen Suizidzweck bereitgehaltene Schnur einen mit dem Strafvollzug Befassten hängen würde, davon abgehalten, mich aufzuhängen.

Was die Information angeht, so habe ich einige Probleme; wenn ich mich um eine Auskunft an deine Abteilung für Straf- und Massnahmevollzug wende, dann mahlen diese Mühlen ausserordentlich langsam. Vielleicht hat Frau Dr. Schürmann *(Sekretärin Furglers, die Red.)* gewisse Hemmungen, Informationen auch einem Gefangenen zugänglich zu machen. Ich kann mir ihr Dilemma schon vorstellen, denn es wird ja nicht allzu oft vorkommen, dass Gefangene die Justizabteilung um eine Information ersuchen.

Bei mir ist es nun so, dass ich einige Jahre abzusitzen habe und nicht drinnen kaputt gemacht werden möchte. Ich beschäftige mich darum sehr intensiv mit allen Problemen, die sich für die Gefangenen ergeben, und ich schreibe auch Rekurse für meine Mitgefangenen und reiche für sie auch mal staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht ein. Die Zuchthausdirektoren schliessen mich denn auch immer entsprechend ins Herz; ich bin kein gern gesehener Gast. Für meine Arbeit im Strafvollzug ist es natürlich wichtig, dass ich immer gut informiert bin, denn schliesslich möchte ich ja immer alles möglichst gut begründen. Ich wäre dir darum sehr dankbar, wenn du bei deiner Frau Dr. Schürmann ein gutes Wort für mich einlegen würdest und ihr so deinen Segen erteilst, vielleicht übt sie nachher weniger Zurückhaltung. Bitte bestell' ihr auch einen Gruss und es habe mich gefreut, dass sie mir zum Geburtstag gratuliert hat.

* * *

Nun ist es neun Uhr geworden, und du wirst jetzt zusammen mit dem Gnägi, der nicht zurücktreten will und den andern Kollegen zur Mittwochsitzung zusammengekommen sein. Ich müsste nun eigentlich Tüten kleben, aber weil mir dies stinkt, schreibe ich dir lieber diesen Brief.

* * *

Gestern las ich deine Antwort vom 28. Februar 1978 auf die Motion Carobbio *(betrifft Suizide in Schweizer Gefängnissen, vgl. auch «dk» 12/78, die Red.)*. Ich muss sagen, lieber Kurt, mit deinen Argumenten kommst du mir ein bisschen vor wie ein Mann, der zum ersten Mal auf dem Hochseil steht: Wenn du viel Glück hast, kommst du auf der andern Seite an, wenn du Pech hast, fliegst du mitsamt deinen Argumenten runter. Ob man da nicht besser auf dem Boden bleibt? Wenn da zu lesen ist, wenn der Anstaltsleiter Zwangsmittel einsetze, dann ziehe er sofort den Anstaltsarzt zu Rate und berichte der vorgesetzten Behörde, dann fällt mir eigentlich nur das Kind ein, das noch an den Storch glaubt.

Auf die Feststellung, der Artikel 6 EMRK *(Europäische Menschenrechts-Konvention, die Red.)* sei auf Arrestverfügungen nicht anwendbar, weil dabei nicht über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen entschieden werde, muss ich dir leider schreiben: doch es wird. Es gibt verschiedene Disziplinarentscheide, bei denen z. B. wegen der Demolation einer Zelle, Arreststrafen und die Bezahlung der Kosten für die Wiederinstandstellung der Zelle verfügt wurde. Ich bin in der Lage dies zu beweisen, sowohl für den Kanton Bern wie auch für den Kanton Zürich. Zu der Feststellung, die Gefangenen hätten ein Rekursrecht und könnten nachher sogar beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde führen, und sie könnten sich eines Rechtsbeistandes bedienen, ist auch einiges zu schreiben. In den Hausordnungen und in Disziplinarentscheiden steht, Rekursentscheide seien endgültig, und in den Rekursentscheiden fehlt immer eine Rechtsmittelbelehrung. Woher, denkst du, sollen die Gefangenen unter diesen Umständen wissen, dass sie mit einer staatsrechtlichen Beschwerde an das Bundesgericht gelangen können, und wie stellst du dir vor, dass sie einen Rechtsbeistand finanzieren? Glaubst du, es seien nur Rechtsanwälte in den Gefängnissen? Die allermeisten Rechtsanwälte sind schlau genug, um nicht rein zu kommen, und manchmal werden sie auch Bundesrat.

Ich schreibe hier fast Tag und Nacht für meine Mitgefangenen und werde dafür auch entsprechend schikaniert, denn den Zuchthausdirektoren sind Gefangene, die aus Wut und mit dem Gefühl ausgeliefert zu sein, die Zelle demolieren, lieber als solche, die sich rechtlich zur Wehr setzen. Logisch ist das eigentlich nicht, es sagt aber viel über die mit dem Strafvollzug Befassten aus.

Was das Rekursrecht, die Abwicklung des Disziplinarverfahrens und das Rekursverfahren angeht, da fällt einem nur der Spruch von der Krähe ein, die der andern ein Auge aushackt. Von einem rechtsstaatlichen Verfahren kann da sehr oft keine Rede sein. Da steht auf einem

Disziplinarentscheid etwa als Rechtsgrundlage «Besitz eines Schlüssels», obwohl das gar nicht verboten ist, oder da wird vom Direktor «infolge Eindeutigkeit des Tatbestandes und geringer Aussicht auf Gutheissung des Rekurses die aufschiebende Wirkung des Rekurses aufgehoben». Man sollte meinen, dass eigentlich nur die Rekursinstanz das beurteilen kann.

* * *

Nun glaube ich nicht, dass du absichtlich solche irreführenden Informationen in die Welt setzen wirst, aber ich meine schon, dass du dich besser informieren solltest. Du solltest vielleicht auch einmal *mit* Gefangenen reden und nicht nur *von* ihnen und mit denen, die sich mit dem Strafvollzug befassen. Und sicher wäre es auch von Vorteil, wenn du ein Zuchthaus einmal unangemeldet besuchen und nicht mit ausgemachten Funktionshäftlingen reden würdest. Du bist nicht nur der Bundesrat, der mit dem Strafvollzug Befassten, du bist auch der Bundesrat der Gefangenen, und die haben dich wahrscheinlich nötiger. Als du vor ein paar Jahren einmal auf dem Torberg aufgetaucht bist, wurde erst der ganze Knast auf Hochglanz poliert, und man stellte auch noch ein gutes Essen zusammen, allerdings wurde das dann in den folgenden Tagen wieder eingespart, aber du warst ja nicht mehr da. Ich glaube, wenn du dich so informierst, dann bist du eben nicht informiert, und am Schluss weiss der Werner Carobbio noch besser Bescheid wie du, obwohl der Werner Carobbio nicht einen solchen Apparat zur Verfügung hat. Wenn du dich da auf die von den Zuchthausdirektoren erhaltenen Informationen verlässt, dann kann ich dir dazu nur sagen, von mir kann niemand ungestraft sagen, ich sei ein gerichtsnotorischer Lügner und Schläger, und in dieser glücklichen Lage sind nicht alle Zuchthausdirektoren. (. . .)

* * *

«Granma», die Zeitung der KP von Kuba, liefert man mir in die Zelle, man liefert mir auch die Volksverdummungsschriften des Ernst Cincera, die Zeitung der Astra *(Aktion Strafvollzug, existiert heute nicht mehr. Die Red.)* aber verbietet man mir. Was meinst du, welche Lektüre «gefährlicher» sei? Erhalte ich die Zeitung der Astra nicht, weil die Astra auch in Zürich ein Büro hat und kritisiert, erhalte ich das Zeug von Cincera, weil der den Strafvollzug nicht kritisiert, und erhalte ich «Granma», weil der Fidel einige tausend Meilen entfernt residiert? Werde ich allein dadurch, dass ich in den Strafvollzug komme, unfähig zu unterscheiden, was Blödsinn ist und was nicht? Bitte denk einmal darüber nach, wenn du eine ruhige Minute hast. (. . .)

* * *

Im «Tagesanzeiger» war letzthin ersichtlich, welchem Stress du ausgesetzt bist, das war ja ein Mordsprogramm über das Wochenende vom 9./10., ich lege dir den Zeitungsausschnitt bei, ich habe ihn extra für dich ausgeschnitten. Ich kann zur Zeit leider nicht so viel reisen wie du, meine Reisen gehen von der Zelle zum Spazierhof und wieder zurück. Vielleicht schickst du mir als Ausgleich von deinem nächsten Ausflug eine Ansichtskarte, ich würde mich sehr freuen.

Jetzt ist es schon fast 11 Uhr, und dir, dem Gnägi, der nicht zurücktreten will und den andern Kollegen wird ja nun ein Bediensteter den obligaten Kaffee serviert haben, und für mich wird es nun höchste Zeit, wieder hinter die Tüten zu gehen, damit ich das Tagespensum nicht verpasse. Ich stehe dir für Auskünfte über den Strafvollzug jederzeit sehr gern zur Verfügung und ich hoffe, die politischen Zwänge hätten dich nicht auch zu einer «Krähe» gemacht.

Genehmige du, lieber Kurt, nicht nur meine vorzügliche Hochachtung sondern auch

herzliche Grüsse
Walter Stürm

Haftbedingungen in Schweizer Gefängnissen

Wer ist verantwortlich?

Von Hans Stürm

An den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Herrn Bundesrat Furgler:

In der Antwort Ihres Departements auf den obenstehenden Brief meines Cousins Walter Stürm lese ich: *«Da wir annehmen, dass sich Ihre Ausführungen überwiegend auf ungenaue Pressemeldungen stützen, lassen wir Ihnen neben dem gewünschten Bericht über ‹Suizide und Psychopharmaka im Gefängnis› die folgenden Unterlagen zukommen: Motion Carobbio vom 28. 2. 78 . . .»* etc.

Ist das alles, was Sie dazu zu sagen haben? Immerhin kann ich also davon ausgehen, dass Sie, Herr Departementsvorsteher, und Ihre Beamten es besser wissen, was sich in den Schweizer Gefängnissen abspielt. Sie stützen sich nicht auf ungenaue Pressemeldungen, Sie wissen, dass in den letzten Jahren in Schweizer Gefängnissen mehr als 40 Häftlinge durch Suizid umgekommen sind. Sie wissen, dass Amnesty International (AI) schon im Jahresbericht 1978 die Haftbe-

Fortsetzung auf Seite 4

Besuch in Pfäffikon ZH

Hohe Sicherheit (todsicher)

Von Niklaus Meienberg

Besuch in Pfäffikon, Bezirksgefängnis. Von aussen ein friedlicher Anblick, sieht aus wie irgendein Verwaltungsgebäude, neu-sauber, knappe Architektur. Moderne Verwaltungsaufgaben werden hier wahrgenommen, verschiedene Verwaltungszweige, rechts Kantonspolizei, links die Tür zum Gefängnis. Keine Gitter, keine Inschrift *«Bezirksgefängnis»*, nur eine Gegensprechanlage:

– Grüess Gott, ich möchti dä Härr Schtürm bsueche.
– Às isch offe.

Es war offen, aber nur bis zur nächsten Glastüre. Auch hier wieder keine Gitter. Eine Art von erstem Wartezimmer, neusauber. Man sieht durchs Glas geradeaus einen Korridor, rechts im Korridor eine Türe. Die geht nach vielleicht fünf Minuten auf, ein Wärter erscheint, ohne Uniform, schliesst die Tür umständlich ab, nimmt einen anderen Yale-Schlüssel, schliesst die Glastüre, das heisst die Panzerglastüre, zum ersten Wartezimmer auf, lässt den Besucher aus der ersten in die zweite Schleuse, schliesst die Glastüre, das heisst Panzerglastüre, wieder ab:

– Chönd Sie sich uuswyse?

Ich kann. Herr Weilenmann, Sekretär der Justizdirektion des Kantons Zürich, hat mir Besuchserlaubnis erteilt und den Gefängnisverwalter Isenschmid avisiert; darum bin ich nicht schon von der Gegensprechanlage abgewiesen worden. Herr Weilenmann erhofft sich, wie er durchblicken lässt, einen wohltätigen Einfluss von mir auf den Gefangenen. Darum darf ich ihn besuchen. Normalerweise dürfen ihn nur Familienangehörige besuchen. Ich möchte den Stürm, mit dem ich einen Briefwechsel führe seit Monaten, jetzt endlich einmal treffen (sehen, hören, erleben). Ich habe ihn noch nie gesehen.

Der Wärter steckt wieder den Schlüssel in die Eisentüre im Korridor, aus welcher er gekommen ist. Die Tür geht nicht sofort auf, sie gibt einen leise murmelnden Ton von sich, irgend etwas klinkt ein, Rädchen schnurren, dann geht sie auf; fast schon ein Banksafe. Ein weiteres Wartezimmer. Der Wärter schliesst die Eisentüre, durch die wir gekommen sind. In dieses zweite Wartezimmer (Vorwartezimmer) münden drei Eisentüren. Der Wärter gibt einer dieser Türen ein Klopfzeichen, steckt einen dritten kleinen Schlüssel in eine andere Türe, klick-klick, die Tür geht auf, der Wärter sagt:

– Dä Härr Schtürm chunnt grad.

Jetzt bin ich im *eigentlichen* Wartezimmer, der Wärter hat hinter mir abgeschlossen, und vor mir ist eine Glaswand, Panzerglaswand mit Löchern zum Hindurchsprechen. Ruhe. Im andern Abteil auch eine Türe und ein Fenster, das auf den kleinen Hof geht. Im Hof blühen Blumen, und oberhalb der Blumen vergittert ein Gitter den Himmel, damit die Blumen nicht fliehen können. Das Gitter ist nicht für Stürm, der kann durch das Panzerglasfenster trotz aller Geschicklichkeit nicht zu den Blumen hinausdringen.

Ruhe. Ich bin allein mit dem Panzerglas und den Löchern darin. Es ist so ruhig, dass man die Blumen wachsen hören könnte, wenn das hermetisch verriegelte Fenster einem Ton den Eintritt in das Wartezimmer gestatten würde. Die Löcher im Sprechquadrat des Panzerglases sind keine einfachen Löcher. Die kleinen sind so klein, dass man nicht den kleinen Finger hindurchstecken könnte, die grossen sind so angebracht in der Mitte der Panzerglaswand, welche Mitte aus *zwei* Panzergläsern, das heisst hintereinander gestaffelten Panzergläsern, besteht, dass das Loch auf meiner Seite keine Entsprechung auf der andern Seite hat, verglichen mit meinem Loch ist das andere Loch verschoben und also nicht deckungsgleich.

Ruhe.

Solche Gefängnisse werden wir bald überall haben. Pfäffikon ist ein Pioniergefängnis.

Still ist es hier in diesem Seelenkühlschrank. Nach 10 Minuten, Stürm ist noch nicht gekommen, dröhnt die Ruhe in meinem Kopf. Rauchen darf man auch nicht. Die Wände sind glatt und sauber, der Blick bleibt nirgends haften. Aufenthaltsort für reine Geister, vergeistigte Menschen, verinnerlichte Wesen. Für den Körper gibt es hier kaum mehr einen Anhaltspunkt. Vom Körper muss man abstrahieren. Nur noch die unsichtbarste Körperfunktion, die Stimme, hat hier etwas zu suchen: durch die Sprechlöcher hindurch. Wie spricht man mit dem Gefangenen? Frontal, oder sitzt man sich leicht schräg gegenüber?

Die andere Tür geht endlich auf, wird hinter dem Gefangenen wieder geschlossen, man nimmt Platz. Intimität wie auf der Bank, Kassier und Kunde besprechen miteinander durchs Glas hindurch den Wechselkurs; jeder hat ein Brett-Glas oder Glasbrett vor dem Kopf:

– Sali.
– Sali.

Vermutlich sei die Abhöranlage eingeschaltet, sagt Stürm, wie auch alle meine Briefe an ihn und seine Briefe an mich von Herrn Weilenmann, Justizdirektion, gelesen worden seien. Die Briefe, welche er seiner Mutter schreibe, kriege sie nicht zu Gesicht; nur Photokopien davon. Im Originalbrief könnte er nämlich mit unsichtbarer Tinte eine Botschaft an seine Mutter schreiben, welche dann einen Befreiungsversuch unternehmen oder anstiften könnte; denkt sich die Justizdirektion.

– Tschau.
– Tschau.

Wir haben eine Stunde gesprochen, wenn man das Sprechen nennen kann hinter dieser Trennscheibe. Seinen Eltern hat er abgeraten, ihn an diesem Ort zu besuchen, besser kein Besuch als so. Seine Mutter würde es nicht aushalten, sagt er und eine Freundin könne man sich schon gar nicht vorstellen hier hinter Glas. Er ist ein Abgesonderter, lebt in der Quarantäne, die Siechenhäuser des Mittelalters waren eine offene Begegnungsstätte, verglichen mit Pfäffikon ZH und ähnlichen Orten. Bald wird er verlegt nach Regensdorf, dort ist der Hochsicherheitstrakt jetzt fertiggestellt. Er hat zwar niemanden umgebracht, keine Frau vergewaltigt, sich nicht an Leib und Leben der Mitbürger vergangen, sondern nur am Eigentum (Autos geklaut und Geld). Was man ihm nicht verzeiht, sind seine Ausbrüche, seinen Freiheitsdurst. Zwar hat er bewiesen, dass er gesund ist und initiativ, indem er das einzige Gesunde tut, was ein Gefangener tun kann: *ausbrechen*. Das ist frech, und deshalb sperrt man ihn immer raffinierter ein, verlegt ihn in todsichere Käfige. Die Käfige, die er im Laufe seines Käfiglebens erlebt hat, werden immer besser, die Elektronik macht Fortschritte, das Schlüsselwesen auch. Seine Seele soll dressiert, sein Geist gefügig gemacht werden, die Auflehnung muss verdunsten. Wenn er ausbricht, muss er sich, er kann nicht anders, auf *krummen* Touren etwas Geld beschaffen, um weiterzukommen. Das gibt dann weitere Strafen. Wenn er nicht ausbricht, wird er versimpeln und stumpf werden, unbrauchbar für das Leben draussen, nach dem Käfig.

Herr Weilenmann von der Justizdirektion, auf dieses Dilemma angesprochen, sagte mir am Telefon: Er wisse natürlich, dass im Strafvollzug nicht alles sei, wie es sein sollte; jedoch sei er jetzt im Dienst, immer von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Montag bis Freitag, und habe jetzt nur eine *dienstliche Meinung* zu diesem Thema. Wenn ich jedoch einmal *nach* fünf Uhr mit ihm zusammensitzen wolle, könne er mit mir *als Mensch* sprechen, ohne weiteres. ●

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

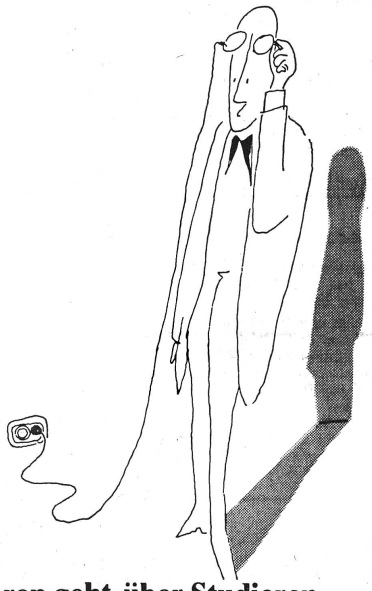
Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	– Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck	(ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
Reinschriften	30 Ex.	4.50	9.—
	50 Ex.	5.50	10.50
	100 Ex.	7.50	14.50
	200 Ex.	15.—	28.—
	300 Ex.	21.—	38.—
	350 Ex.	23.—	42.—
	400 Ex.	25.50	44.50
	500 Ex.	28.—	52.—
Dissertationsdruck	1000 Ex.	40.—	73.—



Kopieren geht über Studieren

.....Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 252 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

tersagen Weitersagen Weitersagen Weitersagen Weite

PREIS-Tiefschlag!

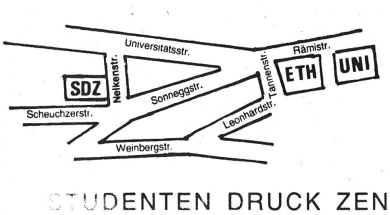
Tip für Studenten

Kaum zu glauben, aber wahr, Xerox-Kopien für 8 Rp. gar! (ab 70 Stück 7 Rappen)

geschenkt werden auch die Sortier-Kosten drum schnell zur SDZ Kopien posten!

Spiral-Bindungen innert kürzester Frist!

Kopien aus Büchern 15 Rp. 10% Legi



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ Nelkenstr. 7, 8006 Zürich, Tel. (01) 361 01 31

Fortsetzung von Seite 3

Wer ist verantwortlich?

dingungen im Fall von Gabriele Kröcher und Christian Möller im Berner Amtshaus als besorgniserregend bezeichnet; Sie wissen, dass in der Schweiz in einigen Fällen Haftbedingungen angewendet werden, die an Schändlichkeit und Menschenverachtung dem nicht nachstehen, was AI im Bericht vom 27. Mai 1980 in bezug auf die Hochsicherheitsgefängnisse in der BRD anprangert!

Konkret: dass jemand, Walter Stürm, im Gefängnis von Lausanne während 36 Tagen in Totalisolation gehalten wurde, die ersten Tage in einer halb unterirdischen Zelle ohne Licht, ohne Kleider, ohne Brille, ohne Uhr, ohne Toilettenartikel; dass ihm während 36 Tagen der vorgeschriebene tägliche Rundgang verweigert wurde, dass während dieser Zeit alle Kontakte selbst zu seinem Anwalt verhindert wurden; dass nachher das Gespräch des Häftlings mit dem Anwalt von zwei Polizeibeamten mitgehört wurde – und dies alles nicht, weil der Untersuchungsrichter Krieg Walter Stürm scheusslichster Kapitalverbrechen überführt hätte, sondern ganz im Gegenteil: zur Erpressung, weil Krieg, der Untersuchungsrichter, nichts gegen ihn vorzubringen hatte.

Vielleicht fühlen Sie, Herr Departementsvorsteher, sich von solchen Vorfäl-

Zeichnung: Tino Vetsch

len nicht betroffen: es sei eine Sache des Kantons Waadt, im übrigen sei dieser Untersuchungsrichter (nach heftigen Protesten in der welschen Öffentlichkeit) in der Folge seines Amtes enthoben und die Beschwerde des Anwalts vom Bundesgericht (teilweise) angenommen worden; also sei damit die Sache erledigt. Sie ist es nicht!

Denn Sie, Herr Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, wissen, dass es nicht nur diesen Fall gibt und solche nicht nur in Lausanne. Im Genfer Gefängnis Champ-Dollon, wohin Walter Stürm von Lausanne aus verlegt wurde, hat man während Tagen in seiner Zelle nachts alle zwei Stunden das Licht angedreht. Eine Folter, gegen die er sich nur mit einem Hungerstreik zur Wehr setzen konnte – zur Beruhigung wurden ihm dann Schlafmittel verabreicht. Also auch Genf hat seine eigenen, eigenartigen Methoden; für die Sie sich vielleicht wiederum nicht für zuständig halten – und im übrigen befindet sich Walter Stürm jetzt nicht mehr in Champ-Dollon, sondern im Bezirksgefängnis Pfäffikon, Kanton Zürich.

Es ist eines der modernsten Gefängnisse der Schweiz, mit sogenannten Hochsicherheitseigenschaften im Sinn des Ihnen bekannten Berichts von AI. Ich möchte trotzdem kurz aus diesem Bericht zitieren; unter Hinweis auf Untersuchungen der EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) des Europarats und auf die medizinische Forschung betont AI: *«Die Isolation kann zu psychosomatischen Störungen, niedrigem Blutdruck und Kreislaufstörungen, Magenerkrankungen, Schlafstörungen, Konzentrations- und Artikulationsschwierigkeiten, in extremen Fällen sogar zu Halluzinationen sowie zu Depressionen und Selbstmordneigung führen.»*

Die Wiedereinführung der Todesstrafe wäre doch eigentlich nicht Sache eines Gefängnisdirektors, eines Untersuchungsrichters oder eines kantonalen Justizdirektors. Trotzdem werden aber durch die Massnahmen einiger beamteter Herren immer wieder Häftlinge in Schweizer Gefängnissen in den Tod getrieben; da weiss ich nicht, wie der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements dafür nicht zuständig und mitverantwortlich sein sollte.

Hans Stürm

Rufmord

Am 11. Juni 1980 brachte die «NZZ» die Meldung, dass das Bundesgericht die staatsrechtliche Beschwerde Walter Stürms gegen Staatsanwaltschaft und die Anklagekammer des Kantons Waadt teilweise gutgeheissen habe. Stürm hatte sich gegen die willkürliche Verlängerung seiner Isolationshaft (mise en secret) gewehrt. Die «NZZ» charakterisierte Stürm folgendermassen: *«Stürm gilt als gefährlicher Verbrecher und Ausbrecher mit Verbindungen zu Terroristenkreisen.»* Walter Stürm wurden jedoch lediglich Eigentumsdelikte vorgeworfen. Am 20. Juni musste die «NZZ» zurückkrebsen und halbherzig Verteidiger Ramberts Stellungnahme drucken: *«Walter Stürm galt in der Strafanstalt Regensdorf nicht als gefährlich. Des weitern hat Stürm keine ‹Verbindungen zu Terroristenkreisen›. Die gegenteilige Behauptung in Ihrem Blatt entspricht nicht der Wahrheit.»* Rambert wird wahrscheinlich gegen die «NZZ» und ihren wahrscheinlichen Informanten, den suspendierten Untersuchungsrichter Krieg, Klage wegen Verletzung der persönlichen Verhältnisse einreichen.

Offene Türe bei Escher Wyss

Der Löwe ladet zum Gratisbier

Von Res Strehle

Ich hatte die Escher Wyss auch schon bei geschlossener Tür besichtigt: dunkle Fabrikhallen, schwarze Gesichter von Gussputzern, Schwarzweissbilder in der Realität, wie man sie sonst nur noch in den

Geschichtsbüchern über das 19. Jahrhundert sieht. Erschreckt hatte mich der Kontrast zu den kaum hundert Meter entfernten Schnellstrassen der Westtangente und dem «sanierten» Escher-Wyss-Platz, wo die Geschichte – nicht weniger ungemütlich – zwei Jahrhunderte weiter vorgerückt scheint. Die Stimmung bei den Arbeitern war wenig fröhlich: Schon nach kurzem Gespräch werden Klagen laut über Luft und Hitze an den Arbeitsplätzen. Etwa im Werkzeugmagazin oben, wo die Abwärme der Maschinenhalle drückt. («Nie unter 27 Grad: Steh du mal einen Tag lang da!») Dazu eine Betriebskantine, wo die soziale Ordnung noch stimmt: Die mit den dreckigen Kragen unten, in der Mitte die mit den breiten Krawatten und assortierten Hemden, oben die mit den weissen Kragen, schmalen Krawatten und schmalen Lippen.

* * *

«Mitjubilieren, mitgratulieren!» war das Jubiläumsmotto anlässlich des 175jährigen Bestehens der Escher Wyss. Auf einem Plakat in Zürichs Strassen hatte ein Zürcher Löwe mit gekröntem Haupt und Blumenstrauss zur «offenen Tür» geladen. Das sollte wohl ein Ehrenmal für Emil Klöti sein, Zürichs ersten Sozialdemokraten als Stadtpräsident in der Regierung, der der Escher Wyss in der Krise der dreissiger Jahre so tatkräftig unter die Arme gegriffen hatte. Als die Fabrik mit schlechtem Bestellungseingang und hohem Verlustvortrag in Unruhen zu schlittern drohte, anerbot dieser Löwe im Zeichen des (rosa)roten Zürich einen Beihilfevertrag. Zwar war er nur bereit, den Pachtvertrag über das Grundstück an der Hard nach Erwerb der Anlagen zu verlängern; als aber später wieder potente Kapitalgeber gefunden wurden – unter anderen Schmidheiny Jakob II. –, war er rasch zum Wiederverkauf bereit. Es hätte sonst nach Verstaatlichung ausgesehen.

* * *

Inzwischen hat die Escher Wyss die Verstaatlichung trotzdem nicht abwenden können. Nach einem vorteilhaften Angebot an die Aktionäre hatte Peter aus der dritten Schmidheiny-Generation die Zeichen der Zeit erkannt und ab 1966 als Verwaltungsratspräsident die Eingliederung in den Staat Sulzer vorangetrieben (33 876 Einwohner, rund 30 km nordöstlich von Zürich). Es war inzwischen nicht mehr die Zeit des roten Zürich, sondern die Zeit des verfilzten Zürich: Die Maschinenfabriken konzentrierten sich, die MFO (Maschinenfabrik Oerlikon) arbeitete mit der BBC zusammen, die Escher Wyss mit Sulzer und MFO/BBC mit Escher Wyss/Sulzer.

* * *

Festliche Stimmung nun an der «offenen Tür». Von weitem schon Wurstgeruch und farbige Ballone über dem Fabrikgelände. Als Besucher ist einem da auch viel wohler als bei geschlossenen Türen. Keine Klagen. Stifte, Arbeiter, Angestellte, Direktoren, alle sitzen gemeinsam an langen Tischen, trinken mit denselben Getränkegutscheinen Wein und Bier. Ihre Kinder spielen zusammen, essen den Erdbeerkuchen aus den gleichen Tellerchen. Dazu ein flottes Spiel des Unteroffiziersvereins im festlichen Kleid. Festlich geschmückt sind auch die Gusseisenteile im hinteren Teil des Fabrikgeländes. Mit künstlichen Trauben und Rebblättern behängt, erinnern sie eher an bizarre Skulpturen denn an Werkstücke. («Gäll känsch mi nöd?»)

* * *

Ein paar wenige Beschäftigte hantieren fröhlich an blumengeschmückten Arbeitsplätzen, jede Bewegung verfolgt von interessierten Blicken. In der Feststube der Giesserei fliesst das Bier reichlich. Die Giesser erinnern sich wohl an die sonst übliche Hitze. Stifte zeigen den Vätern ihre letzten Arbeiten. Wohlwollen allenthalben. Auch Pensionierte sind an ihre alten Arbeitsplätze zurückgekehrt, prüfen, ob alles noch zum Rechten steht.

* * *

Ein Direktor führt die angemeldeten Pressevertreter durch den Betrieb. Damit sie nicht auf dumme Fragen kommen, stellt er neben den Erläuterungen auch gleich die Fragen selbst. Etwa: «Fragen Sie jetzt nicht, was wir tun werden, wenn eine Turbine das Höchstgewicht überschreitet. Wir werden auch dann eine Lösung finden!» Einige Pressevertreter blinzeln missmutig, sie sind doch keine Schulbuben. Schliesslich schicken sie sich in ihre Rolle und verfassen ihre Berichte dementsprechend. (Überschrift im «Tagi»: «Giessen bleibt ein faszinierendes Schauspiel!» Der zuständige Redaktor erinnert sich an Schillers Glockenguss und mahnt schliesslich – weil der Bericht ja nicht auf der Kulturseite steht – vor der Gefahr des Niessens für Schweisser.)

* * *

Daneben eine Delegation aus Volkschina. Man hält sie ihrer Zahl wegen zunächst für Japaner, erkennt sie dann an den zu kurzen Hosen. Sie sind wohl im Rahmen des Lizenzabkommens über Turbokompressoren von Sulzer mit China hier, zeigen besonderes Interesse und Wohlwollen.

* * *

Ich beteilige mich noch am Jubiläumswettbewerb, muss die Zahl der Beschäftigten und die Abschlussnote der Lehrlinge schätzen. Dafür darf ich ankreuzen, ob ich mich für einen Arbeitsplatz bei Escher Wyss interessiere. «Nein» kreuze ich an, interessiere mich im Augenblick mehr für Gratiswurst und Gratisbier und reihe mich an den langen Tisch neben die Arbeiter, Direktoren und die anderen, die auch wegen der Gratiswurst gekommen sind.

* * *

Was die «offene Tür» sein könnte: Echte Information der Öffentlichkeit über einen Betrieb, Einblick in Arbeitsplätze, Offenlegung von Betriebsverhältnissen (die uns schliesslich alle betreffen) ist sie nicht. Die Türe öffnet sich wohl, aber dahinter zeigt sich nicht die Betriebsrealität. Das Auge des Besuchers soll durch Festlichkeit geblendet werden. Besuche bei geschlossener Türe sind interessanter. Ohne geschenkte Würste und Bier – wie die Realität auch.

* * *

Ich höre von einem schweren Unfall mit notfallmässiger Spitaleinlieferung am Abend der «offenen Tür»: Ein älterer Mann soll angetrunken eine Treppe hinuntergestürzt sein und sich schwere Kopfverletzungen zugezogen haben. Er hatte wohl vom Gratisbier zu rege Gebrauch gemacht, weil ihm der Betrieb die vierzig Jahre zuvor nichts geschenkt hat. Und ist von der Realität sogleich wieder eingeholt worden.

Res Strehle

das konzept Tip

Aus dem Knast – Was nun?

Um eine rasche und wirkungsvolle Resozialisierung und Integration entlassener Strafgefangener bemüht sich die «PRO-RE-INT», eine Organisation der Hilfe zur Selbsthilfe, welche von einem Inhaftierten der Strafanstalt Regensburg ins Leben gerufen worden ist. Die «PRO-RE-INT» sucht Wohngemeinschaften, die bereit sind, einen Strafentlassenen oder Behinderten bei sich aufzunehmen. Schriftliche Unterlagen können bei Peter Frischknecht, Postfach 75, 5600 Lenzburg, angefordert werden.

Weitere Kontaktpersonen: *Gertrud Brühwiler*, Waffenplatzstr. 15, Zürich. *Erika Isler*, Bungertenstr. 56, Effretikon. *Pierre Martin*, Hürststr 94, Zürich. *André Klöti*, Langächerstr. 5, Wettswil.

Neue Initiativen an der Atomfront: Die verschiedenen Positionen

Gemeinsam marschiert – getrennt geschlagen?

Von Georg Hodel und Reini Schärer

An der Front des Anti-AKW-Kampfes sind drei neue Verfassungsinitiativen lanciert worden, getragen von zwei verschiedenen Komitees. Seit der erfolgreichen Besetzung des Kaiseraugster Geländes halten es «Reformisten» und «Aktionisten» nie sehr lange miteinander aus – ihre über die blosse Ver- oder Behinderung der Atomtechnologie hinausgehenden Ziele sind zu unterschiedlich.

Seit «Gösgen» 1977 und der darauffolgenden Grossdemonstration in Bern sind Initiativen, so scheint es, bevorzugtes Kampfinstrument der AKW-Gegner geworden. Nach der knappen Ablehnung der Atomschutzinitiative am 18. Februar 1979 setzte die Diskussion um die Tauglichkeit von Volksinitiativen im Anti-Atomkampf zwar wieder ein, wurde aber bald vom Streit um das Referendum gegen die Atomgesetzrevision in den Hintergrund gedrängt. Seither kam es, abgesehen vom Fackelzug gegen das AKW Graben am 1. Januar dieses Jahres, zu keinen direkten Massenaktionen gegen die Errichtung von Atomanlagen. Führungs- und Strukturprobleme in der Bewegung lähmten den Aktionswillen, so dass die «Organisierten» in der Atomdiskussion die Oberhand gewannen.

Auf Anregung des Atomschutzinitiativkomitees wurden unter Federführung der Schweizerischen Energie Stiftung (SES) Arbeitsgruppen gebildet, welche die Aufgabe hatten, Vorschläge für neue Initiativen auszuarbeiten. Es gelang mit der Zeit, diese Arbeitsgruppen so zu öffnen, dass nach und nach die verschiedensten AKW-Gegnergruppen sowie die politischen Organisationen der Neuen Linken darin vertreten waren. Das Ergebnis der Arbeitsgruppendiskussion, an der sich zuletzt über 40 Gruppen beteiligten, fand Niederschlag in einer Broschüre, in der 13 verschiedene Initiativtexte vorgestellt wurden (vgl. «das konzept» Nr. 11/79 und 4/80).

Die Broschüre wurde dann zur «Vernehmlassung» an alle interessierten Kreise abgegeben, wobei sich diese mittels eines Fragebogens zu den vorgeschlagenen Texten äussern konnten. Die Fragebogenaktion, welche vom SES-Sekretariat ausgewertet wurde, ergab eine Favorisierung einer neuen *Atomverbotsinitiative* sowie die Wünschbarkeit einer *gesetzlichen Verankerung alternativer Energiepolitik.*

Die Beschwörung des Einheitsgedankens

In der Frage der Lancierung einer *Atomverbotsinitiative* waren sich die beteiligten Gruppen rasch einig, hingegen entfachten sich heftige Diskussionen um den *Energieartikel.* Vor allem die im Zentrum des Energieartikels stehende indirekte Energiesteuer stiess bei den «aktionistischen» Atomverbots-Befürwortern auf heftige Kritik. Die Kontroverse um den Energieartikel bot Anlass zu einer erneuten «Vernehmlassung», die aber zu umstrittenen Mehrheitsverhältnissen führte und bei der die Lancierung zweier paralleler Initiativen durchgesetzt wurde. Die Auseinandersetzung drehte sich jetzt um die Frage, ob die beiden Initiativen von einem *gemeinsamen* Initiativkomitee lanciert werden sollen oder ob dem Operieren von *zwei verschiedenen* Komitees der Vorzug zu geben sei. Hier zeigte sich, dass der Konsens der beteiligten Gruppen für ein gemeinschaftliches Vorgehen in den vorangehenden Diskussionen zu stark gelitten hatte. Die Einigung kam nicht zustande. Die Fraktion, welche sich für die *alleinige* Lancierung der Atomverbotsinitiative stark machte, beschloss nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen mit Vertretern des Einheitskomitees die Lancierung einer eigenen Initiative. Seit Mitte Juni läuft also die Unterschriftensammlung für drei Initiativen, welche von zwei Komitees getragen werden. Das erste Initiativkomitee, hinter dem u. a. die *SES,* der *WWF* und das *Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA)* stehen, will mit den beiden Volksinitiativen *«Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung»* und *«Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke»* für ihre Anliegen streiten, während das zweite Initiativkomitee, um das sich die *Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke AG/SO (ÜBA)* die *Bürgerinitiativrunden* von Basel und Baselland, die *Atomkraftwerkgegner Zürich (AGZ)* und die *POCH* scharen, seinerseits mit der Volksinitiative *«Für den Stopp des Atomenergieprogramms»* auf Unterschriftenjagd geht.

Der Verbund Atominitiative/ Energieartikel

Der Abstimmungskampf für die Atomschutzinitiative im Frühjahr 1979 zeigte, dass die Frage «Woher soll denn die Energie kommen, wenn nicht von Atomkraftwerken?» durch die publizistischen Anstrengungen der Atomlobby grosses politisches Gewicht gewonnen hat: Die Atomgesetz-Teilrevision verlangt gerade deshalb einen Bedarfsnachweis zur Erteilung der AKW-Rahmenbewilligung. Die Verbindung von Atominitiative mit der Initiative für einen Energieartikel stellt sich dieser Frage frontal. Die Atominitiative gebietet: «So nicht!», die Energieinitiative zeigt: «So geht's weiter!» Die Hoffnung ist, dass die 48,8% durch Volksabstimmung als AKW-Gegner ausgewiesenen Stimmbürger durch die Vorlage einer alternativen Energiepolitik um die alles entscheidenden 1,3% auf 50,1% vermehrt werden können. Zwar sind die Aussichten dafür nicht rosig, aber bis zur Volksabstimmung kann noch einiges passieren, es muss nicht immer Harrisburg sein. Die westeuropäischen Regierungen rüsten zur Durchsetzung des Atomprogramms, dazu müssen jedoch noch demokratische «Behinderungen» überwunden werden. Deshalb ist der Zeitpunkt zur Lancierung einer Energieinitiative nicht ungünstig. Auch in der schweizerischen Energiepolitik werden in allernächster Zeit die parlamentarischen Weichen gestellt. Der *GEK-Bericht* liegt vor, die Energiekommission soll bis Ende 1980 ihren Bericht zum *Bedarfsnachweis für Kaiseraugst* und *Graben* liefern, der Bundesrat will dem Parlament einen *Energieartikel* vorlegen. Da ist es wichtig, dass der «Volkswillen» mobilisiert wird, damit fundierte Alternativkonzepte wie z. B. das Energiekonzept der schweizerischen Umweltorganisationen «Jenseits der Sachzwänge», «Wege aus der Energiefalle» von Elmar Ledergerber und «Wege aus der Wohlstandsfalle» von Binswanger/Geissberger/Ginsburg endlich auch politisches Gewicht erhalten.

Ermutigt durch ihre Erfolge in der Auseinandersetzung zwischen Atomexperten z. B. bei den *Gösgen-Hearings* (siehe «das konzept» 3/80), wollen sich die Alternativtechnologie-Experten auch der *politischen* Auseinandersetzung stellen. Wieweit sich dabei die Anti-AKW-Bewegung vertreten fühlt, bleibt abzuwarten. Dass es gerade «reformistische» Ökologen sind, die auf eine parlamentarische Auseinandersetzung Einfluss nehmen wollen, liegt nicht zuletzt daran, dass diese in der Ausarbeitung von Alternativkonzepten deutlich im Vorsprung auf die marxistischen Ökologen sind. Jene ringen erst noch mit der Dialektik Produktionsverhältnisse–Produktionsmittel. Der hohe Arbeitseinsatz, mit dem die Energieinitiative vorbereitet und politisch vertreten werden soll, wird zumindest einen Teilerfolg bringen: die breite Diskussion über ökologische Anliegen.

Die Atomstoppinitiative

Da auch die Atomstoppinitiative ein Resultat der «Vernehmlassungsrunden» ist, unterscheidet sie sich inhaltlich nur geringfügig von der Initiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke». Wesentlich verschieden ist dagegen ihr Verwendungszweck: Sie soll der Wiedergewinnung des verlorenen Terrains der «Massenaktion» Auftrieb und Flankenschutz geben. Die Initianten glauben nicht daran, dass mit einer Energieinitiative die Energiepolitik in ihrem Sinne beeinflusst werden kann, sondern wollen mit Hilfe einer konsequenten Atomverbotsinitiative möglichst kurze Stilllegungsfristen für die bestehenden AKW erzwingen. Die Logik der von SES, WWF, NWA etc. vertretenen Vorschläge sei zu kurzatmig: Energieabgabe, Förderung von Alternativtechnologie und Forschungspolitik sind der Versuch, ein Reformpaket im gegebenen Rahmen des Systems zu formulieren. Mit der Atomstoppinitiative dagegen sollen die Kapitaleigner und Investoren *gezwungen* werden, ihre Investitionen für neue Wege der Energiegewinnung zu tätigen. Konkret: BBC und Sulzer z. B. werden sowieso neue Energieträger bewirtschaftbar machen, d. h. für ihre Profitmaximierung nutzen, und zwar in dem Zeitpunkt, wo die Atomtechnologie keinen interessanten Gewinn mehr abwirft. Dieser Zeitpunkt wird durch Reformvorschläge eher hinausgezögert, mit einer Atomverbotsinitiative dagegen zeitlich vorgezogen. Dazu braucht es selbstverständlich mehr als nur eine Verbotsinitiative, es braucht Demonstrationen, Bauplatzbesetzungen, Aktionen, welche im Kontext zur Initiativforderung stehen. In der Anti-AKW-Bewegung kann durch die Diskussion des vorgegebenen Kampfmittels «Initiative» deren begrenzte Möglichkeit aufgezeigt und die selbstgewählten Kampfmittel wieder belebt werden. Insbesondere kann aufgezeigt werden, dass der Staat nicht neutral ist und daher jede Reformpolitik letztlich auf dem Buckel der Schwächeren praktiziert wird, z. B. durch eine Art «Sozialpartnerschaft» im Energiebereich. ●

Unterschriftenbogen mit den vollständigen Initiativtexten und der Nennung der Initiativkomitees sind zu beziehen bei:
Für die Atominitiative/Energieinitiative:
SES-Sekretariat, Auf der Mauer 6, 8001 Zürich
Für die Atomstoppinitiative:
Initiativkomitee «Atomstopp ja», Postfach 261, 8025 Zürich

Foto-Grafik: Walter Erb

Energiekonzerne und Grossbanken planen die Zukunft

Dinosaurier

Man kann die Zukunft düster sehen: Umweltzerstörung, Aufrüstung, immer mehr Macht ballt sich in den Händen einiger multinationaler Konzerne. Manchen Kritiker der Grosskonzerne beruhigt aber ausgerechnet die Vorstellung von der Allmacht dieser Riesenorganisationen. Die langfristigen Planer in den Konzernzentralen, so die Hoffnung, würden zumindest verhindern, dass unsere bewohnbare Umwelt so weit zugrunde gerichtet werde, dass auch die Konzerne selbst untergehen müssen. Der Erdölschock habe wohl jetzt auch die Energiekonzerne zur Räson gebracht.

*

Mir ist die letzte Hoffnung auf solch planerische Vorsehung am exklusiven «Zweiten Energieforum» in Montreux vergangen. In meinem guten Anzug mischte ich mich als braver Journalist unter 120 Topmanager der Energiekonzerne und Grossbanken, die drei Tage lang über «Alternativenergien» diskutierten. Englische und amerikanische Lobby-Organisationen hatten die Spitzenleute ins «Montreux-Palace» geladen. Schon der Eintrittspreis von 1500 Dollar sorgte für ein erlesenes Publikum.

Beruhigt durch steil ansteigende Gewinne, schienen die Topmanager ohne grosse Sorgen in die Zukunft zu blicken. Sie hielten vor allem Auschau nach rentablen Möglichkeiten für Milliardeninvestitionen. Die Geldschwemme der letzten Monate profitträchtig anzulegen ist eine schwierige Aufgabe. Da ist es am einfachsten, man hält sich an bewährte Methoden und Energiequellen.

Eigentlich hatte ich gehofft, einiges darüber zu erfahren, wie die Konzerne die Sonnenenergie und andere erneuerbare Energiequellen in den Griff bekommen wollen. Aber weit gefehlt: Weil solche Spielereien vielleicht doch einmal profitabel werden, lässt man bei den Ölfirmen heute dafür gerne einige wenige hundert Millionen springen. Aber für die g r o s s e n Investitionspläne wollen die Herren aus der Vorstandsetage Handfestes: Öl, Kohle, Teersand, Ölschiefer und auch Kernenergie. 4200 Milliarden Dollar sollen bis zur Jahrhundertwende dafür ausgegeben werden.

Immer mehr Energie, immer gigantischere Projekte. Nur so können die Konzerne ihre Macht halten und vermehren. Das ist allen Beteiligten klar, das steht gar nicht zur Diskussion. Im Mittel kostet so ein Energieprojekt heute zwischen einer und zwei Milliarden Dollar und braucht rund zehn Jahre, bis es in Betrieb geht.

Aber die Zukunft wird immer unberechenbarer. Die Völker der dritten Welt beginnen wirksam zu rebellieren, der Wachstumswahnwitz stösst an soziale und natürliche Grenzen. «Wir haben unsere alte Planungsabteilung aufgelöst», sagte mir ein Shell-Mann, «wer weiss denn schon, was übernächstes Jahr in Saudi-Arabien passiert». Heute versucht man bei Shell noch Pläne für sechs, sieben Jahre zu machen, darüber hinaus nur vage Szenarien. «Es herrscht ein chaotisches Weiterwursteln», meinte der junge Vizepräsident einer Beratungsfirma, aber man könne ganz gut davon leben.

*

Sie waren nicht besonders unsympathisch, diese Herren, schienen nicht besonders raffiniert oder gescheit. Sie taten ihren Job und konnten nur in Dollars denken. In Milliarden. Die Arroganz der Macht macht dumm und phantasielos. Wir alle aber zahlen die steigenden Einsätze im immer riskanteren Roulette der Energieinvestitionen.

Ich schluckte die Wut über meine Ohnmacht und machte gute Miene. Da erzählten mir spiessbürgerliche amerikanische Bosse leutselig beim Cocktail, dass sie kürzlich einige Kohlenminen gekauft hätten, die seien jetzt rentabel. Fast so, wie wenn der Kaufmann um die Ecke sich eine neue Tiefkühltruhe anschafft.

Wie all die Energie tatsächlich produziert und verbraucht wird, ist ihnen fremd, für sie sind das Zahlen auf Papier. Täglich quälen sie sich durch Berge abstrakter Unterlagen. Das ist ihre Wirklichkeit.

Beil solcher Blutleere muss auch die wohlmeinendste Planung üble Wirkung haben. Die Dinosaurier der heutigen Grosstechnik und Riesenorganisationen sind zu schwerfällig, um sich anzupassen. Gigantische Fehlplanungen scheinen unausweichlich. Die Folgen müssen alle tragen.

Ich habe noch nächtelang von diesen Kerlen geträumt. *Ruggero Schleicher*

Programmierte Enttäuschung

Die Kritik an der Benützung des Initiativrechts als Kampfmittel ist in der Anti-AKW-Bewegung weit verbreitet. Dass diese Kritik mehr ist als ein Unbehagen der «Aktionisten» über die gegenwärtige Dominanz der «Reformisten», wird durch die historische Erfahrung bewiesen.

Zurzeit sind 10 sogenannte Volksbegehren hängig. Darunter fortschrittliche Vorstösse wie *«Gleiche Rechte für Mann und Frau», «Banken-Initiative»* usw. Für sechs weitere Volksbegehren laufen die Unterschriftensammlungen. Zusammen mit den in Vorbereitung stehenden Initiativen ergibt sich eine lange Liste mit eindrücklichen Inhalten. Doch was können wir uns davon versprechen? Ein Blick auf die Abstimmungsstatistik zeigt: Nur wenige der über hundertzwanzig Initiativen, die seit der Einführung des Initiativrechts am 5. Juli 1891 eingereicht wurden, waren erfolgreich. Seit dem zweiten Weltkrieg erreichte nur gerade eine Initiative ihr Ziel. Alle anderen gingen «bachab», in den letzten Jahren so wichtige Begehren wie das Waffenausfuhrverbot, der Mieterschutz, die Volkspension, die Reichtumssteuer, die Fristenlösung und der Atomschutz. Darüber tröstet auch der vielbemühte Hinweis auf den bewusstseinsbildenden Effekt der Vorstösse nicht hinweg.

Einen entscheidenden Beitrag zu dieser negativen Bilanz leisten die Behörden, die von ihren zahlreichen Abwehrmitteln gegen fortschrittliche Volksbegehren konsequent Gebrauch machen. Da ist vor allem der gleichzeitig zur Abstimmung gebrachte behördliche *Gegenvorschlag,* welcher die Stimmkraft der Befürworter spaltet. Aber auch die mit amtlicher Autorität versehene (ablehnende) Abstimmungsempfehlung oder die Verzögerung der parlamentarischen Behandlung bringt einen fortschrittlichen Volkswillen zum Erlahmen. Ungültigkeitserklärung wegen Formfehler sind dagegen nur in Notfällen zu gebrauchen, weil ja nach Überwindung des behördlichen Maschennetzes der Abstimmungskampf selbst noch genügend Möglichkeiten bietet, den Fortschritt zu «bodigen». Da wird dann der ganze Apparat zur Herstellung einer «öffentlichen Meinung» frisch geschmiert in Aktion gesetzt – die «umwerfenden» Resultate sind verständlich.

Es bleibt daher fragwürdig, seine Kräfte auf die vom Gegner vorgegebenen Mittel zu konzentrieren. Statt uns für eine programmierte Enttäuschung einzusetzen, sollten wir uns auf selbstgewählte Kampfmittel besinnen. *Ruedi Epple*

das konzept Tip

Gorleben

Die «Tageszeitung» hat eine 50seitige Broschüre als Dokumentation zur Geschichte des Widerstands gegen die geplante Atommülldeponie Gorleben herausgegeben. Ein breiter Teil ist der «Republik Freies Wendland» gewidmet, der Besetzung des Geländes, welche am 4. Juni, nach 33 Tagen Dauer, von 10 000 Polizeisoldaten auf brutalste Art beendet wurde. Eine Presseschau, Kritik und Stellungnahmen ergänzen das Dossier.

«Gorleben», erhältlich bei der «Tageszeitung», 1 Berlin 65, Wattstr. 11–12, 1 DM.

Berner Energie-Initiative

Noch bis Ende Juli kann im Kanton Bern für die *Initiative für umweltfreundliche Bernische Kraftwerke* (BKW) Unterschriften gesammelt werden. Die Initiative verlangt, dass die BKW in eine öffentlichrechtliche Anstalt übergeführt wird, deren Ziel die Versorgung der Bevölkerung mit billiger umweltfreundlicher Energie sein soll. Der Vorzug soll der Energie aus Wasserkraft, der Umgebungs- und Erdwärme sowie der Sonnenenergie gegeben werden. Sämtliche wichtigen energiepolitischen Entscheide sollen vom Grossen Rat und nicht mehr vom BKW getroffen werden.

Unterschriftenbögen beim Komitee BKW-Initiative, Postfach 4072, 3001 Bern.

Entwicklungspolitik

In Nr. 3 der von der Erklärung von Bern herausgegebenen *«Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion»* untersucht Urs Haymoz den Fall Ludwig-Institut für Krebsforschung AG in Zürich. Die Absicht ist nicht, die Krebsforschung in Zweifel zu ziehen, sondern aufzudecken, ob da unter gemeinnützigem Deckmäntelchen Milliardengeschäfte abgewickelt werden. Denn gemäss Berichten aus Brasilien ist das Ludwig-Institut die Vermögensverwaltungszentrale eines amerikanischen Multimilliardärs. Das Institut ist in der Schweiz steuerfrei. Haymoz weist darauf hin, dass D. K. Ludwig neben einer der grössten Tankerflotten in Brasilien einen agroindustriellen Komplex mit schwerwiegenden ökologischen und sozialen Auswirkungen besitzt, insbesondere das Projekt JARI im Nordosten Brasiliens.

«Werden Bund und Kanton Zürich für die Tarnung von Milliardengeschäften missbraucht?», erhältlich bei der Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich.3.50 Fr.

Wehret der «NZZ»!

Von Ernst Zweifel

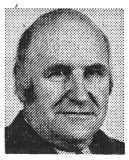
Vom allerersten Tag an war sie dabei. Sie stand an vorderster Front. Sie agierte, hetzte, sie schürte, sie heizte an, sie wiegelte auf, sie provozierte. Kurz, sie spie und speit noch immer Gift und Galle gegen die Zürcher Jugend.

Dabei haben die «NZZ»-Macher von Tuten und Blasen keinen Schimmer. Sie wissen nicht oder wollen nicht wissen, was die Jugendlichen in Scharen auf die Strassen Zürichs schwemmt. Für sie existiert Jugend nur als Zahlenabstraktum an Arbeitskräften, Konsumenten und Soldaten. Jugendprobleme sollen von der Polizei in bewährter Tradition niedergeknüppelt werden. Das kommt billiger als Sozialausgaben für die Jugendlichen. Wie gehabt: Repressions- statt Sozialpolitik.

Frontalangriff

Im Frontalangriff wird die Zürcher Jugend in den Tagen nach dem Opernhauskrawall verunglimpft. Suggestiv wird ihnen die Schuld am Polizistentod in die Schuhe geschoben. Von ihnen sei die Gewalt gegen die Hüter von Recht und Ordnung ausgegangen. Kursiv werden die «Gewalt»mittel herausgehoben: Flaschen, Steine und Spucke. Unter der «NZZ»-Feder werden gar Eier und Tomaten zu Waffen (3.6./25.6). Die «NZZ» zeichnet ein grandioses Gemälde jugendlicher Gewalt.

So hetzen sie:



Dr. Kurt Müller, FDP-Kantonsrat

«Was ebenso schwer wiegt wie die Tatbestände selbst: Die Ermittlung und Verfolgung der Täter und Rechtsbrecher dürfte nur in einem geringen Masse erfolgen können, weil nur ein geringer Teil und vielleicht nicht einmal die Schlimmsten verhaftet werden konnten. Das mag mit der Art der Krawalle und Demonstrationen etwas zu tun haben, mit der ‹Verhältnismässigkeit› des Polizeieinsatzes und mit dem begründeten Bestreben des Stadtrats, ‹Schlimmeres› zu verhüten. Aber all das wird – zu Recht – jene Bürger nicht beruhigen, die als kleine Sünder den strafenden Arm des Staates spüren und sich empört fragen, ob man denn diese grossen Sünder nicht allzu lange einfach machen lasse.»

«NZZ», 25. 6. 80

Zeitlich parallel versucht die «NZZ» einen Keil zu schlagen zwischen die Jugendlichen und die potentiellen Sympathisanten der etablierten Parteien. Mahnfinger zur SP und den Linksparteien: die Kulturpolitik nicht zum Nährboden für Plünderer werden zu lassen (2.6). Die Rechnung geht auf, SP, PdA und RML distanzieren sich in der Folge auch gehorsam von den Ausschreitungen.

Der «NZZ»-Angriff der ersten Stunde geht freilich in die Hosen. Der gemässigte Teil der Presse lässt sich von der plakativ-vordergründigen Gewalt nicht beeindrucken, sondern steigt den Ursachen der Jugendprobleme nach.

Etikettierungsversuche

Die «NZZ» ändert ihre Taktik. Sie versucht die Jugend in einer ideologischen Schublade zwischen Moskau und Anarchie unterzubringen. Was aber sollen die Herren Redaktoren mit demonstrierenden «Blüttlern» anfangen? Geschickt entzieht sich die jugendliche Phantasie jeder politischen Etikettierung. Sie passen weder in die herkömmliche Parteienlandschaft noch in eine ideologische Zwangsjacke. Eine Moskausteuerung durch Drahtzieher ist selbst für die «NZZ» nicht auszumachen. Die Schablone «anarchisch» will auch nicht recht passen, denn mit wohlberechneter Phantasie lassen die Jugendlichen Mal für Mal die politische und polizeiliche Gewalt ins Leere trampen. Auch mit dem gängigen Politvokabular ist die Jugendbewegung offenbar nicht in Griff zu kriegen.

«Teile und herrsche» ist die politische Maxime. Technisch realisiert wird sie mit Hilfe des Strafrechts. Die Jugendbewegung soll gespalten werden in Brave und Kriminelle. Die Drohung mit der Kriminalisierung reicht traditionellerweise aus, SP und Linksparteien zu besonders tugendhafter Staatsloyalität anzuhalten.

Diffamierung der Jugendlichen

Jede Kriminalisierung bedarf der Schaffung eines bestimmten Hetzklimas. Die öffentliche Meinung muss gut gedüngt werden, auf dass aus den zu Kriminalisierenden nicht unversehens politische Märtyrer werden.

Der Schweizer Bürger lässt sich am besten über das Geld und seinen Ordnungssinn mobilisieren. Spaltenweise berichtet deshalb die «NZZ» über Sachschäden, die die Zürcher Jugend verursacht (3., 9., 10., 18. 6.), über die Steuergelder, die Polizei- und Putzaktionen verschlingen (20. 6.). Mit der Pedanterie eines Buchhalters listet die «NZZ» die Rechtsbrüche der Jugendlichen auf: am 9. 6. u. a. ein verbeultes Auto, am 10. 6. eine Verkehrsstockung von einer Stunde, am 23. 6. zwei Scheiben in Basel. Verhaftungen werden wie Fliegerabschüsse als Sondermeldungen durchgegeben. Z. B. am 19. 6. 4 Verhaftete. Überdies wird den Jugendlichen die demokratische Reife abgesprochen. Statt wie es sich in einer Demokratie gehöre, *«Briefe schreiben, auf Antworten warten, nochmals Briefe schreiben, Unterschriften sammeln . . .»* (9. 6.), träten sie respektlos und arrogant auf, hätten Angst vor Strukturen (klar, wollen doch nicht unter- und gegeneinander ausgespielt werden) und stellten ultimative «Forderungen ohne Grenzen» (9. 6.). Unterschlagen wird, wie urdemokratisch, landsgemeindeartig jeder zu Wort kommen kann, selbst SP-Tante Emilie und Stadtväterchen Sigi. Über jugendliche Vollversammlungen berichtet die «NZZ» nämlich gar nicht oder nur verfälscht in Form falsch akzentuierter und manipulierter Gedankenmontagen. Und schliesslich die Diffamierung der Jugendlichen selber: Sauhünde seien es. Ihr Vokabular entstamme dem «Analbereich» (9. 6.). Die «NZZ» tituliert sie deshalb prinzipiell nur als Randalierer, Radaubrüder und als Meute.

Die Saat dieser faschistoiden Sprachregelung geht beim Kleinbürger voll auf: «Liquidieren sollte man dieses Lumpenpack! Direkt nach Sibirien verschicken!» kommentieren Weltkriegsveteranen die jugendlichen Demonstrationszüge. Beabsichtigtes Resultat dieser Verleumdungskampagne: die mediale Entwertung dieser Menschen macht sie vogelfrei für den polizeilichen Zugriff, beraubt sie des gesellschaftlichen Schutzes vor der polizeilichen Gewalt. Kein «rechtschaffener», «fleissiger» Schweizer Bürger wird angesichts dieser «NZZ»-Hetze etwas dagegen einzuwenden haben, dass diese «Meute» hart angefasst wird. Der Kriminalisierung der Jugendprobleme ist Tür und Tor geöffnet.

Legalitätsterror

«Schlag gegen behördliche Autorität» titelt die «NZZ» am 23. 6. Sie wirft den politisch Verantwortlichen fehlendes Rückgrat vor, sie hätte vor dem Radau kapituliert (9. 6.). Auf der einen Seite mimt sie schlitzohrig tiefe Besorgnis um die vom Volk gesetzte Rechtsordnung. Dazu bauscht sie Eier, Beulen und Verkehrsstockungen zu schwerwiegenden Gesetzesverstössen auf. Auf der anderen Seite predigt sie der Gewalt das Wort. Jedenfalls kann angesichts der politisch aufgeheizten Situation ihrem Appell an die Behörden, Angriffe auf Recht und Ordnung nicht länger zu tolerieren, keine andere Bedeutung beigemessen werden. Von einer bürgerkriegsähnlichen Abrechnung mit der Zürcher Jugend verspricht sich die «NZZ» *«klare Verhältnisse . . ., so dass man weiss, was recht und unrecht ist» (20. 6.).*

So hetzen sie:

Fridolin Luchsinger, Chefredaktor «NZZ»

«Dass es schlimmer und nicht besser gekommen wäre, wenn man sogleich entschieden und unmissverständlich eingegriffen und ‹den Anfängen gewehrt› hätte, ist naturgemäss nicht zu beweisen. Der Ablauf der Ereignisse spricht aber eher dafür, dass Nachgiebigkeit und ‹Zurückhaltung› die Gegenwehr nicht erleichtert, sondern von Mal zu Mal erschwert und die Arroganz wie die Provokationen der Gegenseite vergrössert haben. (. . .) Eine privilegierte Klasse ist entstanden, die mittels Gewalt und Erpressung von der Behörde Dinge erhält, um die sich andere auf legalem Wege bisher erfolglos bemühten, und der gegenüber das Gesetz nicht angewendet wurde, das für alle gilt beziehungsweise gelten sollte.»

«NZZ», 28./29. 6. 80

Der freie Verkehrsfluss, die Ballkleider von Opernhausbesuchern sind der gichtkranken und an Verkalkung leidenden 200jährigen «NZZ» 1980 höherrangige Rechtsgüter als fundamentalste Freiheitsrechte.

– Kein Wort darüber, wenn die Polizei die «Telefonziitig» stillegt und damit Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit verletzt;
– kein Wort darüber, dass Gilgens Videofilmverbot die Wissenschaftsfreiheit verletzt;
– kein Wort darüber, dass das polizeiliche Fotografieren auf Vorrat (KIS!) und Bespitzeln von Demonstranten Persönlichkeitsrechte tangiert;
– aber auch kein Wort, wenn mitten in der Nacht die Polizei einfährt und ohne Hausdurchsuchungs- und Haftbefehl Bürger in Präventivhaft nimmt. Nicht einmal der Hauch einer Frage nach der Verhältnismässigkeit zwischen einer flagranten Freiheitsberaubung und der vergleichsweise lächerlichen Übertretung eines Demoverbotes. Die «NZZ»-Fritzen erscheinen nicht einmal zur Pressekonferenz. Das zeugt von Arroganz und demokratischer Unreife.

Der Bürger dankt. *Foto: Klaus Rozsa*

Die Verewigung der Machtverhältnisse

Mit der hochgespielten und geheuchelten Sorge um den «Rechtsstaat» soll eine politische Basisbewegung im Keime erstickt werden, weil sie die Machtfrage neu aufwirft. Es geht der «NZZ» um die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Darum will sie die Politik – auch um den Preis blutigster Gewalt – weg von der Strasse, zurück in die Ratsäle haben, wo die Mehrheits- und Machtverhältnisse klar und ganz im Sinne des «NZZ» sind.

Das Bürgertum, nach Kräften unterstützt von der «NZZ», übt täglich strukturelle Gewalt gegen die Jugendlichen aus: Zahlreiche Jugendliche finden keine Lehrstellen. In der Ausbildung unterliegen sie schärfster Selektion. Zum Wohnen finden sie nichts. Seit Jahren werden sie mit leeren Versprechungen auf ein Jugendhaus und ein Kulturzentrum abgespeist. Das gehört zur täglichen Gewalt, über die sich keine «NZZ», niemand ereifert, weil das die offiziöse Gewalt darstellt, die zur etablierten Rechtsordnung geronnene Gewalt.

Die Belagerung von Zürich

Als die gut 7000 Unzufriedenen auf dem Zürcher Helvetiaplatz die Route ihrer verbotenen Demonstration diskutierten, war Zürich für den Kampf gegen die Unzufriedenheit gewappnet:
– Ein Heer von Spitzeln war ausgeschwärmt, die «Drahtzieher» auszumachen.
– 6 Leute aus der Bewegung waren bereits am Morgen in Präventivhaft genommen worden.
– Das Bezirksgefängnis war geräumt worden, 12 Bezirksanwälte standen auf Pikett, um die Untersuchungshaften zu eröffnen. Das Bezirksgebäude glich einer Fabrik, die auf Hochtouren arbeitete.
– 1000 Polizisten, aus der hintersten Kantonsecke aufgeboten, standen im Einsatz. Der Befehl, auf der Quaibrücke anzugreifen, war gegeben. Der Einsatzleiter sprach sich im letzten Moment dagegen aus.
– 7 Krankenwagen und leere Spitalbetten waren bereit.
– Polizeiboote kontrollierten den Wasserweg.
– Mit Stacheldraht gesichert waren das Jugendhaus – voll von Polizisten – und die Zeughausstrasse zwischen Kripo und Kapo.
– Die Offiziersaspirantenschule stand auf Pikett. Die Aspiranten patrouillierten im Kampfanzug.
– Auch die SKA ergriff Präventivmassnahmen: Ein Lehrling suchte am Freitag in der ganzen Stadt nach dem besten Putzmittel für beschriftete Hausmauern und Fensterscheiben. Noch bevor der Demonstrationszug die Bahnhofstrasse passiert hatte, schäumte er mit «Meister-Demonstranten-Fopper» die Scheiben der SKA ein, damit die Banken nicht mehr wankten.

So hetzen sie:

Alfred Cattani, «NZZ»- Redaktor

«Lange genug hat der Stadtrat Nachsicht und immer wieder beschworene Gesprächsbereitschaft gezeigt, hat die unter dem Trauma der Globus-Krawalle stehende Polizei den Begriff der ‹Verhältnismässigkeit› ihres Einsatzes bis an das Äusserste des für die grosse Mehrheit der Bevölkerung Tragbaren strapaziert. Unter dem Druck der Strasse lässt sich auf die Dauer nicht leben. Es müssen endlich wieder klare Verhältnisse geschaffen werden, so dass man weiss, was recht und unrecht ist, sonst droht unser Rechtsstaat in die Brüche zu gehen. Die Auflösung dieser Rechtsordnung ist das erklärte Ziel einer Reihe von Hauptschreiern unter den Demonstranten.» «NZZ», 20. 6. 80

AUFGELESENES

D i e Jugend ist ja gar nicht so! Die Braven erheben ihr Stimmlein:

«Pflastersteine sind keine Argumente. Jetzt ist's genug!

Wir jungen Zürcherinnen und Zürcher haben genug von den gewaltsamen Ausschreitungen und den unbewilligten Demonstrationen.

Darum fragen wir Sie:

- *Dürfen die Behörden und alle demokratisch gesinnten Bürger der Stadt weiterhin tatenlos den Krawallen und den unbewilligten Demonstrationen zusehen?*
- *Finden Sie es richtig, wenn der Ruf der Jugend in der Stadt Zürich von einigen Chaoten in den Dreck gezogen wird?*
- *Darf sich der Stadtrat weiterhin von Leuten erpressen lassen, die laufend gegen Rechtsstaat und Demokratie verstossen?*
- *Müssen es sich unsere Polizisten, aber z.B. auch das Personal der VBZ gefallen lassen, ständig wegen unbewilligter Demonstrationen Überstunden leisten zu müssen (und dazu noch angepöbelt und mit Eiern und Pflastersteinen beworfen zu werden)?»*

Flugblatt von 11 aufrechten Jugendlichen aus Zürich mit Brief an den Zürcher Stadtpräsidenten.

*

Am Wochenende vom 21. und 22. Juni gingen auch die Berner Jugendlichen auf die Strasse. Die Polizei war auch dort und vertrieb sie in einem Blitzeinsatz mit Tränengas. Kommentar:

«Und offenbar haben auch die Verantwortlichen der Berner Polizei aus den Fehlern ihrer (Zürcher, die Red.) Kollegen einiges gelernt.»

Haben sie nun daraus gelernt, dass die Polizei mit Gewalt nur Gewalt provoziert? Oder haben sie gelernt, dass man mit Zurückhaltung – wie in Zürich nach den ersten Unruhen der Fall – die Jugendlichen nicht besänftigen kann (wenn man nicht gleichzeitig auf ihre Anliegen eingeht)? Und man also besser doch gleich von Anfang an zuschlägt? Oder hat der Kommentator seinen Kommentar zu früh, nämlich vor den Polizeieinsätzen, geschrieben?

Niklaus Ramseyer in der «Berner Tagwacht» vom 23. Juni 1980.

*

Da beschreibt einer den Aufstand eines Bergstammes im Nordosten Indiens vom für heutige Verhältnisse doch ungewohnt hohen Ross des zivilisierten Westeuropäers aus: *«Eine merkwürdige Gesellschaft, diese Khasis»*, meint der weitgereiste Journalist alles in allem befremdet, hat er doch bei diesem indischen Bergstamm so Exotisches wie *«vor Selbstbewusstsein strotzende Frauen»* entdeckt. Der Khasi-Stamm ist eine der letzten noch weithin intakten Matriarchatsgesellschaften auf diesem Globus.

«Die Männer sind eher traurige Erscheinungen, oft der Trunksucht verfallen, was kaum zu verwundern vermag, wenn man um ihren kümmerlichen Familienstatus weiss. Macht und Besitz werden bei den Khasis von Frau zu Frau vererbt . . .»

In unseren Breitengraden ist der Alkoholismus von Frauen nach wie vor stark im Steigen begriffen . . .

Olaf Ihlau im «Tages-Anzeiger», 16. Juni 1980

Auf-Rüst-ung beim «Tages-Anzeiger»

Wer hat uns verraten?

Von Marianne Fehr

Wer die erste Ausgabe des «Tages-Anzeigers» vom 19. Juni mit der zweiten verglichen hat, musste eine ganz kleine ästhetische Veränderung auf der Zürichseite feststellen. Der Abschnitt: *«Der massive Polizeieinsatz verursachte unter den Demonstranten und Passanten Panik. Wahllos beschossen die Polizisten aus ihren Einsatzwagen, mit denen sie nun das Limmatquai abfuhren, auch ältere Leute, die nicht mehr flüchten konnten»*, ist ganz per Zufall verschwunden. Einfach weg.

Sonst liess sich die «Tagi»-*Berichterstattung* über die Zürcher Ereignisse noch goutieren; sie fiel nicht aus dem Rahmen der langweiligen Schulaufsätzli-Beschreibungen. Und über die wichtigen Termine war man zumindest auf dem laufenden. Nach der Lektüre der (meist Front-)Kommentare brauchte sich die Leserschaft nicht mehr zu fragen: Auf welcher Seite steht ihr denn? Der Tenor war stimmig, ersichtlich schon aus der Titelgebung der Kursivspalten: *«Zürich: fassungslos»* (Rüst, 2. 6), *«Intoleranz ist zu verurteilen»* (Rüst, 19. 6.), *«Besonnenheit»* (Studer, 21. 6.), *«Jetzt verhandeln»* (Frey, 23. 6.), *«‹Unsere› Jugend?»* (Schwaar, 23. 6.). Die wohlgemeinten und gutgetarnten Ratschläge richteten sich immer an die *Jugendlichen* (gehören die 30jährigen auch dazu?), welche auf die besonnene «weiche» Linie der Verhandlungen, auf den rechten Weg zurückgepfiffen werden. Damit sie endlich, endlich aufhören zu kämpfen.

Einer dieser erfreulichen Kommentatoren, die uns immer wieder sagen, was wir denken sollen, tat sich besonders hervor: Thomas Rüst, sich nach 68 noch recht kritisch gebärdend, bei «zs/konzept» erste Bausteinchen legend für seine Karriere (uns ist's peinlich), jetzt «Tagi»-Redaktor, aber nicht Chefredaktor. (Noch 1973 fragte er in einem Artikel über die fortschrittlichen Typographen: *«Wer hat uns verraten?»*) Von ihm hätte man anderes erwartet. Dass er zum Beispiel die Anliegen und Mittel der Demonstranten statt die Psyche der Polizisten studiert hätte: *«Die Beamten haben die Aufgabe in dieser aussichtslosen Situation den (verheerenden) Umständen entsprechend gut gelöst.»* Zu seiner Prophezeiung: *«Für ein Kulturzentrum Rote Fabrik sind die Chancen am Wochenende drastisch gesunken»*, nickte der Züriberg zustimmend, wenn ihr weiterhin so böse Buben seid, kriegt ihr zleid kein Jugendhaus. Gute drei Wochen später hallt es entsetzt aus Rüsts Zeilen: *«Wohl zum erstenmal ist in Zürich die gewählte Legislative an der ordnungsgemässen Ausübung ihrer Funktion gehindert worden»* und: *«Die neue Eskalation ist nicht gut. (. . .) Die Vertreter des Dialogs sind am gestrigen Abend enttäuscht worden.»* Welche Vertreter dés Dialogs seiner Ansicht nach sind: die verhinderten Volksvertreter, welche die Rathaustüren verriegelten, das Thema «Jugendpolitik» von ihrer Traktandenliste strichen, nicht bereit waren, mit den versammelten Unzufriedenen vor dem Haus der Volksvertreter zu sprechen, welche *ihre* Interessenvertreter, die bewaffnete Polizeigarnitur, antanzen liessen, um diejenigen, die den Dialog gesucht hatten, mit Tränengas und Gummigeschossen von der Gasse zu vertreiben. Aber die Realität kann einem Kolumnisten ja nichts anhaben; schliesslich hat er eine eigene Meinung, welche von der Wahrheit nicht korrigiert werden muss.

Peter Studer vom Chefredaktionsgremium schreibt am 21/22. Juni Jugendbewegung immer noch in Anführungszeichen, besinnt sich auf die *«auf legal zustande gekommene Rechtsordnung»* und meint damit zum Beispiel eine funktionierende Verkehrsordnung! Auch er ist fürs *«Gespräch»*, das meint, die Jungen sollen reden statt demonstrieren, und sie sollen sich vor allem bald *«auf konkreteren Vorstellungen behaften lassen: Was heisst – im Fall eines Jugendhauses – Autonomie eigentlich genau?»* Ja, was wohl?

Kollege Frey sagt es dann nach der Grossdemo vom 21. Juni noch deutlicher: Die Jugendlichen hätten ihre Demonstration, den Parolen ihres radikalen Flügels folgend, ertrotzt. Ihn, den Demokraten, entsetzt dies weit mehr als das Demonstrationsverbot des Stadtrates. Auch die Präventivverhaftungen bekümmern ihn nicht heftig, sie sind für ihn einfach *«weniger klar»*. Dass die Jugend aber auch ihr Häuschen hat, will er schon: *«Die Versuchung, wieder auf die Strasse zu gehen, wäre kleiner»* – und sie sind erlöst von dem Bösen, denn unser ist dann wieder das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit für die Ewigkeit. Danke schön.

DIE SEITE DER INTERKANTONAL GESTEUERTEN KRAWALLERIE*

*Freaks, Ausgeflippte, Grönländer, Jugendliche und andere Unzufriedene aus der ganzen Schweiz: Die Zürcher Drahtzieher sind nach Bern, Basel und Lausanne ausgeschwärmt, um d Bewegig in Gang zu bringen. Erste Erfolge – so wurde uns auf Anfrage der Zürcher Zentrale gemeldet – konnten bereits verzeichnet werden. Die Parole der Verantwortlichen DZs lautet: «Auf die Gasse, aber subito!»

JETZT LANGT'S

Wir vordern: Das ALLGEMEINE KRAWAHLRECHT
Kulturgrosspappi ins Opahaus....
(Die kleine Machtmusik)
(Bis ins Rentenalter fidelio)
Wenn es kein Zentrum gibt, gibt es ein Zentrümmerhaufen.....

Inserat:

Statt Ausschreitung der Demolanten

Ausschlipfung der Ordnungskraftprötzer

GLITSCH Schmierseife

Jetzt mit doppelten Rabatzmarken

der aktuelle Preis:
für 10 Rabatzmarken ein Pflasterstein!

GLIT 2 Rabatz

Sprachkrawall

Von Hartlib Rex

Randalierer Vandalen Linksradikaleelemente Radaubrüder zweihundert Meistjugendlichedemonstranten Krawallmonster vielfach maskiert Palästinensertücher und so und der Zeitungsleser weiss ja wohin das führen muss Kordon von Beamten die sich immer abwartend verhielten zürichhaltender Einsatz wenn auch mit Tränengas CN (eigentlich 1925 von der Genfer Konvention geächtet eigentlich von der Uno 1969 verboten aber es herrscht ja kein Krieg) an 1968 war man erinnert

Kriminelle Linksextremisten Horden Linkedrahtzieher Meute alles aus neuaufgelegtem F. J. Strauss (Schimpfwörterbuch) Sozialdemokrat Gmünder fordert zu Mässigung und friedlicher und sachlicher Diskussion auf der bekannte der tödliche sozialdemokratische Judaskuss Dass die Vernunft siegen könnte mussten rund 170 Mann Polizei eingesetzt werden

Demonstrant erschlägt Polizeioffizier auf der Schlagzeile wird auf Seite 12 berichtigt und an Infarkt liegengelassen Als der Offizier starb klatschte der Pöbel Beifall weiss die Bankengratiszeitung an alle Haushaltungen (Das Wort Pöbel bekanntlich von populus(= Volk) abgeleitet) Ein Adjunkt und verschiedene Beamte erlitten Verletzungen Drei Jahre lang hatte das Recht der Demonstrierenden Verletzungen hinnehmen müssen na ja vielleicht vergehen die Forderungen der Jugendlichen wie die Jugend vergeht wie leicht werden die Fragenden schwächer je länger eine Antwort verweigert wird viehleicht

Beruhigung trat erst ein als der Stadtrat den Demonstranten das wirkt noch immer eine ausserordentliche Sitzung versprach und wie versprochen hielt der sie ab orientierte eingehend über die Vorgänge nahm mit grossem Bedauern von den kriminellen Übergriffen Kenntnis und dankte den Ordnungskräften für den vorbildlichen Einsatz lehnte es im übrigen ab unter dem Druck von Gewalttätigkeiten Verhandlungen zu führen Jetztnichtmehr ist die Steigerung von niemals denn die Behörde hatte noch nie mit jenen gesprochen über ihre Berechtigung

Kommissionssitzungen langwierige Berichte rätliche Beschlüsse hinter verschlossenen Türen tätliche Schubladisierung wenn's hochkommt eine Pressekonferenz das alte Lied beginnt von neuem der alte Grauzonenexpress (S. Widmer: Demokratie braucht viel Zeit) Wem's nicht passt: Der Rechtsweg ist so offen wie der Knast

*Alles neu macht der Mai
Nicht aber die Herrschaftssprache
Des Politikers Waffe ist die Sprache
Und seine hinterhältigste
Wer nur auf Pflastersteine reagiert
setzt sie in Flug*

'JETZT LANGT'S'
WIR MACHEN UNSERER WUT LUFT

Polizist [redacted], verheiratet und Vater von zwei Töchtern, zu einem Reporter [redacted]: «Uns versteht ihr nicht. Wir hokken daheim beim Bier, wie der Alarm kommt, und dann müssen wir raus und unser Leben riskieren.»

Wir lassen uns nicht abschlachten.

SIND SIE HIER :
WEIL HEUTE BLASMUSIKTREFFEN IST ?
WEIL SIE HOFFTEN, DASS DIE POLIZEI DA SEI ?
WEIL SIE NICHT AM ZUERICHBERG WOHNEN DUERFEN ?
WEIL SIE SCHON WISSEN, WO SIE WOHNEN WOLLEN, ABER DA NICHT DUERFEN ?
WEIL IHR TELEFON ABGEHOERT WIRD ?
WEIL IHNEN DIE RICHTIGE FREUDE AM ESSEN SCHON EINE WEILE VERGANGEN IST ?
WEIL SIE NICHT MEHR AN DEN SAMICHLAUS GLAUBEN UND AN DEN GENERATIONEN= KONFLIKT AUCH NICHT MEHR SO RECHT ?
WEIL SIE JEDE ABSTIMMUNG VERPASSEN UND NACHHER ERLEICHTERT FESTSTELLEN, DASS SIE OHNEHIN AUF DER VERLIERER= SEITE GEWESEN WAEREN ?
WEIL ES ZUSEHR STINKT IN ZUERICH NACH VERSCHIEDENEM ?
WEIL SIE DAS GEFUEHL HABEN, HIER NUR NOCH MIT DSCHUNGELUEBERLEBENSTECH= NIKEN DURCHZUKOMMEN ?
WEIL MAN DER BUERO=DIKTATUR DEMOKRATIE SAGT ?
WEIL SIE ES NICHT WICHTIG FINDEN, DASS IHR KIND VON DER BUERO=DIKTATUR GUTE NOTEN BEKOMMT ?
WEIL SIE DIE NZZ NUR NOCH LANGWEILIG FINDEN ?
WEIL SIE DACHTEN, DASS DAS HIER ETWAS WENIGER LANGWEILIG SEI ?
WEIL ES IHNEN HIER STINKT, SIE ABER TROTZ= DEM KEINE LUST HABEN NACH MOSKAU ZU GEHEN ?

Eggschens:
immer und überall: sicher sein
Punkverein

AUTO ①❶

Fotos: Klaus Rozsa

Sportferien - T(r)ips

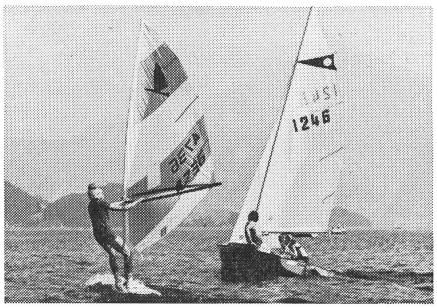
Das Rote Meer für Taucher, Leysin für Tennisspieler, die Rocky Mountains für Reiter, St. Moritz für Windsurfer, Südfrankreich für Kanuten, die Toscana für Radfahrer - das sind einige Sportferienideen aus dem neuen SSR-Herbstprogramm, das vor kurzer Zeit erschienen ist. Es kann an allen SSR-Verkaufsstellen oder über Tel. 01/242 30 00 bezogen werden.

Tennis

Wer eine solide Grundausbildung hinter sich hat, kann auf allen Tennisplätzen schlagkräftig mitreden. SSR-Kurse in Leysin, Folkestone, am Schwarzen Meer, in Sardinien.

Rad

Die SSR-Idee für Zweirad-Fans: der Begleitbus mit Veloanhänger, damit sich jeder die Etappenlänge selber bestimmen kann. SSR-Rad-Reisen ohne Altersgrenze in Frankreich, Korsika, Sardinien und Italien.



Windsurfen

Das Windsurffieber ist ausgebrochen. Wer sich anstecken lassen möchte, findet im SSR die solide Grundausbildung, um sich sicher über Wasser zu halten. SSR-Windsurfen in der Schweiz, Oesterreich und in Griechenland.

Segeln

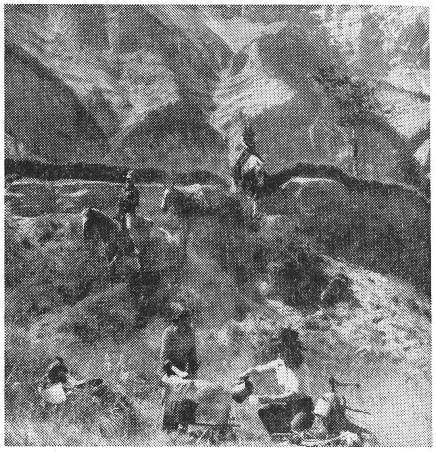
Vom Anfängerkurs bis zum anspruchsvollen B-Schein-Kurs bist du mit deiner Segel-Ausbildung beim SSR immer hart am Wind. Wochenendkurse und Ferien in der Schweiz und in Oesterreich, Segeltörns im Mittelmeer und in der Adria.

Tauchen

Tauchreisen, bei denen auch die Preise tauchen. Damit auch junge Leute diesen faszinierenden Sport bis auf den Grund erlernen können. Tauchschulen, -Safaris und Kreuzfahrten in Korsika, Israel und den Aeolischen Inseln.

Reiten

Reiten ist heute längst nicht mehr so teuer, dass es einen gleich aus dem Sattel wirft. Besonders günstig und gut sind Ferien in der Schweiz, in Ungarn, Schottland und in den Rocky Mountains.



SSR-Reisen

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur und Luzern

das konzept bücherservice

ausgewählt von Herbert Graf und Paola Steiner

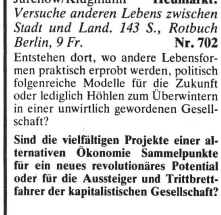
Für Leser auf dem Land, für Faulenzer, Stubenhocker, Bequemlinge usw. beiderlei Geschlechts.

Einfacher geht's nicht: Gewünschte(n) Titel im Talon unten eintragen, Absender gut leserlich eintragen. Talon an «das konzept» schicken.

Jarchow/Klugmann **Heumarkt.** *Versuche anderen Lebens zwischen Stadt und Land. 143 S., Rotbuch Berlin, 9 Fr.* **Nr. 702**

Entstehen dort, wo andere Lebensformen praktisch erprobt werden, politisch folgenreiche Modelle für die Zukunft oder lediglich Höhlen zum Überwintern in einer unwirtlich gewordenen Gesellschaft?

Sind die vielfältigen Projekte einer alternativen Ökonomie Sammelpunkte für ein neues revolutionäres Potential oder für die Aussteiger und Trittbrettfahrer der kapitalistischen Gesellschaft?



Gespräche mit Gruppen, die eine Verbindung zwischen Stadt und Land neu zu schaffen versuchen, eine Verbindung zwischen Heu und Markt, die fast allen Projekten durch die Notwendigkeit aufgezwungen wird, sich ökonomisch mit Hilfe der Nachfrage aus den städtischen Zentren über Wasser zu halten. - Es ufgstellts Buech!

Ueli Haldimann **Der verkaufte Leser.** *Presse unter Inserentendruck. 158 S., Lenos-Verlag, Basel, 15 Fr.* **Nr. 711**

Ueli Haldimann liefert Materialien für die notwendige Diskussion über die Struktur der gedruckten Presse. An zahlreichen Beispielen dokumentiert er, wie Inserenten und Druckereikunden Druck ausüben, wie sich die Abhängigkeit von Inserenten auf die Pressestruktur auswirkt. Dazu Fakten zur Schweizer Werbeszene, Ertragszahlen wichtiger Zeitungen und ein Vergleich mit dem Ausland.

Jeder «konzept»-Leser sollte sich mit diesem Buch befassen, um sich über die Unabhängigkeit - oder eben Abhängigkeit - seiner Zeitung Gedanken machen zu können.

Das Buch für die Sommerferien. Oriana Fallaci **Ein Mann.** *Roman. 565 S., Kindler-Verlag, München, 38 Fr.* **Nr. 715**

Ein Buch über den Helden - den griechischen Freiheitskämpfer Alekos Panagulis -, der sich nicht unterdrücken lässt, sondern der Freiheit predigt. Die Geschichte des einzelnen, der sich nicht anpasst, der nicht resigniert, der seinen eigenen Verstand gebraucht und der deshalb stirbt, von allen ermordet.

Nicht einfach nur ein Männer- oder Heldenroman, sondern auch Abrechnung mit dem männlichen Helden.

Lieber «konzept»-Leser, lass Dich bei diesem Buch durch den hohen Preis nicht abschrecken.

Kannst Du Dich aber nicht zum Kauf durchringen, empfehlen wir Dir:

Oriana Fallaci, Brief an ein nie geborenes Kind. *Fischer-TB. 5.80 Fr.* **Nr. 716**

Kammerer/Krippendorff **Reisebuch Italien.** *Über das Lesen von Landschaften und Städten. 190 S., Rotbuch Berlin, 9 Fr.* **Nr. 703**

Gelati o informazione - quest'è la questione! Ein paar Gelati weniger und fürs gleiche Geld dafür vorbereitet Italien gegenübertreten.

Torino – Bologna – Venezia – Firenze – Roma – Napoli – Sicilia – Toscana – Pianura del Pò. – Mit dem Fahrrad – Schiff – Auto – und zu Fuss.

Kursbuch 60: Moral. *200 S., Rotbuch Verlag Berlin, 8, im Abo 6 Fr., erscheint Ende Juli '80.* **Nr. 704**

Gibt es heute, jenseits modisch-larmoyanter Sinnsucht, moralische Prinzipien und Risiken, über die sich reden lässt? Im neuen Kursbuch: **eine Übersicht über unser aller moralische Schwächen und Stärken.**

Über politische und private Tugend, Alltags- und Alternativmoral, Arbeits- und Sexualmoral, die neuen Werte der Authentizität, Echtheit, Ehrlichkeit und Treue.

Konkret Sexualität, Heft 1980. *Zweites Sonderheft der Zeitschrift «Konkret», 98 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 8.50 Fr.* **Nr. 705**

Nach **über 100 000 verkauften Exemplaren** der Nummer 1 bringt der Verlag jetzt jährlich eine Sondernummer über Sexualität heraus. Heft zwei liegt jetzt vor.

Konkret Sexualität, Heft 1979. *Sonderheft der Zeitschrift «Konkret». 106 S., viele Abb., 8.50 Fr.* **Nr. 706**

Es schreiben unter anderem: Amendt, Biermann, Burdon, Parnass zu Themen wie: Liebe, Erziehung, Perversion, Pornographie, Sex & Rock, Homosexualität, Verhütung, Abtreibung, Prostitution.

WIR LIEFERN JEDES . . .

Stefan Blankertz/Paul Goodman **Staatlichkeitswahn.** *160 S., Verlag Büchse der Pandora, Wetzlar, 7.80 Fr.* **Nr. 712**

Dieser Band enthält den Text «Anarchismus - Kriegserklärung an den Staat» von Stefan Blankertz, dazu das «Anarchistische Manifest» von Paul Goodman sowie die «Notizen eines Steinzeitkonservativen».

Stefan Blankertz beschreibt als geschichtlichen Hintergrund des Anarchismus die Entwicklung der Staats- und Herrschaftsformen mit ihren unterschiedlichen Knebelungen des Individuums. Das «Anarchistische Manifest» von Goodman hat seine gesellschaftliche Bedeutung schon bewiesen: in den 60er Jahren wurde es zum Manifest der rebellierenden Jugendlichen in den USA. Diese Rebellion ist heute schon Geschichte, und zwar Geschichte einer Niederlage. Aber Goodmans Konzept geht weiter: **es ist ein hochaktueller Lebensentwurf für die Souveränität und den Widerstand des einzelnen gegen**

jegliche Autorität. Hochaktuell besonders heute, wo sich das Bewusstsein des Widerstandes bei den Jugendlichen wieder regt.

H. D. Thoreau **Walden - oder Leben in den Wäldern.** *340 S., Diogenes Verlag Zürich, 9.80 Fr.* **Nr. 701**

«Die bemitleidenswerteste Klasse sind die Menschen, die Geld aufgehäuft haben und nichts Besseres damit anzufangen wissen, als neues Geld aufzuhäufen.»

Sechs Jahre nach dem Kommunistischen Manifest lieferte H. D. Thoreau unter dem täuschend gemütvollen Titel vom Leben in den Wäldern ein Alternativprogramm zu Marx und Engels, das als zweite klassische Protestform des 19. Jahrhunderts bis heute fortwirkt.

Marx versprach eine Welt ohne Ausbeuter - nach der Weltrevolution -, Thoreau mochte solange nicht warten. Marx lehrte den gewaltsamen Umsturz **- Thoreau präktizierte die Weigerung und inspirierte damit Ghandi, die französische Résistance, englische Gewerkschaften und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, Hippies und Wehrdienstverweigerer.**

Im März 1845 begann Thoreau sich am Waldensee ein Blockhaus zu zimmern. Dort lebte er 2½ Jahre lang und schrieb danach ein Buch über die Erfahrungen und andere Mitteilungen, die mit dem Anlass nichts zu tun hatten.

Kosten für 2½ Jahre Walden	61.99¾
in dieser Zeit verdient	36.78
Defizit	25.21¾

«Geschäftlich war Walden ein Misserfolg. . .»

- also, lieber Leser, keine Illusionen!

Vom gleichen Autor: detebe 19/2 **Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat.** **Nr. 707**

. . . LIEFERBARE BUCH

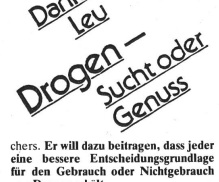
Walter Vogt **Vergessen und Erinnern.** *Roman. 208 S., Benziger, Zürich, 26.80 Fr.* **Nr. 714**

«Vergessen und Erinnern» ist die Geschichte eines Drogenentzugs - ein persönlich gefärbtes Buch, undenkbar ohne die eigene Erfahrung mit Drogen, mit der Sucht. Es will jedoch nicht einfach ein Drogenreport sein, der für einmal von einem Patienten verfasst wurde, der zugleich Arzt und Psychiater ist,

sondern **es will durch das Beschreiben des Zweikampfes Patient–Umwelt und der Beziehung Realität–Halluzination den Leser mobilisieren, Kräfte zu entwickeln, um hinter seine eigene Geschichte zu kommen.**

Daniel Leu **Drogen - Sucht oder Genuss.** *Reihe Lenoz, Bd. 11. 204 S., Lenos-Verlag, Basel, 15 Fr.* **Nr. 713**

Dieses Buch will keine Aufforderung zum Drogengebrauch sein, aber auch kein Antidrogenbuch mit der bis zur Bewusstlosigkeit vorgehaltenen Formel «Drogen = Flucht vor der Wirklichkeit». Offen und kritisch informiert Daniel Leu über die legalen und illegalen Drogen. Er schreibt über den Missbrauch der Drogen, aber auch über die erfreuliche Seite des Drogengebrauchs. Er beschreibt die Beschaffenheit der Drogen und ihre Wirkung. Er geht ein auf die Umstände bei der Einnahme und auf die Persönlichkeit des Gebrauchers. **Er will dazu beitragen, dass jeder eine bessere Entscheidungsgrundlage für den Gebrauch oder Nichtgebrauch von Drogen erhält.**



Das Buch eignet sich besonders auch als Arbeitsmittel für Schulen.

Bestell-coupon

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n).:

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Name

Str.

PLZ/Ort

Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandspesen) nach Erhalt der Bücher.

In Israel wird der Rechtsextremismus immer stärker

«Im Auftrag Gottes das Land besetzen»

Von Jean-Michel Berthoud

Während die Camp-David-Friedensverhandlungen stocken, die PLO dagegen diplomatisch immer mehr Beachtung erringt, gehen die Landbesetzungen durch Israelis in Palästina ungehindert weiter. Zusehends brutaler auftretende rechtsextreme Kräfte in Israel versuchen mit diesen Besiedlungen die Möglichkeit eines Palästinerstaates zu verhindern. Die europäische Öffentlichkeit aber scheut sich – historisch bedingt –, den faschistischen israelischen Terror beim Namen zu nennen. Die Red.

Was heute selbst von Israelis als israelischer Terrorismus bezeichnet wird, begann schon vor den Anschlägen auf die Bürgermeister der Städte Nablus und Ramallah vom 3. Juni dieses Jahres – mit der israelischen Armee:

Westbank, Februar 1979: In der Morgendämmerung reissen schwerbewaffnete israelische Soldaten eine arabische Familie aus dem Schlaf. «Mobiliar zusammenpacken und herauskommen», befiehlt ein Offizier. Die Araber können nur gerade das Nötigste mitnehmen. Fünf Minuten später haben isrelische Armeebulldozer ihr Haus niedergewalzt. Hadj Hillal, der mit Frau und Kindern jetzt auf der Strasse steht, hatte zwei Monate zuvor seinen Neffen Ahmed Hillal bei sich beherbergt. Dieser wird von den israelischen Behörden beschuldigt, 1978 zwei Attentate in Jerusalem verübt zu haben. Bewiesen wurde allerdings bis heute nichts.

Wilde Kolonisierung

Zetrales Thema der Konfrontation zwischen Israelis und Palästinern ist der Kampf um das Land. Die Besiedlungspolitik des israelischen Landwirtschaftsministers, General *Ariel Sharon,* verfolgt ein klares Ziel: in Cisjordanien eine Situation zu schaffen, welche einen Palästinerstaat verhindert. In Cisjordanien allein gibt es heute 68 israelische Kolonien; weitere 59, die alle 200 bis 300 Familien zählen, sind im Rahmen des Fünfjahrplans (1980–85) der Jüdischen Agentur noch vorgesehen. Im Golangebiet (syrisches Territorium, seit 1967 besetzt) existieren schon 29 israelische Kolonien, und im Gazastreifen gibt es 5; im Sinai sind es 20, die allerdings nach dem Camp-David-Abkommen mit Israel geräumt werden müssen. Insgesamt wurden in den besetzten Gebieten 122 Kolonien geschaffen mit einer Gesamtbevölkerung von 20 000 Siedlern, die 60 000 Juden, die sich in den neuerstellten Quartieren im arabischen Teil Jerusalems einpflanzten, nicht inbegriffen.

Rechtsextreme Gush Emunim

Die aggressive Siedlungspolitik ist nicht allein der Begin-Regierung zuzuschreiben; zahlreiche Kolonien waren bereits von der sozialdemokratischen Mapam-Regierung vor dem Machtantritt der religiös-nationalen Koalition Begins im Jahr 1977 geplant. Begin und die *Gush Emunim (Glaubensblock)* sind allerdings für das äusserst militante Vorgehen bei der Inbesitznahme des Landes verantwortlich. *«Wir pflanzen uns überall ein, weil wir den Auftrag haben, das Land, das Gott unseren Ahnen gegeben hat, zu kolonisieren. Die Besiedlung geschieht nicht aus Sicherheitsgründen, sondern um dieser Mission zu folgen»,* ist das unmissverständliche Bekenntnis der «Gush Emunim» («Davar», 31. 8. 79).

Die Mitglieder der Gush Emunim werden politisch und finanziell von der Begin-Regierung unterstützt, obwohl sie die staatlichen Institutionen und die Autorität der israelischen Gerichte sowie des Parlaments nicht anerkennen. Als ihnen das Oberste Gericht provisorisch die Einstellung der Besiedlungen in Eilon Moreh befahl, bezeichneten sie dies als *«Instrument in den Händen der palästinischen Terroristen»* (Le Monde diplomatique», 6. 76). *Gershon Shefett,* politischer Sekretär des «Glaubensblocks», in einem Interview mit der israelischen Zeitung «Haaretz» (2. 11. 79): *«Es ist unmöglich, dass zwei Personen das gleiche Recht auf den gleichen Teil Land haben. Wir haben ein absolutes Recht auf dieses Land, und sie* (die Araber; der Verf.) *haben keines.»* Frage: «Gibt die Tatsache, dass sie seit Jahrhunderten auf diesem Land leben, den Arabern kein Recht darauf?» *Antwort: «Nein, nach unserem Recht nicht.»* Frage: «Glauben Sie nicht, dass diese Ethik uns schaden und die totale Isolierung Israels in der Welt bewirken könnte?» *Antwort: «Ich ziehe unsere Ethik derjenigen der Welt vor.»*

Geld von der Regierung und aus dem Ausland

Die Gush Emunim erhielt allein in diesem Jahr bereits Regierungskredite in der Höhe von 5 Milliarden isrelischen Pfund (1% des gesamten Staatsbudgets). Auch aus dem Ausland fliessen Millionen in die Kasse des «Glaubensblocks», namentlich von *Cyril Stein,* dem Besitzer einer berüchtigten Kasinokette in England. Von der Polizei und der israelischen Armee werden die Gush-Emunim-Fanatiker kaum oder gar nicht belästigt. Im Gegenteil, die Armee hat sie bei ihren bewaffneten Besiedlungsaktionen stets vor zornigen Reaktionen der palästinischen Ansässigen geschützt. Ein weiterer prominenter Beschützer der Gush Emunim neben Begin ist Landwirtschaftminister *Ariel Sharon.* Auch die Gesamtheit der israelischen Rabbis unterstützt die Kolonisierungspolitik des «Glaubensblocks», weil dieser «im göttlichen Auftrag» handelt.

Aus der Zeitschrift der PLO, «Palestine», P. O. Box: 145168, Beirut, Libanon

Anders sieht es der 1969 in Pension gegangene General *Matitiahu Peled,* «Held» des Sechstagekriegs im Juni 1967, heute Präsident des *Rates für den israelisch-palästinischen Frieden* und Gründer der kleinen, aber sehr aktiven linkszionistischen Partei *Shelli,* die den Dialog mit den Palästinern sucht: *«Die Mitglieder der Gush Emunim sind militärisch organisiert, und die Armee liefert ihnen Waffen, Munition und Sprengstoff. Ihre Aktionen bleiben ungestraft, und niemand denkt daran, die Schuldigen zu suchen; sie scheinen mit dem Segen der Behörden zu handeln. Das bedeutet, dass die wichtigen Entscheide bezüglich Cisjordanien und der Palästiner nicht von der Knesset oder der Regierung, sondern von dieser nichtgouvernementalen Gruppe gefällt werden»* (Le Monde», 19. 6. 80).

Im vergangenen April wurden vier Gush-Emunim-Mitglieder verhaftet, nachdem sie 120 Autos und mehrere Dutzend arabische Läden in Ramallah zerstört hatten. Sie wurden jedoch kurz darauf gegen Kaution wieder freigelassen. Im März 1979 schossen zwei «Glaubensblock»-Mitglieder in Chalchul auf Palästiner, die sich gegen die militanten israelischen Siedler zur Wehr setzen wollten. Zwei Araber wurden getötet. Gerichtliche Folgen für die Mörder gab es keine. Als zwei Monate später ein junges Gush-Emunim-Mitglied einen jungen Palästiner in Bir Zeit mit einem Revolverschuss schwer verletzte, wurde es trotz Geständnis gerichtlich nicht belangt, weil ihm das Recht auf «legitime Verteidigung» zuerkannt wurde.

Neonazis in den israelischen Reihen

Am 2. Mai dieses Jahres gipfelte der Zorn der palästinischen Bevölkerung über die wilde Kolonisierungspolitik in den besetzten Gebieten in einem Attentat eines palästinischen Kommandos gegen israelische Siedler in Hebron. Sechs Personen wurden dabei getötet. Die Repressionsmassnahmen der israelischen Militärbehörden folgten unmittelbar: der Bürgermeister von Hebron, Fahd Kawassmeh, und sein Amtskollege aus Halhul, Mohammed Milhelm, wurden deportiert, das Militär schüchterte die Bevölkerung ein. Für den israelischen General *Bar-Lev* sind allerdings nicht die deportierten arabischen Bürgermeister für das Attentat verantwortlich, sondern *die provokative Präsenz von israelischen Siedlern inmitten der arabischen Stadt Hebron* («Le Monde diplomatique», Juni 1980). Der Tod der sechs jüdischen Siedler in Hebron wurde von der Begin-Regierung nur kurze Zeit propagandistisch ausgeschlachtet, weil es da einen groben Schönheitsfehler gab: Einer der getöteten Siedler war nämlich gar kein Israeli, sondern ein amerikanischer Neonazi, der sich seit seinen Vietnam-Erfahrungen als Scharfschütze der Green Berets *«Eli Hazeev»* (der Wolf) nannte. Er war ein berüchtigter Rechtsextremist in den USA, bekannter Führer einer Neonazi-Gang, mit einer langen Vergangenheit als Gewaltverbrecher, der sich vom Antisemiten zum Judenfreund durchgemausert hatte.

Dass der US-Neonazi nicht ein einzelner skurriler Spinner ist, bewies die Präsenz des israelischen Generalstabchefs Rafael Eytan an seinem Begräbnis; dieser machte sich 1968 einen Namen, als er auf dem Flughafen von Beirut 13 Linienflugzeuge in die Luft sprengen liess und sich das «Spektakel» kaffeetrinkend von der Terminal-Bar aus ansah. Auch Mitglieder der religiös-fanatischen *Kach*-Gruppe des Rabbi Meir Kahanes, der seit seinem Umzug von den USA nach Israel 1970 bereits 62mal wegen Gewaltanwendung oder -drohung gegen Araber verhaftet wurde, jedoch nur einmal eine dreimonatige Gefängnisstrafe erhielt, erwiesen «Eli Hazeev» die letzte Ehre.

Faschismus ist nicht nur Antisemitismus

Viele Israelis sind besorgt über die rapide Zunahme rechtsextremistischer israelischer Gruppen und Terroraktionen. Bereits im Oktober vergangenen Jahres unterzeichneten Dutzende von israelischen Intellektuellen, darunter bekannte Universitätsprofessoren und Schriftsteller, einen Aufruf: *«Die junge, in Israel geborene Generation»,* heisst es darin, *«kennt den Faschismus, seine Natur und seine Freveltaten nur im Zusammenhang mit der jüdischen Geschichte. Sie ist sich seiner Natur und seiner Folgen absolut nicht bewusst, wenn es sich um andere Völker und ‹Rassen› handelt . . . Die Jugend hat nicht die Sensibilität und die adäquaten Mittel, um zwischen einem tiefen patriotischen Gefühl, das vernünftig und legitim ist, und einem arroganten, repressiven Nationalismus zu unterscheiden, der Träger faschistischer Elemente ist. Viele unter ihnen betrachten den Faschismus als antisemitische Bewegung, die zur Verfolgung der Juden prädestiniert ist; dem zufolge sind sie nicht fähig, faschistische Charakteristiken zu erkennen, wenn es sich um jüdischen Faschismus gegen andere handelt. Wir meinen deshalb, dass es unumgänglich ist, die Jugend über den Aufstieg des Faschismus, seiner Praktiken, seiner Schlagwörter und seiner Folgen in den Ländern, wo er gewütet hat – nicht nur gegen Juden, sondern gegen die ganze Bevölkerung –, zu informieren. Damit können wir die Jugend sensibilisieren und die nötigen Abwehrkräfte bilden, um diese Gefahr zu bekämpfen.»*

Für den ehemaligen Chefredaktor des Organs der Gewerkschaftszentrale Histadrut, *Yehuda Gotthelf, «existieren die Kerne eines Neofaschismus auch bei uns»* («Davar», 26. 10. 1979). Die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu sind in der Tat vorhanden: galoppierende Inflation (133,5 Prozent in den letzten 12 Monaten), steigende Arbeitslosigkeit (zurzeit 25 000; auf Ende Jahr rechnet das Arbeitsministerium mit über 60 000, was 5 Prozent der aktiven Bevölkerung ausmacht), riesige Auslandverschuldung (16 Milliarden Dollar), steigendes Handelsbilanzdefizit (+35 Prozent im Jahr 1979), Militarisierung der Gesellschaft, übersteigerter Nationalismus, Gefühl der weltweiten Isolation. Betroffen von dieser Entwicklung sind nicht mehr nur die unteren sozialen Schichten, sondern vermehrt auch das Kleinbürgertum, das von jeher eine soziale Basis für den Faschismus war. Immer mehr verunsicherte junge Israelis wandern aus (über 20 000 pro Jahr), meistens hochqualifizierte Leute («Le Monde», 14. 6. 1980)

Faschistische Organisationen

Tatsächlich sind neben der rechtsextremen Gush Emunim bereits faschistische Organisationen in Israel entstanden. Am 8. 10. 1979 wurde in Jerusalem die Partei *Hatehiya* (Wiedergeburt) gegründet. Im Manifest der neuen Partei wird erklärt, dass «die Fahne Israels durch den Dreck gezogen wurde» und «eine Wiedergeburt der Nation» nötig sei. Die Hatehiya fordert die Annullierung des Camp-David-Abkommens mit Ägypten und die Annexion aller besetzten Gebiete. Ihre «Endlösung» des Palästinerproblems: *«Evakuierung der Camps und Deportierung der Flüchtlinge nach Saudi-Arabien und in die anderen Opec-Staaten, die alle dringend Arbeitskräfte brauchen»* («Haaretz», 9. 10. 1979). Den israelischen Arabern in den besetzten Gebieten empfiehlt die Partei, sich entweder mit dem Zionismus* abzufinden oder auszuwandern. Die Hatehiya hat es bisher auf zwei Knesset-Mitglieder gebracht, geniesst aber im Land weit mehr Sympathien. Mitglieder sind religiöse Fanatiker und ehemalige Militärs, wie der Professor und General Yuval Neeman, General Avraham Yaffé und General Aharon Davidi, Ex-Kommandant der Fallschirmtruppen und notorischer Araberhasser. Der Schriftsteller Amos Elon sieht in der «Hatiya» das Ungeheuer von «Deutschland erwache» («Le Monde diplomatique», Dezember 1979).

In letzter Zeit hat sich auch eine andere faschistische Gruppe bemerkbar gemacht: Die Organisation *TNT* (Terror gegen Terror) verwüstete am 10. 5. 1980 in Tel Aviv das Lokal der kleinen Oppositionspartei Shelli, die sich für einen Dialog mit den Palästinern starkmacht. Einzelne Mitglieder dieser Partei erhielten von der Gruppe TNT Drohbriefe, in denen «allen Verrätern der Heimat» die Liquidierung angekündigt wird.

Faschistische Tendenzen sind aber nicht nur in diesen Organisationen zu finden, sondern auch in Begins Nationalreligiöser Partei (Likud-Block). Der Knesset-Abgeordnete dieser Partei *Rabbi Haim Druckman,* erklärte im Parlament zu den Anschlägen auf die Bürgermeister, eine Passage aus der Bibel zitierend: *«Auf dass unsere Feinde alle so zugrunde gehen.»* Auf die empörten Zwischenrufe einiger Parlamentarier fügte er hinzu: *«Natürlich hätte ich es vorgezogen, wenn die Bürgermeister eines natürlichen Todes gestorben wären.»*

In einer Knesset-Rede erklärte Landwirtschaftsminister Ariel Sharon: *«Die gefährlichsten Feinde sind nicht die Mitglieder der Gush Emunim – wahrhafte Pioniere, schade, dass es nicht mehr von ihnen gibt –, unser Feind ist die Servilität gegenüber den Ausländern, der Selbsthass, den ihr ununterbrochen züchtet, durch ungesunde Motivationen ernährt. Ihr würdet vorziehen, dass wir alle Nichtse sind, aber das wird euch nicht gelingen.»* Darauf antwortete die Oppositionsabgeordnete Shulamit Aloni: *«Wir dürfen solche Worte nicht tolerieren. Auf diese Weise sind alle Faschisten an die Macht gelangt»* («Haaretz», 16. 10. 1979).

Der Faschismus wird nicht siegen

Ob dieser Situation graut es nicht nur einigen Israelis. *«Zuerst gehen sie* (die israelischen Rechtsextremisten, der Verf.) *auf die Araber los, die die PLO unterstützen, dann auf die Juden, die eine andere Meinung vertreten oder sich für einen Kompromiss mit den Palästinern einsetzen. Das ist ein Weg, der zum Bürgerkrieg führt . . .»,* schrieb der Militärchronist der Zeitung «Haaretz» kürzlich. Und der Reservegeneral Haim Bar-Lev doppelte in einem Interview mit der «Jerusalem Post» nach: *Die Situation gleitet uns aus den Händen. Der Aktivismus der jüdischen Extremisten ist eine reelle Gefahr für die israelische Demokratie.»* Immer häufiger taucht bei den Kundgebungen der Bewegung *«Frieden jetzt!»* die Parole «Der Faschismus wird nicht siegen» auf. Der Filmschauspieler Assaf Dayan, Sohn von Moshe Dayan, glaubt, dass heute «ein Bruch der nationalen Identität» im Gang ist. *«Ich glaube, dass ich nicht zur gleichen Familie gehöre, zum gleichen Volk wie die Mitglieder der Gush Emunim.»* («Haolam Hazeh», 20. 6. 1979).

Sogar die Juden der Diaspora, die bisher wie ein Fels zu ihrem Staat standen, sind verunsichert. *«Wenn die gegenwärtige Regierung ihre Politik fortsetzt, wenn sie weiterhin für ein solches Bild des Landes im Ausland und in der Diaspora sorgt, weiss ich nicht, wie lange Juden wie ich die Bande zu Israel noch aufrechterhalten»* («Le Monde diplomatique», Dezember 1979). Diese Worte des berühmten Violonisten *Isaac Stern,* von jeher überzeugter Anhänger Israels, sind für viele Israelis ein Alarmzeichen. ●

* Unter Zionismus verstehen wir eine nationaljüdische Bewegung, die auf die Gründung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina abzielt. Theoretischer Begründer des Zionismus war der jüdische Schriftsteller Theodor Herzl mit seinem Buch «Der Judenstaat» (1876). Mit der Balfour-Deklaration (1917) gestattete die britische Kolonialregierung die jüdische Niederlassung in Palästina, worauf Juden zum Teil gewaltsam gegen arabischen Widerstand in steigender Zahl das Land besiedelten und aufkauften.

Zionistischer Terrorismus

Zionistischen Terrorismus gibt es seit Beginn des Kampfes um den Staat Israel. Am 9. April 1948 fällt ein bewaffnetes Kommando der jüdischen Untergrundorganisation Irgun in das kleine Palästinerdorf Deir Yassin ein und metzelt über 250 Einwohner – Männer, Frauen, Kinder und Greise – nieder. Kommandoführer ist *Menachem Begin,* heute Ministerpräsident Israels. Der Mann, der die PLO am vergangenen 15. Juni in einer Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament, als *«arabische SS»* bezeichnete, schreibt in seinem überall erhältlichen Buch «Die Revolte – Geschichte der Irgun», in dem er ausführlich das Massaker von Deir Yassin schildert: *«Die Welt hat kein Mitleid mit den Abgeschlachteten; sie ehrt nur die, die kämpften.»*

Spots

Die südafrikanische Niederlassung des US-Konzerns Colgate-Palmolive hat eine von zwei Dritteln ihrer schwarzen Belegschaft unterzeichnete Petition zurückgewiesen, worin das Unternehmen aufgefordert wird, die Industriegewerkschaft der Chemiearbeiter anzuerkennen, der hauptsächlich schwarze Südafrikaner angehören. Selbstherrlich schreibt der Konzern in einem Schreiben an die Gewerkschaft: «Wir sind gegen die gewerkschaftliche Organisierung unserer Arbeitskräfte, da wir fest glauben, dass keine Gewerkschaft mehr für unsere Angestellten tun kann als wir . . .» Nur Colgate-Palmolive enthält soviel Weissmacher, dass es auch bei solchen Sprüchen nicht rot wird.

*

Die Silberhausse Anfang Jahr war durch eine riesige Spekulation der amerikanischen Brüder Hunt verursacht worden: Der Silberpreis verzehnfachte sich und versetzte das gesamte Banken- und Börsensystem Amerikas in Krisenstimmung. An der Riesenspekulation waren auch zwei Schweizer Grossbanken beteiligt. Der Bankverein hatte den Hunts mit 330 Mio. Franken ausgeholfen. Die Volksbank wurde von den amerikanischen Rohwarenmärkten ausgeschlossen, weil sie eine grössere Zahl von Silberspekulanten vertritt. – Aber grundsätzlich ist ja der (Silber-)Markt frei – und die Gedanken auch . . .

Wie Frauen ihren Körper kennenlernen

Frau-Sein ist keine Krankheit

Von Lise Stärkle

Dispensaires (auch Frauen-Gesundheitszentren oder Ambulatorien) sind ein Produkt und Brennpunkt der Frauenbewegung. Theorien über Gesundheit und Normalität, politische Forderungen, Forschungen über die Schädlichkeit der klassischen Medizin und Frauengeschichte, der experimentelle Aufbau einer Alternative – all das fliesst in einem Dispensaire zusammen.

Die Auseinandersetzung mit Ärzten und Medizin hat in der Frauenbewegung nicht zufällig mit den verschiedenen Abtreibungskampagnen angefangen (in der BRD seit 1967, in der Schweiz etwa seit 1970). Die unerträgliche Wahl – entweder Leben und Gesundheit bei einer illegalen Abtreibung zu riskieren oder einen langen, zermürbenden Spiessrutenlauf mit ungewissem Ausgang durch Arzt- und Psychiatriepraxen und Sozialarbeiterbüros anzutreten oder ein Kind widerwillig auszutragen und zu gebären – erwies sich als offensichtlichstes Beispiel für (medizinische) Bevormundung. Auch wenn eine Frau nicht abtreiben muss, macht sie demütigende Erfahrungen beim Frauenarzt. Die Situation ist allen Betroffenen bekannt: Der Arzt, der das Spekulum als Vergewaltigungsinstrument benützt, unsere Fragen, falls wir überhaupt noch imstande sind, welche zu stellen, kurz oder überhaupt nicht beantwortet und uns nach 5- bis 10minütiger Konsultation mit einer Schachtel Pillen oder Zäpfchen verabschiedet.

Die ewigen Patientinnen . . .

Frauen sind viel häufiger Patientinnen und damit Opfer der Medizin. Aus dem einfachen Grund, weil alles, was uns biologisch zu Frauen macht – Menstruation, Fähigkeit und Gefahr zu gebären, Geburt, Menopause –, von dieser Medizin als Krankheit, Operation oder mindestens ständige Kontrolle erfordernder Gefahrenherd behandelt wird (Frauen zahlen dann sinnigerweise auch höhere Krankenkassentaxen). Die Frauen werden zu Dauerpatientinnen erklärt, in Institutionen, die fremdbestimmter nicht sein könnten: Meist männliche Gynäkologen stellen Diagnosen, die wir nicht verifizieren können, machen Operationen, von deren existentiellen Auswirkungen sie keine Ahnung haben können (z. B. Gebärmutterentfernungen und Brustamputationen), und verschreiben Medikamente, über die sie nur von der Pharmaindustrie informiert werden und deren schädliche «Neben»wirkungen sie, wenn überhaupt, mit jahrelanger Verspätung ausschliesslich unter sich in ihren Fachzeitschriften diskutieren.

. . . helfen sich selbst

Ab etwa 1973/74 entstanden – inspiriert von der US-Frauenbewegung – in der Schweiz Selbsthilfegruppen. In der Selbsthilfe untersucht jede Frau ihre Scheide mit Plastikspekulum, Spiegel und Taschenlampe. Zuerst und auch wenn sie nicht regelmässig betrieben wird, entmystifiziert Selbstuntersuchung unsere Scheide, macht sie zu einem normalen Körperteil, der nicht nur von andern (meist Männern) befühlt, betrachtet und betastet wird. Schon mit kleinem Wissen können wir bei kleinen Unregelmässigkeiten «sanfte» Heilmittel (z. B. Joghurt oder Milchsäurestäbchen, Honig etc.) versuchen. Falls trotzdem ein Arztbesuch nötig ist, können wir genauere Auskünfte über unsere Beschwerden geben, gezieltere Fragen stellen und etwas besser verstehen, ob die verschriebenen Medikamente eine Krankheit gezielt behandeln oder einfach die gesamte Scheidenkultur zerstören. Konsequent und regelmässig betrieben, kann Selbstuntersuchung sogar eine ziemlich sichere Verhütungsmethode sein.

Zusätzlich zu dieser praktischen Bedeutung verändert Selbsthilfe aber auch das Verhältnis zu unserem Körper: Gesundheit wird zum Zentrum. Der Körper muss nicht mehr mit Krankheiten reagieren, um beachtet zu werden. Die Frauen kriegen das nötige Selbstvertrauen in ihren Körper und ihr Wissen darüber – ein Selbstvertrauen, das nicht trügerisch ist, denn eine Frau, die ihren Muttermund täglich beobachtet, kann Störungen schneller und sicherer erkennen als ein Arzt durch eine Kontrolle pro Jahr. Selbsthilfe ist eine Basis für die Wiederinbesitznahme ihres Körpers für jede einzelne Frau. Diese Basis ist wichtig, denn die Zerstörung des Wissens der Frauen war gründlich; das nötige Wissen und vor allem die Erfahrung für die Behandlung von und die Betreuung bei allen seltenen und längeren Abweichungen vom üblichen Zustand – z. B. Entzündungen, Schwangerschaft, Geburt etc. – können nicht mehr in der Freizeit in kleinen Gruppen erworben werden. Medizinische Fachleute sind nötig, allerdings später, als uns die Mediziner und vor allem die Gynäkologen weismachen wollen. (Alle Leute versuchen erst mal, einen leichten Husten selbst zu heilen; um ebenso selbstverständlich mit einem leichten Scheidenjucken umzugehen, brauchen Frauen bereits ein Selbsthilfebewusstsein!) Das heisst aber noch nicht, dass traditionell in klassischer Medizin ausgebildete Fachleute nötig sind.

Massage im Frauen-Gesundheitszentrum *Foto: Gertrud Vogler*

Die eigenen Bedürfnisse kennenlernen

Dispensaire-Mitarbeiterinnen sind Frauen, die, ausgehend von einem Selbsthilfekonzept von Gesundheit und Vorsorge, sich selbst zu wissenden Frauen ausbilden und ein Gesundheitszentrum für Frauen betreiben. Sie richten diese Ausbildung nach den Bedürfnissen der Frauen (ihren eigenen) und dehnen sie auch auf Gebiete aus, die von der klassischen Medizin vernachlässigt oder bekämpft werden. In dieser «sanften» Medizin muss vorhandenes Wissen erst gesammelt und die Wirksamkeit erforscht werden. Dispensaire-Frauen sammeln deshalb auch Informationen über die Schädlichkeit von Medikamenten etc. und informieren die direkt Betroffenen.

Ein Teil der Dispensaire-Frauen konzentriert sich vor allem darauf, die Naturmedizin der Hexen wiederzuentdekken, zu erforschen und zu praktizieren. Ein anderer Teil – vor allem Frauen aus medizinischen Berufen – setzt sich kritisch mit der üblichen naturwissenschaftlich-chemischen Medizin auseinander und will diese Analyse in ein neues Gesundheitskonzept integrieren. Es gilt jetzt, produktiven Nutzen aus dem Widerspruch dieser beiden Haltungen zu ziehen.

Die neuen medizinischen Ansprüche verlangen auch ein Umdenken von den Benützerinnen (nicht Patientinnen!): Das Vertrauen in den Arzt und seine «natürliche Autorität» sitzt tief – auch wenn es nur auf seinem Diplom und vorgespielter Sicherheit beruht. Und es ist schwierig, über eine rein rationale Überlegung hinaus, wirkliches Vertrauen zu einer Frau zu finden, die Unsicherheiten in der Diagnose zugibt – auch wenn wir wissen, dass sie sich seit Jahren ernsthaft mit Gesundheit beschäftigt. Kontrolle über Körper und Gesundheit heisst aber sicher nicht, ein Leben lang nach dem perfekten Arzt suchen zu müssen, sondern Vertrauen in uns und andere Frauen zu gewinnen. Diese Autonomie scheint mir auch für den Umgang mit andern Personen und Institutionen wichtig.

Das Unbehagen von Ärzten/Ärztinnen und medizinischem Personal über die klassische Medizin und ihre Anwendung in den Spitälern, über ihre Übertechnisierung, ihre rein objektiv-wissenschaftliche Betrachtungsweise von Menschen, die Spezialisierung und Verschärfung der sozialen Hierarchie, greift um sich. Ärzte und Krankenschwestern studieren fasziniert Berichte über die chinesischen Barfussärzte und die Effizienz einer einfachen und so lange wie möglich ambulanten Medizin und klagen über ihr Unwissen bezüglich alternativer, «sanfter» Heilmethoden (und haben sich – zum Beispiel – in der SGSG zusammengeschlossen).

Dispensaires und deren Vorbereitungsgruppen sind Orte, wo solche Ärzte/Ärztinnen ihr klassisches Wissen weitergeben und selbst in alternativer Medizin geschult werden. Dort können sie die gewohnte Funktionen- und Machtverteilung zwischen dem Arzt und seinen Helferinnen produktiv verändern und werden mit einer völlig andern Haltung gegenüber der Gesundheit konfrontiert. Nicht zuletzt müssen sie die Verantwortung für das Wohl der Patientinnen nicht mehr allein tragen.

Aus: Fraue-Zitig Nr. 17

Aktionen nach aussen

Die Frage, wie der Kampf gegen die Fremdbestimmung in der Praxis aussehen soll, ist (noch) nicht gelöst. Die Frauen, die in den Gesundheitszentren arbeiten oder an ihrem Aufbau beteiligt sind, diskutieren, wie sehr sie sich mit ihrem Selbsthilfe-«Programm» selbst genügen oder wie stark sie nach aussen treten und auf die traditionelle Medizin Einfluss nehmen wollen. Konkrete Erfahrungen haben viele Frauen schon gemacht: Die Aktionen reichten in den letzten Jahren vom Verteilen von Flugblättern mit Warnungen vor Medikamenten vor und in Kliniken, in denen diese Medikamente verwendet werden (Lenotan und Prostaglandin, Basel), über Prozesse gegen die Pharmaindustrie (Prostaglandin, Berlin), Poliklinikbesetzungen (für die ambulante Absaugmethode, Genf) und das Verbreiten von Listen über Ärzte, die zu boykottieren sind (Genf), zum Verbrennen von Gynäkologenautos an einem Gynäkologenkongress (Genf) und zum Zerschlagen von Schaufenstern von Apotheken, die immer noch für Duogynon werben (Berlin). Und die Reaktion des Basler Frauenspitals – das Klinikpersonal verlangte von den Frauen, die vor dem Spital Flugblätter verteilten, die Personalausweise und rief die Polizei – zeigt, dass Gesundheitsinstitutionen sich durch solche Aktionen durchaus bedroht fühlen.●

Die Macht der Gesundheitsverwalter

Wenn Frauen in allen Lebensbereichen unterdrückt sind, warum sollten sie's gerade im Gesundheitswesen nicht sein?

Die Geschichte der Frauen bringt eine strategische Bedeutung der Kontrolle über die Gesundheit ans Licht: Im Mittelalter, das nach Meinung der Schulbücher finster war und die Frauen besonders unterdrückte, waren sie die einzigen, die das Volk verarzteten, Geburtshilfe leisteten und auch abtrieben. Die Kirche betrachtete Krankheiten als Strafe für Sünden und/oder ein Abverdienen des Himmels, zumindest fürs gemeine Volk, und verbrannte 7 Millionen Frauen als Hexen. Etwas früher wurden die wissenschaftlich weit entwickelten Mauren aus Europa vertrieben und die ebenfalls heilkundigen Juden durch die Inquisition drastisch dezimiert. Gleichzeitig wurde der Grundstock zu einer kirchentreuen Ärzteschaft gebildet, die bei den Hexenverfolgungen willig mithalf, medizinisch jedoch völlig untauglich war; die aber aus der Oberschicht kam und mit dieser verknüpft blieb. Später, als der Prozess, durch den die Frauen aus der Medizin ausgeschlossen wurden, beendet schien, legten sich die Medizin-Männer Frauen als aufopfernde, unwissende und machtlose Krankenschwestern zu. Ich will die Hexen nicht romantisieren, das geschieht zurzeit unproduktiv oft. Aber ihre Geschichte zeigt, wieviel einer herrschenden Klasse an der Macht über die Gesundheit des Volkes und dem Ausschluss der Frauen aus diesem Wissensbereich liegt.

Kontrolle über die Medizin heisst eben nicht nur bestimmen, wer geboren werden und wer überleben darf, obwohl dies schon schwerwiegend genug ist. In der dritten Welt zeigt sich das noch viel krasser als hier: Sterilisationen werden ohne Wissen der Betroffenen vorgenommen, Spiralen werden bei Indianerinnen ohne jegliche Hygiene und nachträgliche Entzündungsbekämpfung eingesetzt, und Puertoricanerinnen missbraucht man als Versuchskaninchen für Antibabypillen. In der industrialisierten Welt ist die Medizin – parallel zum sinkenden Einfluss der Religion – zu einem wesentlichen Instrument geworden, um Ideologie und Repression in unseren Köpfen zu verankern (immer häufiger sekundiert von der Psychiatrie). Wer bestimmt, was gesund oder krank, normal oder verrückt ist, bestimmt die Menschen weitgehend und grundsätzlich.

All das lässt den Kampf gegen die Fremdbestimmung in der Medizin, die Rückeroberung (oder erstmalige Eroberung, je nach unserem Geschichtsbild) der Kontrolle über unsere Körper zu einem wichtigen politischen Kampf werden, der weit über Forderungen nach verantwortungsbewussteren Ärzten, alternativen Heilmethoden usw. hinausgeht. Ein Kampf aber auch, der nicht theoretisch bleiben kann, schliesslich ist unser Körper das Konkreteste unserer Person.

Lise Stärkle

In der ganzen Schweiz entstehen Dispensaires

Für die Diskussion über Frauengesundheitszentren in der Schweiz ist das Dispensaire Genf von entscheidender Bedeutung. Die Projektgruppen in Basel, Bern und Zürich orientieren sich weitgehend an der zweijährigen Erfahrung des Dispensaire Genf.

Dispensaire Genf

Das Dispensaire Genf wurde im Mai 1978 eröffnet. Heute arbeiten dort 15 Frauen zu Löhnen von durchschnittlich 1200 Fr. brutto. Bis jetzt besuchten 1500 Frauen das Dispensaire. Nach aussen tritt eine Ärztin als Verantwortliche auf. Die Nichtmedizinerinnen (der grösste Teil) wollen das Ärztemonopol auf die medizinische Behandlung durchbrechen und sich als praktisch erfahrene (und mittlerweile qualifizierte) Laienfrauen die Frauenmedizin zurückerobern. Ein Tag pro Woche wird nur für ihre Ausbildung (in der Gruppe) benutzt. Informationen über die Schädlichkeit von Medikamenten werden systematisch gesammelt. Kräuter und andere «sanfte» Methoden angewandt und der Erfolg/Misserfolg statistisch erfasst (mit menstruationsfördernden oder -auslösenden Mischungen wurden zum Beispiel gute Ergebnisse erzielt).

Der Kern der Arbeit – Empfang, Arbeit in den verschiedenen Gruppen (Sexualität, Verhütung, Schwangerschaft, Menopause, Selbstuntersuchung), Konsultationen (manuelle Untersuchung, Beobachtung, alternative Behandlungsmethoden, Schleim- und Gebärmuttermund-Abstriche) – wird heute von allen, ob ursprünglich medizinisch ausgebildet oder nicht, gemacht. Buchhaltung, Putzen und spezielle medizinische Arbeiten von bestimmten Frauen. Bei den spezialisierten medizinischen Arbeiten – Hausgeburt, Schwangerenbetreuung, Spiralen einlegen – sind jetzt aber immer auch interessierte Nichtfachfrauen dabei und bilden sich so weiter.

Die Konsultationen werden immer von 2 Frauen (einer ursprünglich medizinisch ausgebildeten und einer nicht ausgebildeten) gemacht, auch das ein wichtiger Teil der Aus- und Weiterbildung (auch für Ärztinnen!) mit dem Ziel der Aufhebung der Arbeitsteilung.

Für die Benützerinnen ist das Dispensaire ein Ort, wo Medizin möglichst in angstfreier Atmosphäre betrieben wird. Das beginnt beim Empfangsgespräch, beim Selbstausfüllen des gynäkologischen Fragebogens, beim Durchlesen der Krankengeschichte. Die eigentliche Konsultation dauert eine volle Stunde, mit zwei Disp.-Arbeiterinnen. Die gynäkologische Untersuchung findet auf einem normalen Bett statt. Die Patientin führt sich das Spekulum selbst ein, verfolgt in einem Spiegel alles mit und lässt sich die Abstriche unter dem Mikroskop erklären. Immer werden ihr zwei Behandlungsmethoden vorgeschlagen und erläutert, eine klassische «harte» und eine «sanfte» – Haus- oder Spitalgeburt, Medikamente oder Joghurt, Honig, Knoblauch, Kräuter etc. (Das Disp. ist kein Naturmedizinladen, Antibabypillen und Antibiotika werden häufig abgegeben.) Die Benützerinnen können in den verschiedenen abendlichen Arbeitsgruppen mitarbeiten und tun dies auch. Dreimonatlich findet eine Benützerinnen-Vollversammlung statt, um die Beziehung zwischen Behandelnden und Behandelten weiter zu demokratisieren. Von den Benützerinnen (unter Mitarbeit von 2 Disp.-Frauen) wird auch eine Zeitung herausgegeben («Bon Sang»), die im Disp. gesammelte Informationen weitergibt, Aktivitäten gegen aussen bespricht (zurzeit verschiedene Petitionen bezüglich Krankenkassen, Subventionen von der Stadt etc.) und allgemein Gesundheit diskutiert.

Im Disp. werden *keine Abtreibungen* gemacht. Anfänglich, weil keine der drei mitarbeitenden Ärztinnen Spezialistin war und die Frauen wussten, dass sie dann das Schwergewicht unmöglich mehr auf die Vorsorge legen könnten (schon so brauchen mehr Benützerinnen eine Behandlung und nicht nur Beratung), und um die Spitäler zu Abtreibungen zu zwingen. Mittlerweile müssen so viele Frauen abgewiesen werden, dass eine weitere Gruppe mit den Vorbereitungen zu einem zweiten Disp. begonnen hat. Das Disp. wird von den Krankenkassen anerkannt, seine Rechnungen bezahlt. Von einem monatlichen Budget von ca. 32 500 Fr. werden aber nur 16 000 Fr. so beglichen. Dies vor allem, weil die Berechnungsbasis von Krankenkassen nicht Konsultationen von einer Stunde bei 2 Ärzten und auch keine Beratung und Vorsorge beinhaltet.

In Genf blühen die Dispensaires! Kürzlich wurde eines für Allgemeinmedizin eröffnet, ein «Dispensaire des fous» ist in Planung.
Dispensaire des femmes, 4, Rue du Mole, 1201 Genf, Tel. (022) 32 91 14. Die Zeitung «Bon Sang» kann für 5 Fr. pro Jahr abonniert werden (case postale 130, 1211 Genève 1).

Frauen-Gesundheitszentrum Basel

Eine Vorbereitungsgruppe arbeitet in Basel seit einem Jahr und beschäftigt sich zurzeit unter anderem mit der Analyse von Abstrichen. Jeweils dienstags von 17 bis 18 Uhr werden Frauen untersucht. Dies ist allerdings keine Alternative zum Arztbesuch, sondern soll als Anleitung zur Selbsthilfe dienen und den Frauen ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln. Die Vorbereitungsgruppe Basel sucht noch eine Ärztin.

Frauen-Gesundheitszentrum Basel, Frauenzentrum, Kaserne, Klingentalgraben, 4057 Basel. (Die «Emanzipation», Nr. 4/80, ging ausführlich auf die Diskussion der Basler Gruppe ein.)

Informationsstelle für Frauen und Mädchen Bern

In Bern bauen rund zehn Frauen – eine zweite Gruppe konstituiert sich zurzeit – ein Frauen-Gesundheitszentrum auf. Die Gruppe arbeitet in einer Informations- und Beratungsstelle – jeweils montags bis freitags von 17 bis 19 Uhr geöffnet – auf den Gebieten Sexualität, Verhütung, Schwangerschaft. Wenn die Stelle offiziell eröffnet ist (dazu ist noch eine Ärztin nötig), soll der Schwerpunkt vor allem bei der Vorsorge liegen. Das Verhältnis medizinisch/nicht medizinisch ausgebildete Frauen ist etwa paritätisch.
Informationsstelle für Frauen und Mädchen, Kramgasse 67, 3011 Bern, Tel. (031) 22 59 44.

Frauenambulatorium Zürich

In Zürich soll Anfang nächsten Jahres ein Frauenambulatorium eröffnet werden. Sieben Frauen aus medizinischen und nicht medizinischen Berufen arbeiten seit einem Jahr an dessen Planung. Das Ambulatorium will keine Wohltätigkeitsinstitution sein, das heisst, alle Mitglieder arbeiten zum gleichen Grundlohn. Sie versuchen, mit den Frauen, die das Ambulatorium besuchen, grundsätzlich in Gruppen zu arbeiten und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Jede Frau wird in die gynäkologische Untersuchung miteinbezogen und kann selbst Entscheidungen treffen. Die Schwerpunkte der Arbeit sind: Prävention und Behandlung von Frauenerkrankungen, Anregung zur Selbsthilfe, Gespräche über Sexualität und Verhütung, Beratung von schwangeren Frauen, Schwangerschaftsabbruch (nicht Haupttätigkeit!) mit Absaugmethode bis zur 10. Woche, Massage und Öffentlichkeitsarbeit. Die Vorbereitungsgruppe sucht zurzeit dringend nach Räumlichkeiten im Zentrum von Zürich (5–8-Zimmer-Wohnung). Ein Förderverein, der noch neue Mitglieder sucht, soll das Ambulatorium ideell und materiell unterstützen (Jahresbeitrag mind. 20 Fr.).

Ich möchte Mitglied des Fördervereins für das Frauenambulatorium Zürich werden:

Name, Vorname:

Adresse:

Beruf:

Einsenden an: Erika Girsberger, Hubacker 57, 8105 Regensdorf. Tel. für Auskünfte: (01) 840 49 77.

Ein engagiertes Gedicht und seine Folgen

An Unteroffiziere und Offiziere

Montage: Walter Erb

eine bitte
lasst mich mit eurem geschwätz in ruhe.
seht ab, mich umzuerziehen.
heimat, vaterland, freiheit, ehre
– nehmt diese wörter in meiner gegenwart nicht in euren mund,
denn goldstücke und karrieren brennen unter euren ärschen.
spürt ihr,
wie euer volk an euren lippen hängt.
spürt ihr,
wie gierig die scheisse aus eurer fresse gesogen wird.
spürt ihr,
wie menschen an eurem gekotze ersticken
doch, doch,
ich höre es schmatzen, rülpsen, furzen, würgen.
sehe familien nach dem tischgebet täglich euren von maden besetzten brei hinunterschlingen.
ich höre auch hilfeschreie, verzweifelte.
sehe menschen an bäumen hängen,
grünlich im gesicht, doch ansonsten zufrieden.
auch körper, denen die köpfe weggesprengt.

*

ihr herolde der kriege,
eure hetzreden aus prothesenbewehrtem munde hängen mir zum halse raus.
ihr finanz- und wirtschaftsleute,
in offiziersgesellschaften vereint,
zwischen bieren und rauschenden ballnächten eifrig die trommeln zum wettrüsten schlagend:
wann werden sich endlich eure phrasen im schlunde querstellen,
auf dass ihr ewig ruhig werdet!
ihr, die von zersetzung sprecht
und nicht bemerkt,
wie euer atem verwesung trägt.

*

welch gefühl, ihr offiziere, wenn fahnen, ehrenpuppen und bundesräte zur linken, hohnsprechende militärjustiz zur rechten seite, gewehr bei fuss, auf eure befehle warten.
welch gefühl, mit reinstem herzen und verklärtem schleierblick menschen in verliese einzulochen.
welch gefühl, eure wänste recht sprechen zu sehen.
ihr werdet wieder mit gezogenem säbel menschenmengen auseinandertreiben.
ihr werdet wieder auf kameraden schiessen lassen.
ihr werdet wieder in lederhandschuhen, in gepflegter erscheinung,
dem in seinem blute liegenden verurteilten den gnadentod erteilen.

*

doch, doch,
begeilt euch noch an euren wehrvorführungen,
militärparaden, fahnenübergaben.
hoch zu ross, sporenklirrend
verspürt noch jenes süsse erschauern,
wenn glänzende maschinen,
die kanonen in den blauen himmel gereckt,
an euch vorüberziehen.
wenn kampfflieger tief über glatzen streichen,
verspürt da jenes süsse erschauern.
wie beim erstenmal, da ihr eine frau gefickt.

*

doch, doch,
begeilt euch noch,
hoch zu ross!
aber . . . dies sei gesagt:
auch wir wissen ein pferd zu führen,
für die arbeit nur – doch ohne offiziere!

*

ihr herren,
ihr,
die den menschen erst im tausendfachen neutronenblitz geläutert seht:
schweigt, um gottes willen schweigt,
wenn ich euch gegenübersteh.

Jürg Niggli

Dieses Gedicht erschien in der Dezembernummer des *«Steinbrechers»*, des offiziellen Organs des Verbandes der Studierenden am Technikum Winterthur. Es ist ein kleines Blatt (1500 Auflage), das zu zwei Dritteln mit Inserateeinnahmen finanziert wird.

Der Brief

Das Gedicht wurde auch vom Technikumsstudenten *Christoph Tanner* gelesen, welcher gerade seinen zu höheren Zielen führenden Dienst in der *Aspirantenkompanie Inf OS 5* tat. Er fühlte sich nicht nur angesprochen, sondern auch zu vaterländischen Gegenmassnahmen herausgefordert. Er regte deshalb seine Kameraden an, gemeinsam den Inserenten im «Steinbrecher» einen hübschen Brief zu schreiben.

«Mit einigem Erstaunen haben wir festgestellt, dass Sie in einer Zeitung («Steinbrecher») inserieren, in der der beiliegende Artikel (das Gedicht, die Red.) *abgedruckt wurde.*

Es erscheint uns paradox, dass ein Unternehmen wie das Ihrige, das vom Bund grosse Aufträge erhält, in einer Zeitung inseriert, die solch vernichtende, armeefeindliche Artikel publiziert.

Sind Sie nicht auch der Meinung, dass Ihre Inserate nicht wert sind, in einer Zeitung zu erscheinen, die gleichzeitig Artikel mit derart tiefem Niveau veröffentlicht? Im Namen der Kompanie . . .»

Der finanzielle Aspekt

Der Brief ging an sechs grosse Firmen: Die *Winterthur-Versicherung* teilte der Redaktion des «Steinbrechers» in einem Brief mit, bis auf weiteres nicht mehr zu inserieren. Die *Kern Aarau* wartet weitere Nummern ab und entscheidet dann. Die *Siemens-Albis* bespricht die Inserate an der Verwaltungsratssitzung. *Landis und Gyr* zieht den Inserateauftrag zurück: «technische Schwierigkeiten». *Contraves* und *Standard Telephon & Radio* beteiligen sich nicht am Boykott.

Der militärische Aspekt

Initiator des Boykotts, Tanner, bestätigte selber, dass die Leitung der Offiziersschule den Aspiranten speziell Zeit zur Verfügung gestellt hatte, um den Boykottbrief – im Namen der Kompanie verfasst! – zu schreiben, und dies trotz dem neuen Dienstreglement, welches klar politische Betätigung in der Armee verbietet!

Der literarische Aspekt

Die derart unter Beschuss geratene Redaktion – dazu hatten sich auch einige Leserbriefschreiber negativ geäussert – gelangte an literarisch versierte Instanzen mit der Bitte, das Gedicht zu beurteilen. Professor A. Muschg antwortete:

«Sie hätten nicht nur Ihre Zeitung, sondern vor allem Ihren Mitarbeiter J. Niggli vor dem Abdruck seines Gedichts bewahren müssen. Er wollte zwar seine Wut und Verzweiflung loswerden – das ist sein Recht. Die Pflicht der Redaktion wäre es in meinen Augen gewesen, ihm klarzumachen, dass in diesem Fall Wut und Verzweiflung nicht ausreichen – nicht als Gedicht und nicht als politische Handlung. Man kann Mauern nicht umlegen, indem man sie anpisst. (. . .) Für ein gezieltes Gedicht braucht es mehr: Arbeit im Gegenstand; Durchsichtigkeit der Zusammenhänge – Trauerarbeit nennt man das wohl. Leider hat es j. n. den Aspiranten leicht gemacht, zurückzuschlagen. Ich nehme ihre Methode nicht in Schutz, Denunziationen sind immer jämmerlich. Aber die Herren beherrschen i h r e Logik besser als der Dichter die seine. (. . .) Man muss sich die Stelle sorgfältig aussuchen, an der man einen mächtigen Gegner herausfordert.»

Niklaus Meienberg meinte: *«Das Gedicht hat unbestreitbare Qualitäten. (. . .) Beim Autor Niggli handelt es sich um ein ausgesprochenes Talent, welches deshalb ein Talent ist, weil es Wut im Bauch hat. Gute Lyrik ist immer aus a) entweder einem Gefühl des Schwärmens oder der Begeisterung oder b) aus einem Gefühl der Wut entstanden. (. . .) Die Intervention der Aspirantenkompanie Inf OS 5 stellt der Begabung des Autors ein gutes Zeugnis aus. Diese Vögel regen sich auf, die Hunde, die ihr meint, haben gebellt. Nur so weiter! (Das ist bildlich gemeint. Ich sage also nicht, dass es sich um Tierchen handelt).»*

Der politische Aspekt

Nigglis Gedicht ist nicht darum provozierend, weil in ihm Wörter vorkommen, die von vielen als rüd empfunden werden: längst hat sich solcher Wortschatz literarisch etabliert. Brisant und provozierend ist es, weil es schonungslos und scharf urteilend jene abweist, die ihre Macht-, Ruhm- und Eigensucht hinter einer edlen Vaterlands- und Freiheitsschwätzerei verbergen, die Scharfmacher der Armee, vornehmlich höhere Militärs. An die geht die Absage. Da gibt es nichts mehr zu diskutieren: der eine oder andere mag sich tatsächlich gutmeinend in sein Offiziersgrün werfen, als Gesamtes, als Kaste sind diese Typen die Feind-Hetzer, die Rüstungs-Treiber, die Unfrieden-Stifter im Land! So meinte der Autor zur Affäre: «Ich fasste das Gedicht in der Form eines Pamphletes ab, das von seiner Bestimmung her kaum geeignet ist, auf Diskussionen einzugehen, und diese Form habe ich gewählt, weil für mich das Militär von seiner Organisation und Zielsetzung her nur zwei Standpunkte zulässt: entweder wird dieser Apparat akzeptiert oder in seiner Gesamtheit verworfen.» *R. Küng*

Milliarden für die Armee

SPI. 35 Milliarden Franken verlangen die EMD-Planer für die Armee der 90er Jahre. Dies allein für die Kriegsmaterialbeschaffung. Solches wurde erstaunten Parteivertretern an einem eintägigen Informationsseminar, organisiert vom Generalstabschef, freimütig mitgeteilt. Wurden durchschnittlich pro Jahr in der Periode 75–79 1,6 Milliarden ins Material investiert, so sollen es 1980–1983 2,5 Milliarden, 1984–85 gar 2,8 Milliarden je Jahr sein. Noch 1974 jammerte Dominique Brunner vom «Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft» – alias Werbebüro Farner –, die Pro-Kopf-Ausgaben der Schweiz für die Armee seien zu niedrig. Er verlangte 4 Milliarden Franken für die Erneuerung von Panzern, Fliegerabwehr und Flugzeugen. Bereits 1979 war diese Summe erheblich überschritten.

Die Verschleppung des Friedensforschungsinstitutes durch den Bundesrat

Friedensforschung abgeklemmt

*Von Ruedi Küng**

14 Jahre ist es her, seit der SP-Nationalrat Max Arnold mit einem Postulat die Schaffung eines Schweizerischen Friedensforschungsinstitutes verlangte, und vierzehn Jahre lang hat der Bundesrat alles Nötige getan, ein solches Institut zu verhindern.

Nationalrat Arnold forderte 1966 ein *«schweizerisches Institut für Konfliktforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung»* und fand breite Unterstützung (26 Nationalräte aus allen acht vertretenen Parteien). Er stellte sich ein Friedensforschungsinstitut als aussermilitärischen Beitrag zur Friedenssicherung vor, *«ein objektives Forschungs- und Informationszentrum im Dienst einer aktiven Friedenspolitik unseres Landes»*.

«Von grosser Aktualität»

Dank der politisch breiten Unterstützung wurde das Postulat wohlwollend entgegengenommen, für eine rasche Realisierung schienen die besten Voraussetzungen gegeben. Bundesrat Spühler meinte: *«Das Postulat ist von grosser Aktualität und verdient, von einer positiven Einstellung aus genauestens geprüft zu werden»* – was aber das EDI, das EPD und das EMD nicht hinderte, sich Zeit zu lassen. Erst am 1. November 1968 leitete das EPD das Postulat an den Wissenschaftsrat (WR) zur Stellungnahme weiter.

Der WR äusserte sich am 1. April 1970; er schränkte den Tätigkeitsbereich des Friedensinstitutes stark ein, was bei den personellen und politischen Verflechtungen des WR mit Militärkreisen und Industrie nur allzu nahe lag: das Institut hiess jetzt nur noch *«Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen und Konflikte»*. Damit waren wichtige Themen wie «positiver Friede», welcher mehr bedeutet als die Abwesenheit vom Krieg, oder innerstaatliche Bedingungen für Abrüstung ausgeklammert.

Innerstaatliche Konflikte wichtig

Mitte Juni 1970 beauftragte die Regierung Anton Roy Ganz mit der Ausarbeitung der Projektstudie für ein *«Schweizerisches Institut für Konfliktforschung und Friedenssicherung»* im Sinne des Postulates Arnold, jedoch unter Berücksichtigung der Stellungnahme des WR und des EPD. In seiner Studie hob Ganz die Bedeutung anderer Konflikte als der rein zwischenstaatlichen hervor, insbesondere neue Formen gewaltsamer Konfrontation innerhalb der einzelnen Staaten, Rassen- und Generationenkonflikte und die sozialen Probleme der Dritten Welt. Den Kampf um Frieden verstand Ganz als politischen Kampf, bei dem Einfluss auf die Entscheidungsträger gewonnen werden müsse.

Das von Ganz im Februar 1971 abgelieferte Projekt stellte der Bundesrat jedoch nicht der Öffentlichkeit vor, sondern leitete es zur geheimen Vernehmlassung an den WR und an die *Stelle für Gesamtverteidigung* weiter! Trotzdem setzte nun eine Diskussion auch in der Öffentlichkeit ein. Befürworter eines kritischen, unabhängigen Institutes standen einer militärischen Abwehrfront gegenüber, die sich aber noch immer als das Projekt *«grundsätzlich begrüssend»* ausgab. Nach der Vorstellung des EMD sollte aber aus dem Friedens- ein Strategie- und Kriegsforschungsinstitut werden.

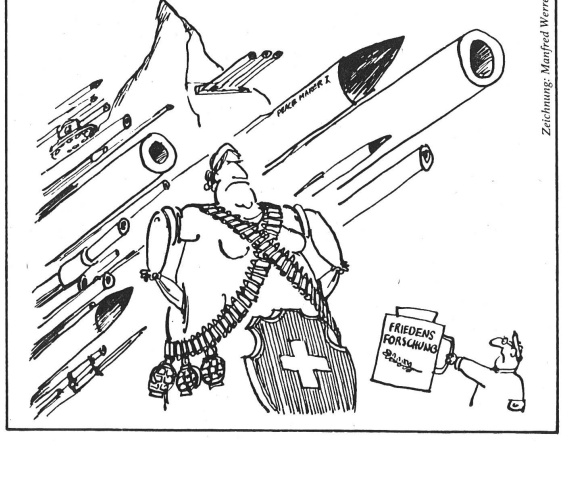
Im Februar 1972 beschloss der Bundesrat endlich, eine Sonderkommission einzusetzen, welche die Schaffung eines *«Institutes zur Erforschung internationaler Beziehungen und Konflikte»* prüfen sollte; sie gab im Juli 73 ihren Bericht ab, welcher aber nicht veröffentlicht wurde. Im September 73 beauftragte der Bundesrat das EDI mit der Ausarbeitung eines Berichtes an die eidgenössischen Räte. Im Januar 1974 war dieser Bericht fertig, wurde aber zunächst ans Justiz- und Polizeidepartement zwecks Abklärung juristischer Fragen überwiesen.

Fortsetzung auf Seite 14

*) Der Artikel basiert auf der soeben erschienenen Broschüre «EMD verhindert Friedensforschung» des Schweizerischen Friedensrates, Postfach 3185, 8023 Zürich. 2 Fr.

Private Initiativen

Anfang 1979 machte der ETH-Physikdozent *Theo Ginsburg* den Vorschlag, die Schaffung eines Friedensforschungsinstitutes auf privater Basis zu prüfen. An einer ersten Aussprache Ende Januar 1979 trafen sich Persönlichkeiten und Vertreter verschiedener Vereinigungen aus der ganzen Schweiz zu einer ersten Aussprache. Aus finanziellen Gründen sowie aus der Überlegung, dass die Friedensforschung auf eine möglichst breite Basis abgestützt werden soll, wurde noch kein eigentliches Institut, sondern ein Verein zur Unterstützung einer praxisbezogenen Friedensforschung gegründet.



Zeichnung: Manfred Werren

Jean Ziegler: Oppositionelle Soziologie im Kampf gegen den kapitalistischen Weltmarkt

«Die fortschrittlichen Kräfte sind immer in der Minderheit»

Jean Ziegler im Gespräch mit Alfred Arm und Suzanne Javet

Die Herrschaft des kapitalistischen Weltmarktsystems ist nach Ansicht von Jean Ziegler trotz des zum Teil erfolgreichen Kampfes der Befreiungsbewegungen in der dritten Welt ungebrochen. Sie kann aber von der dritten Welt her ernsthaft bedroht werden. Welche Aufgabe kommt dabei der Linken in der Schweiz zu? – «Mehr als nur Aufklärung betreiben», meint Soziologieprofessor und Nationalrat Ziegler, «und nicht vorschnell die Intervention der Sowjettruppen in Afghanistan verurteilen» . . .

Frage: In deinen Büchern[1] vertrittst du die Ansicht, dass sich die Herrschaft der hochindustrialisierten Länder über die dritte Welt nicht in einer grundsätzlichen Krise befinde, sondern dass vielmehr zurzeit neue Formen dieser Herrschaft zur Wirkung kämen. Gemäss deiner Analyse sind die meisten afrikanischen Nationen trotz ihrer formellen Unabhängigkeit «Schöpfungen des Imperialismus» geblieben. Andererseits: In einigen Ländern der dritten Welt sind Befreiungsbewegungen in der Offensive. Die sozialen Krisen in vielen Ländern nehmen an Heftigkeit zu, mehrere Befreiungsbewegungen konnten Siege erringen: in Iran, in Nicaragua, in Simbabwe (dem ehemaligen Rhodesien). Erfüllt sich nicht doch Che Guevaras Forderung der sechziger Jahre: «Schafft zwei, drei, viele Vietnam!»?

Weltordnung nicht in Frage gestellt

Jean Ziegler: In der trikontinentalen Zone schreitet der Imperialismus unaufhaltsam voran. Militärdiktaturen, regiert von Söldnern des multinationalen Kapitals, beherrschen 18 afrikanische Staaten. Auf dem ganzen südamerikanischen Kontinent blieben bis heute nur noch Equador, Peru und Venezuela von der braunen Pest verschont. Heute ist die Guevara-Analyse empirisch nicht abstützbar. Wesentlich ist: die Logik des Weltmarktes ist ungebrochen. Der Tauschwert der Rohstoffe, die Preise der Industriegüter usw. werden nach wie vor zu *un*gunsten des Trikonts gemacht. Dieser Grundsatz der Weltordnung ist nicht in Frage gestellt.

Allerdings entstehen in diesem Ordnungssystem «Blindstellen», du hast sie aufgezählt. Aber diese Blindstellen sind schon wieder ins Gesamtsystem integriert. Das iranische Erdöl zum Beispiel wird wieder nach Weltmarktpreisen gehandelt. Und der Erdölmarkt wird vom internationalen Finanzkapital beherrscht. Punkt. Nicaragua ist scheinbar ausgebrochen. Aber auch Nicaragua muss, wenn es weiterkommen will, seinen Kaffee auf dem Weltmarkt verkaufen und westliche Technologie importieren. Die Nahrungsmittelsituation der Welt wird immer noch an den amerikanischen Börsen bestimmt. Hier entscheidet sich, wer Hungers stirbt oder übersättigt lebt.

Wir erleben aber tatsächlich ganz wichtige Krisen, welche durch die Befreiungsbewegungen hervorgerufen wurden. Diese werden zurzeit vom Globalsystem noch gemeistert; ob das auch für die nächste Krise noch gilt, werden wir sehen. Die heutigen Krisen haben uns jedenfalls dem Totalbruch nähergebracht.

Die Basis der imperialistischen Herrschaft ist die direkte Gewalt – militärische Besetzung, Polizei, Folter. Du räumst jedoch der «symbolischen Gewalt»[2] des Imperialismus sehr grosse Bedeutung ein. Wie ist das zu verstehen?

Das Problem der symbolischen Gewalt – das heisst der Legitimationskategorien, welche die materielle Gewalt erst möglich machen – ist eines der zentralen Probleme. Marat, der französische Revolutionär (gebürtig aus Neuenburg), schreibt: «Eines ist gewiss: Eine von Tabus beherrschte und auf Profit ausgerichtete Gesellschaft ist verdammenswert, und dies um so mehr, je stärker sie von denen akzeptiert wird, die sie ausbeutet.» Horkheimer hat einen schlimmen, aber weitgehend richtigen Satz geprägt: «Die Sklaven schmieden fortwährend ihre Ketten selber.» In Südafrika leben über 20 Millionen Schwarze und Mestizen und drei Millionen Weisse. Eine Mehrheit der Schwarzen und Mestizen hat die Rassendiskrimination, die auf «Gesetzen», Folter, Polizeiterror und Ausbeutung beruht, verinnerlicht und sieht sich selbst als minderwertige Menschen an.

Jeder Arbeiter, der morgens um 7 Uhr zu arbeiten beginnt, hat das ganze vertragliche System, als Teil der symbolischen Gewalt, akzeptiert. Die Trennung zwischen realen Produktionsverhältnissen und Ideologie ist nicht statthaft. Beide tragen untrennbar zum Funktionieren des Systems bei.

Welche Konsequenzen sind aus der grossen Bedeutung der «symbolischen Gewalt» für die schweizerische Linke zu ziehen, welche den Klassenkampf in Zusammenhang mit der dritten Welt begreift?

Ein Generalstreik bei uns bringt noch nicht viel . . .

Für die Gruppen, die sich mit der 3. Welt beschäftigen, gilt es zu begreifen, dass der Klassenkampf und der antiimperialistische Kampf zusammengehen und voneinander abhängig sind. Solange das internationale Kapital im Trikont weiterhin Kapital überakkumulieren kann, zum Beispiel die BBC in Brasilien, ist diese Macht intern nicht zu brechen. Würde in der Schweiz in den zentralen Industrien ein Generalstreik ausbrechen, wäre damit noch wenig gewonnen. Die Industrien würden einfach noch viel massivere Produktionsverlagerungen in die dritte Welt vornehmen. Darum ist die Machtergreifung in der Schweiz nur nach gewonnenem antiimperialistischem Kampf möglich.

Der Kampf für die dritte Welt bedeutet deshalb viel mehr als Aufklärung allein: Ich bin zum Beispiel *gegen* Dienstverweigerung. Jeder militärisch ausgebildete Genosse ist ein Vorteil für die Bewegung. Die Armee muss von innen zersetzt werden, es hat noch nie eine Revolution gegen die eigene Armee gegeben. – Trotzdem habe ich aber schon mehrere Dienstverweigerer verteidigt. Sie sind ahistorische Zeugen dafür, wie die Welt eigentlich sein sollte. Diese Zeugen braucht es.

Die Dritte-Welt-Bewegung muss sich von ihren moralisch-utopischen Wertungen befreien und der Arbeiterbewegung den klaren Zusammenhang zwischen antiimperialistischem Kampf und internem Klassenkampf aufzeigen. Sie muss zusätzlich die Ideologie des Bürgertums, wonach Hunger auf der Welt quasi eine Naturkatastrophe sei und wir nur mit Katastrophenhilfskorps, Rotem Kreuz und Hilfsorganisationen helfen können, liquidieren.

Du schreibst, dass die Handlungsweise der UdSSR gegenüber Afrika nicht derselben Logik gehorche wie die der westlichen Konzerne[3]. Die sowjetische Staatsräson verselbständige sich aber oft, was deiner Meinung nach der Grund für die Verirrungen der sowjetischen Aussenpolitik ist. Ist Afghanistan so ein Fall?

USA soll nicht von Moral reden

Auf jeden Fall ist es falsch, sich im Fall Afghanistans dem Carter-Feldzug anzuschliessen. Eine Regierung, die zwei Millionen Vietnamer hingemacht hat, soll überhaupt nicht von Moral reden. Ich bin der Meinung, dass wir zu Afghanistan vorderhand nichts sagen sollten; was «das konzept» ja blöderweise nicht befolgt hat[4].

Es stehen sich zwei Prinzipien gegenüber: Erstens das Prinzip der Nichteinmischung und Respektierung der Staatssouveränität und das Prinzip der Assistenz für bedrohte Völker. Wenn ein Volk kaputtgemacht wird, ist für jeden Genossen eine Intervention nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht. Der Einmarsch der Vietnamer in Kambodscha war von den sozialistischen Prinzipien her durchaus gerechtfertigt. Ein Beispiel aus der Schweizer Geschichte: Bei der Intervention der französischen Truppen im Grauholz Ende des 18. Jahrhunderts befanden sich auch Schweizer Intellektuelle in französischen Uniformen und traten gegen das Patriziat an. Auf dieser Seite wäre ich auch gewesen. Die Frage ist also, ob sich die Intervention der UdSSR in Afghanistan gegen ein Feudalregime richtet oder ob die Einmischung eine progressistische Entwicklung blockiert. Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968 waren sicher blockierende Interventionen, weil dort ein Demokratisierungsprozess im Gang war. Der Einmarsch Chinas in Tibet war befreiend, hier fand eine Vereinigung mit den progressiven Kräften statt. Ob die Regierung, die heute in Kabul an der Macht ist, eine progressive oder regressive Kraft ist, kann ich im Moment nicht sagen, weil ich zuwenig weiss. Aber wenn es eine progressive Kraft ist, war diese Intervention gerechtfertigt.

Zweitens: Wer verlangt die Intervention? Muss es eine Mehrheit sein? Die Bürgerlichen sagen uns, dazu müsse sich eine Mehrheit finden. Das ist aber historisch total falsch. Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb eines Volkes sind immer minoritär. Die Folgerung, dass die kommunistische Gruppe in Afghanistan, die sich auf die Sowjetunion stützt, in der Minderheit sei und dass deshalb eine Vergewaltigung des Volkes stattfinde, ist falsch.

Die Unterstützung der progressiven Kräfte war aber nicht alleiniger Grund für die Intervention. Globalpolitische und militärstrategische Gesichtspunkte haben sicher auch eine Rolle gespielt.

In der sozialistischen Vernunft gibt es absolute Kriterien. Alles, was der Emanzipation, das heisst der Erhöhung des Freiheitsraumes aller Individuen, dient, ist gut. Jede Organisation oder jeder militärische Akt, der diesen Freiheitsraum reduziert, ist zu bekämpfen.

Was stimmt dich so optimistisch? – Auch in deinem neusten (bisher nur auf französisch erschienenen) Buch, «Retournez les fusils!», schreibst du von deiner Hoffnung auf die oppositionelle Soziologie, welche die Befreiung bringen könne.

Zeichnung: Eugen Bisig

Meine Hoffnung stützt sich auf das Faktum, dass der Mensch die Ketten nicht permanent akzeptiert – das ist eine historische Tatsache. Es gibt kein System, das die Ausbeutung in alle Zukunft fortsetzen kann. In der Geschichte hat es das nie gegeben. ●

[1] Insbesondere in:
Jean Ziegler? Afrika: die neue Kolonisation, Verlag Luchterhand, 288 Seiten, 32 Fr.
Jean Ziegler, Retournez les Fusils!, Le Seuil,214 Seiten, ungefähr 54 fFr.

[2] «In jeder Gesellschaft nimmt die Produktion symbolischer Werte einen ebenso wichtigen theoretischen und praktischen Platz ein wie die Warenproduktion selbst. Ideologien sind nie wertfrei. Sie dienen entweder dazu, die Menschen zu befreien oder sie zu unterdrücken.» «Die symbolische Gewalt des Imperialismus prägt das Bewusstsein der kolonisierten Menschen, . . . die zum Zwangsverwalter der eigenen Unterwerfung werden.» (Afrika: die neue Kolonisation, Seite 26 und 27)

[3] «Sobald sich eine (sozialistische, die Red.) Nation gebildet hat . . ., tritt eine neue Denkweise an die Stelle des revolutionären Willens. Die Staatsräson ist konservativ und muss, auch wenn sie internationalistische Prinzipien vertritt, die Errungenschaften der Nation aufrechterhalten, schützen und bestärken. Dies geschieht innerhalb der internationalen Kräfteverhältnisse und mit Hilfe verbündeter ausländischer Staaten, die sie nicht etwa aus ideologischen Gründen, sondern aus Opportunität auswählt. Die Staatsräson wird zur ‹raison d'être› und ersetzt nach und nach den Befreiungswillen.» (Afrika: die neue Kolonisation, Seite 273)

[4] Vgl. die Diskussion in «das konzept», Nummern 1/80, 2/80, 3/80 und 4/80.

«Afrika – die neue Kolonisation»

U. R. In seinem Buch zieht Jean Ziegler Bilanz über das «entkolonisierte» Afrika, die notgedrungen nur negativ ausfallen kann. Er untersucht den Begriff der Nation und muss feststellen, dass drei Viertel der 55 afrikanischen Staaten keine eigentlichen Nationen sind oder allenfalls unter einer Militärdiktatur oder gekauften Zivilregierungen darben. Diese Protonationen verfügen über kein nationales, kollektives Bewusstsein, sind dem multinationalen Finanzkapital untertan. Diese Theorie belegt Ziegler mit dem Beispiel Katangas, dessen Geschichte er bis zum heutigen Tag genauestens analysiert. Anhand der politischen Porträts von Nkrumah, Lumumba und Nasser, den sogenannten «Vorfahren der Zukunft», skizziert er mögliche Alternativen eines freien, unabhängigen Afrika mit neuer Identität und neuem Selbstverständnis. Das Beispiel Guinea-Bissaus, im Buch ausführlich behandelt, zeigt die enge Verflechtung von Befreiungskampf und Kultur. Hervorzuheben sind die zahlreichen weiterführenden Literaturhinweise und die Gedichte von Nazim Hikmet und Brecht in dieser lesenswerten Kampfschrift des Afrikakenners Ziegler.

(Vgl. auch «das Konzept» Nr. 3/79.)

Nord-Süd-Kommission sucht «gemeinsame Interessen» von Industrie- und Entwicklungsländern

«Das Überleben sichern»

Von Markus Mugglin, Informationsdienst 3. Welt

Im Sommer wird im Rahmen der Uno die zweite Entwicklungsdekade einer Prüfung unterzogen. Verhandlungen über die Strategie für die achtziger Jahre stehen an. Die Entwicklungsländer werden zu Recht die starre Haltung der reichen Länder in den seit Jahren laufenden Verhandlungen kritisieren; denn eine Verbesserung ihrer Situation blieb aus. Die Krise beschränkt sich aber nicht mehr nur auf die armen Länder. Sie ist weltweit, und es droht eine weitere Verschärfung der Lage. Auf diesem Hintergrund erarbeitete die «Brandt-Kommission» (vgl. Kommentar auf Seite 14) einen Bericht, in dem ein Ausweg aus der Sackgasse gesucht wird.

Wegleitende Idee für die von der Kommission unterbreitete Strategie und die zahlreichen konkreten Reformvorschläge ist das *«gemeinsame Interesse»* der Industrie- und der Entwicklungsländer. Es wird zwar zugestanden, dass dieses gemeinsame Interesse allein keine ausreichende Grundlage für alle notwendigen Veränderungen ist. Es gebe indessen gemeinsame *materielle Gründe* für die Beendigung von Not und Leiden auf der Welt. Internationale politische Stabilität, Erweiterung der Exportmärkte, Schutz der biologischen Umwelt, Begrenzung des Bevölkerungswachstums nennt der Bericht als Voraussetzungen für das Überleben der Menschheit; daran müssten alle Staaten und Menschen interessiert sein. Überleben erfordere zwar auf den ersten Blick einseitige Zugeständnisse des reichen Nordens. Aufgrund der akuten Krise, der Gefahr ihrer Verschärfung und der weltweiten Abhängigkeiten lägen diese aber letztlich auch im Interesse der reichen Länder.

Illusion der «gemeinsamen Interessen»

In diesem Ansatz ist viel Moral und Wunschdenken enthalten. Der Bericht kann zum Beispiel nicht erklären, aus welchen Gründen die seit 1974 kontinuierlich laufenden Verhandlungen über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung weitgehend erfolglos blieben. Dies kann nicht in mangelnder Einsicht in die gemeinsame Interessenlage von Nord und Süd begründet sein. Vielmehr zeigt sich, dass die Interessen*gegensätze* vorherrschend sind. Auf diese Frage geht die Kommission jedoch kaum ein.

Wirtschaftliche und militärische Macht als *Hindernis* für Reformen und damit für die Überwindung der Krise werden zwar am Rande noch angetippt. Nicht aufgegriffen wird jedoch die wachsende Machtkonzentration auf den verschiedenen Ebenen der internationalen Beziehungen als *Ursache* der sich seit Jahren verschärfenden Krise und als *Grund* für das Unterbleiben von Reformen. Ob es sich um Fragen der Rohstoffe, des Handels, des Technologie-Transfers, der Rüstung, der landwirtschaftlichen Produktion, der Finanzbeziehungen usw. handelt – die transnationalen Konzerne sind immer entscheidende Akteure und zugleich die Profiteure der bestehenden Strukturen. Die in internationalen Verhandlungen und auch im Brandt-Bericht diskutierten Vorschläge würden in erster Linie sie treffen und scheitern deshalb an ihrem Widerstand. Ihnen gemeinsame Interessen mit den Entwicklungsländern oder den breiten Bevölkerungsschichten zuzuschreiben kann im besten Fall als naiv bezeichnet werden. Die Interessen der Konzerne stehen zwar auch im Widerspruch zu denen der Bevölkerungsmehrheit in den Industriestaaten. Dank ihrer starken Position vermögen sie jedoch die Verhandlungsträger der kapitalistischen Industrieländer weitgehend ihrer Konzeption unterzuordnen.

Fruchtbarer konnte der Ansatz international gemeinsamer Interessen sein, wenn ihm eine differenzierte Untersuchung des weltweiten Machtgefüges zugrunde liegen würde. Entmilitarisierung, Kontrolle der Transnationalen, ein sozial verpflichtetes internationales Finanzsystem, Beschränkung des Einflusses der grossen Mächte können dann nicht mehr als das Anliegen einer Weltgemeinschaft in abstraktem Sinne verstanden werden, sondern der Mehrheit der Menschen, die *Objekte* einer beängstigend angewachsenen Machtkonzentration sind. Über nationale Grenzen hinaus haben sie ein gemeinsames Interesse am Abbau dieser Abhängigkeiten, und in dieser Perspektive können die gemeinsamen Interessen der Völker (und nicht der Staaten) Ausgangspunkt und Schrittmacher internationaler Reformen werden.

Internationale und nationale Reformen

Trotz ungenügender Analyse unterbreitet der Brandt-Bericht eine Reihe von Vorschlägen, die Perspektiven zur Überwindung der Krise eröffnen. Vorerst aber zeigt die Kommission, dass die

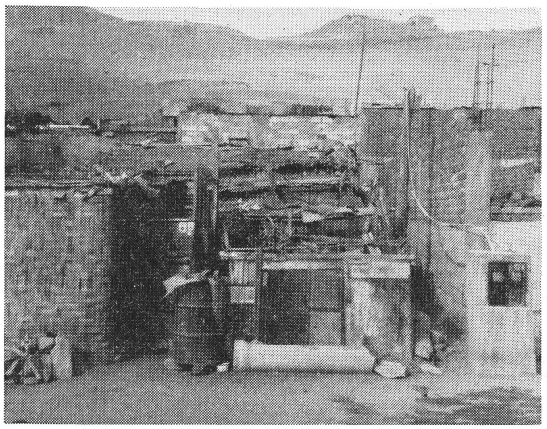
Fortsetzung auf Seite 14

Wohn-Form in der Schweiz und anderswo

Wohnen – das stellen wir uns mit dem Schlüsselbund vor

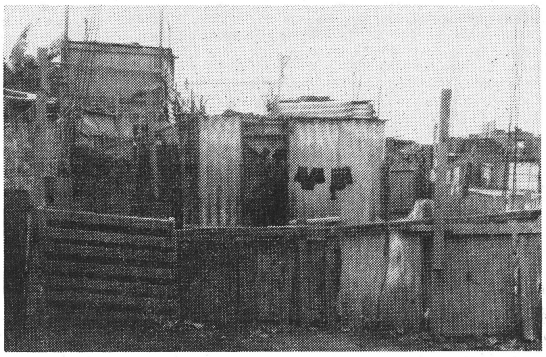
Von Erwin Dettling

Ich schreibe hier als Gegenlast zu den Photos.
In der Schweiz gibt es viele Habenichtse, denen es gutgeht. Es ist dies die Mehrheit der Erwerbslustigen, die stetig arbeiten und doch nie Hauseigentümer werden.



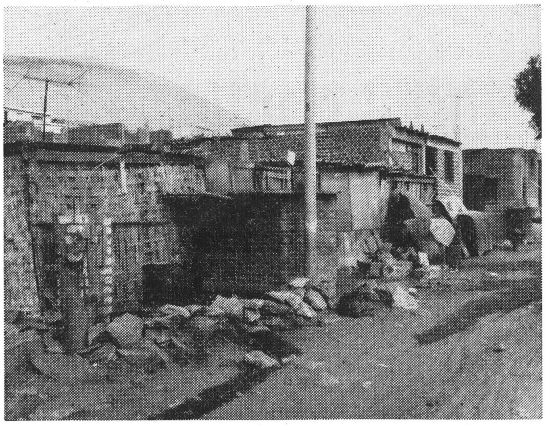
Die Photos stammen aus den nichtoffiziellen Wachstumszonen von Lima, Peru, Südamerika, 1979.
In der Schweiz stehen zu viele Wohnwände von der ersten bis zur zwanzigsten Etage an derselben Wohnzimmerwand, und zu viele Televisoren informieren aus derselben Zimmerecke.
Warum eigentlich neigen sich diese Wohntürme nicht nach und nach auf eine Seite unter der einseitigen Belastung? Die Armierungsberechnungen schliessen ebendiese entsittlichte Dürftigkeit des Wohnens ein.

Die Photos sollen dem Betrachter zeigen, wie es den illegalen Bewohnern in Lima und Umgebung geht. Er kann es sehen. Und wie geht es dem Betrachter dieser Bilder in der Schweiz? Sehr gut – verhältnismässig!



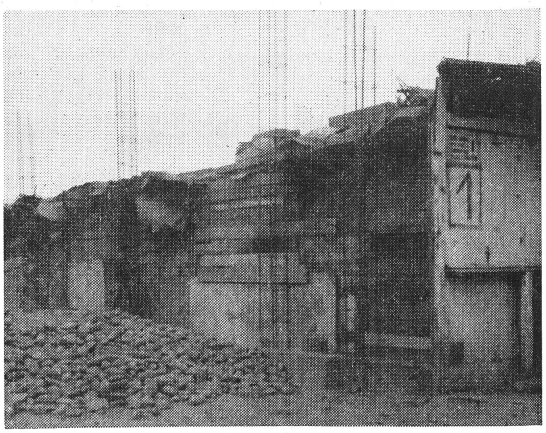
Wohnen – das stellen wir uns mit dem Schlüsselbund vor. Wir wohnen in Stuben und Schlafzimmern – hinter Scheiben und Vorhängen. Nach der Haustüre kommt die Wohnungstüre. In den Wohnungsgängen stehen Einbauschränke. Die Wände sind weiss gestrichen. Nirgends ist es feucht. Unsere Füsse gehen am liebsten auf Wand-zu-Wand-Teppichen. An den Wänden hängen Bilder; Verwandte, Kinderphotos, Grosseltern.

Wir erreichen unsere Wohnungen über Treppenhäuser, mit Personenaufzügen, durch Tiefgaragen. Die Briefkästen sind genormt; die hereinkommende Post ist es auch. Die Feuerversicherung und Mobiliarversicherung ist bezahlt. In der Küche gibt es viel Chromstahl und heisses und kaltes Wasser; im Badezimmer



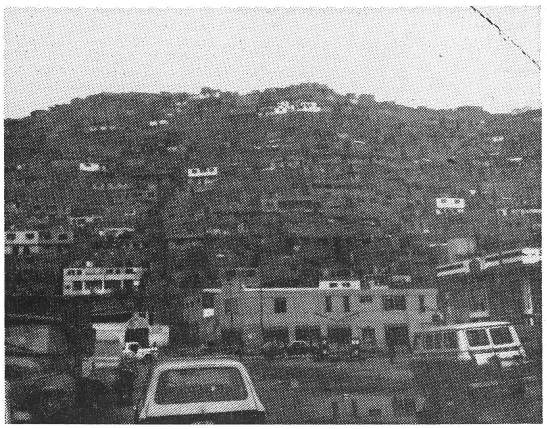
verwandelt ein schwarzer Pfropfen die Dusche in eine Badewanne. In den Schwedenkästen über dem Elektro- oder Gasherd lagern die einheitlichen Lebensmittel vom Supermarkt; der Weisswein mit dem Coca-Cola-Deckel steht im Kühlschrank. Luftschutzkeller sind obligatorisch; in den Dachlattenverschlägen stehen Skier, Sterilisiergläser, Konservenbüchsen, Waschmittel-Jumbo-Kartons, Gartenmöbel und anderes Saisonmaterial. Auf dem Fernseher in der Wohnwand liegt das Fernsehprogramm.

Wohnen – wir verstehen uns. Wir wohnen in Zimmern, durch verschliessbare Türen voneinander abgetrennt; die Kinder im Kinderzimmer, die Eltern im Schlafzimmer, die Verwandten im Gastzimmer; gegessen wird im Esszimmer oder in der Küche.



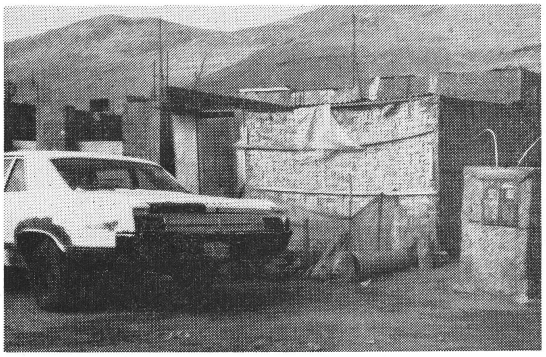
Alle Räume in der Wohnung sind viereckig. Das Elternschlafzimmer: häufig das sauberste Zimmer und – unheimlich unsinnlich eingerichtet – scharfkantig gezimmerte Betten und rechte Winkel bis in die Träume hinein. So wohnen wir. Eigentlich haben nur wenige Schweizer ein Dach über dem Kopf (das heisst nicht, dass wir ein Volk von Obdachlosen sind!). Die Mehrheit hört die nächsthöhere Mietpartei über sich herumgehen. Vollendete Ungestörtheit herrscht, wenn sämtliche Blockparteien den gleichen Fernsehkanal eingeschaltet haben.

Die Wohnungsmiete ist blödsinnig hoch für das, was geboten wird, aber man zahlt sie. Vom Erdgeschoss her riecht es nach Waschpulver. An Waschtagen kommt das rollende Geräusch des Tumblers dazu. Im Winter brummt der Heizkessel.



Alle Häuser sind unterkellert und stehen auf solidem Grund. Gedacht und gebaut sind diese immer für mehrere Generationen. Aus den Kaminen kommt kein dicker, qualmender Rauch, sondern ein flimmernder, durchsichtiger Brennrückstand. Anfang Winter herrscht jeweils Uneinigkeit, wie hoch der Hausmeister das Heizungsthermometer einstellen soll. Später, wenn es wirklich kalt ist, haben sich die Mieter daran gewöhnt, dass sie zur Zimmertemperatur in der Wohnung nichts mehr zu sagen haben.

Auf dem Kinderspielplatz stehen rote und gelbe Rohre zusammengefügt (Abenteuerspielplatz). Gebeizte Holzrugel stecken in der Erde (Klettergarten). Das Gigampfi steht neben dem Hügel, den der Trax nach Bauplan aus Aushubmaterial aufgeschüttet hat. Der Sandkasten wird vom Abwart regelmässig mit dem

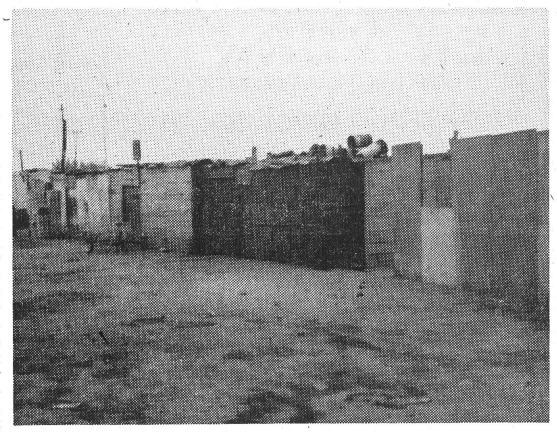


Rechen bearbeitet; liegengelassenes Spielzeug wird, kommen die Eltern nicht nachfragen, vierteljährlich am Kirchenbasar versteigert. Kennen sich die Mütter auf der gleichen Etage, so heisst das nicht, dass sich auch die Etagen-Väter kennen. Zur Erde vor dem Block hat Vater ein unbedeutendes Verhältnis. Nach dem Feierabend sticht er nicht um. Mutter will keine Schwielen an den Händen; also bleibt es beim Kunst-Gras.

Und was ist mit der menschlichen Wut, die ab und zu geäussert sein muss? Langjährige Blockbewohner wurden findig. Einen zermalmenden Ärger, eine geräuschvolle Freude zurücknehmen, bevor sich der Mund geöffnet hat – zurück zum normalen Konversationston. Es mag die Wohnstube flimmern vor Selbstbeherrschung:

Hauptsache, man bleibt im Rahmen; der Nachbar oben oder unten weiss das zu schätzen. Eine Schreitherapie zahlt die Krankenkasse, gesetzt den Fall, die Schadenmeldung werde ordnungsgemäss eingereicht. So wohnen wir. Und diese andern? Sie haben ein eigenes (Blech- oder Bast-)Dach über dem Kopf. Sie leben in zugigen Hütten, zusammengezimmert aus Autokühlerblech, Plastikblachen, Holzabfällen, Büchsen, aufgesägten Fässern, Getreidesäcken, mit Lehm bestrichenen Schilfmatten.

Wohnen – eine düstere Aufschüttung in der Landschaft. Diese Menschen sind aus den ländlichen Gegenden unfreiwillig herbeigezogen; dorthin, wo sich der Import und der Export von Gütern abspielen – nach Lima. Hier sind die Zuwanderer scheinbar allem näher – auch dem Elend.



Wir sagen Zürich, Genf, Lima, Delhi, Bogotá, Basel; wir reden von Städten, als seien sie etwas Einheitliches. Wir begreifen die Stadt als einen Ort, wo gemeinsame Sitten, Sorgen und Freuden herrschen. Städte sind nach innen differenziert, in der Schweiz und anderswo. Tatsächlich spürt ein arbeitslustiger Schweizer die Differenzen weniger als ein Bewohner dieser düsteren Aufschüttungen in Lima. Die Raumverteilung birgt den Konflikt; in der Wohnung und ausserhalb und auch dort, wo das Wohnen fast keine Form aufweist.

«Das Überleben sichern»

Fortsetzung von Seite 12

von den Industrieländern in den letzten Jahren betriebene und den Entwicklungsländern aufgezwungene Politik die Krise nicht zu lösen vermochte. Die Wirtschaftsstruktur wurde noch krisenanfälliger: wachsende Verschuldung, zunehmende Bedeutung der teuren und kurzfristig geliehenen Gelder, grössere Arbeitslosigkeit. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, unterbreitet der Bericht zahlreiche Reformvorschläge für die internationalen Beziehungen, die sich in vielen Fällen weitgehend mit den Vorstellungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung decken. Sie beruhen auf der Erkenntnis, dass die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern in strukturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft begründet ist. Deshalb begnügt man sich nicht mit der Forderung nach mehr Hilfe für die Erschliessung neuer Märkte. Es geht auch um die Veränderung von Markt- und damit Machtverhältnissen in den Handels-, Rohstoff-, Technologie- und Finanzbeziehungen. Zudem sollen den Entwicklungsländern mehr Entscheidungsbefugnisse in den internationalen Wirtschaftsorganisationen eingeräumt werden. Im Bericht wird auch betont, dass es nicht nur um die Realisierung einzelner Vorschläge gehen kann, sondern dass die Empfehlungen sich ergänzen und erst in ihrer Gesamtheit die Chance eröffnen, die gewaltigen Schwierigkeiten zu lösen. So können *«Probleme der Bodenschätze zum Beispiel ohne Massnahmen im Kapitalsektor, in der Frage der Multis und auf dem Gebiet der Rohstoffabkommen nicht restlos gelöst werden».*

In der Kommission hat sich aber auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung allein die Strukturen der Unterentwicklung nicht überwinden kann. Entscheidende Bedeutung wird deshalb der *nationalen* Entwicklungsstrategie beigemessen. Die Entwicklungsländer werden aufgefordert, die Früchte der Entwicklung gerecht zu verteilen. In der Mehrzahl der Entwicklungsländer könnte *«viel mehr für eine ausgewogene Entwicklung getan werden»*, heisst es im Bericht. Deshalb wird zum Beispiel nicht nur eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion als wichtig angesehen, sondern auch u. a. festgehalten: *«Ein Ende des Hungers wird erst dann in Sicht sein, wenn es mehr Lohnempfänger und eine gleichmässigere Verteilung des Einkommens gibt.»* Voraussetzung dafür bilde in vielen Fällen eine Agrarreform. Gegenüber offensichtlich weit verbreiteten Vorstellungen in kapitalistischen Industrieländern wird jedoch darauf hingewiesen, dass Reformen *innerhalb* der Entwicklungsländer nicht als Vorbedingung für weitreichende *internationale* Reformen verstanden werden dürfen.

Der Brandt-Bericht kommt zu Empfehlungen zugunsten von *Struktur*reformen sowohl im internationalen als auch im nationalen Rahmen, die den Entwicklungsländern und den in Armut lebenden Menschen tatsächlich neue Perspektiven eröffnen. Trotzdem ist er weitgehend das Resultat von Kompromissen und überspielt verschiedentlich Widersprüche. Die zwischen den Strategien der Exportindustrialisierung und der Erschliessung des Binnenmarktes bestehenden Gegensätze werden nicht aufgegriffen. Deshalb setzt man sich über das Postulat selektiver Aussenbeziehungen als Ergänzung einer inlandorientierten Entwicklung hinweg. In der Frage der Nationalisierung von Auslandkapital geht man hinter Uno-Resolutionen zurück. Das vorgeschlagene «Sofortprogramm 1980–85» beschränkt sich zudem auf eine Reihe von Massnahmen, die nicht wesentlich über eine starke Erhöhung der Entwicklungshilfe hinausgehen. Wesentliche Forderungen der Entwicklungsländer, wie sie im Bericht für eine längerfristige Strategie Aufnahme fanden, bleiben ausgeklammert.

Die Schwächen des Berichts dürften mit der Zusammensetzung der Kommission zu erklären sein. Ihr gehörten Vertreter aus den kapitalistischen Industrieländern und aus Entwicklungsländern an. Seitens der Entwicklungsländer kamen ausser drei Mitgliedern alle aus Staaten, die sich im wesentlichen einer *aussenorientierten* Entwicklung verschrieben haben. Empfehlungen auf weitergehende Unabhängigkeit von den weltwirtschaftlichen Zentren mussten deshalb illusorisch bleiben. Trotzdem entwirft der Bericht ein Programm, dessen Verwirklichung die Aussichten für eine erfolgreiche Bekämpfung der Unterentwicklung im nationalen und internationalen Rahmen wesentlich verbessern würde. ●

Die Optik ist wieder militärisch

Im letzten Februar wurde nach zweijähriger Arbeit der Brandt-Bericht «Das Überleben sichern – Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer» veröffentlicht. Er erörtert «die Nord-Süd-Beziehungen als die grosse soziale Herausforderung unserer Zeit». Die 21köpfige Kommission unter dem Vorsitz von Willy Brandt will «nachweisen, dass die tödlichen Bedrohungen, denen unsere Kinder und Enkel ausgesetzt sind, abgewendet werden können». Sie entwirft Perspektiven für die 80er Jahre, die dritte Uno-Entwicklungsdekade.*

Die Veröffentlichung des Berichts fand ein grosses publizistisches Echo. Die Entwicklungsländer würdigten ihn, wenn auch nicht kritiklos. Die kapitalistischen Industrieländer hielten sich in ihrem Urteil zurück. In der schweizerischen Bundesverwaltung stellt man sich gegen viele einzelne Forderungen und versucht so, die Widerstände gegen die Grundhaltung des Berichts zu kaschieren. Abgelehnt werden insbesondere mehr Entscheidungsbefugnisse für die Entwicklungsländer in internationalen Finanzorganisationen und die Erschliessung neuer und umfassender Finanzquellen durch neue institutionelle Regelungen. Es erklingt zudem das alte Lied, der Brandt-Bericht huldige einer interventionistischen Konzeption.

Inzwischen beschäftigt man sich in den Medien kaum mehr mit den Ungerechtigkeiten internationaler Beziehungen unter dem Diktat der kapitalistischen Weltwirtschaftszentren. Themen wie Afghanistan, Iran, Erdöl sind beliebter. Die Optik ist (wieder) militärisch. Das gefährdete «Überleben der Menschheit» wird verdrängt, die Mächtigen spielen wieder zusehends mit dem Gedanken, in fremden Gebieten direkt zu intervenieren. Man fragt schon gar nicht mehr nach den Ursachen internationaler Konflikte. Es gilt bereits als «subversiv», die Konflikte um Iran und um das Erdöl als Frucht der eigennützigen und aggressiven Politik der kapitalistischen Mächte zu verstehen.

Wie andere Untersuchungen beurteilt aber auch der Brandt-Bericht die Zukunftsaussichten ungünstig, wenn nicht sofort grundlegende Reformen in den verschiedensten Bereichen in Angriff genommen werden: «Die aktuellen Tendenzen deuten auf eine düstere Zukunft für die Weltwirtschaft und die internationalen Beziehungen hin. Das bedrohliche Wettrüsten geht weiter. Es drohen erhebliche Spannungen zwischen Staaten im Wettlauf um Energie, Nahrung, Rohstoffe. Unsere Kinder sind tödlichen Bedrohungen ausgesetzt. Den Nachkommen bleibt ein zerstörter Planet – mit sich ausdehnenden Wüsten, ausgeplünderten Böden, verschandelten Landschaften, einer kranken Umwelt.» Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Reichtum, Bildung, Wissen, Gesundheit in den Industrieländern und Armut, Hunger, Krankheit in den Ländern des Südens wäre Voraussetzung zur Abwendung dieser Gefahren.

Markus Mugglin

* Das Überleben sichern, Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Bericht der Nord-Süd-Kommission, mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, 1980, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 379 Seiten, 19.80 Fr.

Friedensforschung

Fortsetzung von Seite 11

Diese bürokratische Verschleppung ist sicher das auffallendste Symptom für den behördlichen Widerstand gegen die Friedensforschung. So erstaunt es nicht mehr, dass der Bundesrat 1975 auf eine Anfrage von SP-Nationalrat Waldner erklärte: *«Wegen der weiteren Verschlechterung der Finanzlage des Bundes sind die Bedenken gegen die Realisierung des vorgeschlagenen Projektes im gegenwärtigen Zeitpunkt gewachsen. (. . .) Sobald es die finanzpolitische Situation des Bundes zulässt, könnte die Frage der Gründung eines entsprechenden Institutes erneut geprüft werden.»*

1978/79 fand ein weiterer Akt des Frage- und Antwort-Spieles statt: auf eine Anfrage von SP-Nationalrat Villard (dann Braunschweig), mitunterzeichnet von 23 weiteren Räten, ob nicht die Gründe für ein Friedensinstitut hinreichend seien, antwortete der Bundesrat wiederum mit Finanzargumenten abschlägig – im selben Jahr bewilligte er für das Schützenfest in Luzern 1 Million Franken, die Summe, die für die Realisierung des Institutes nötig wäre . . . 1980 regt SP-Nationalrat Ott nochmals ein *«Institut für Konfliktlösung, Sicherheitspolitik und föderalistische Konfliktlösung»* an. Eine Antwort des Bundesrates steht noch aus.

Bewilligt wurden dagegen in diesem Jahr zum ersten Mal vom Nationalfonds (Nationales Forschungsprogramm) 2 Millionen Franken für Forschung im Bereich «Sicherheitspolitik»: *«Das Forschungsthema ist der Grad der Verwundbarkeit der Schweiz, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit des Landes, Bedrohungen zu bewältigen, sondern auch des Willens der Bevölkerung und der betroffenen Instanzen und Institutionen, ihnen zu begegnen.»* ●

GIPRI

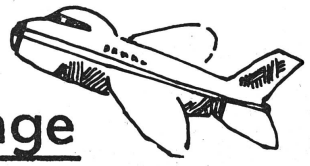
Eine Gruppe von Personen, die mit steigender Besorgnis das weltweite Wettrüsten und die steigende Zahl von Konflikten, welche die Menschheit an den Rand der totalen Zerstörung führen können, verfolgt, hat in Form einer Vereinigung und auf privater Basis in Genf ein Friedensforschungsinstitut gegründet. Das GIPRI wird mit den in der Schweiz und in anderen Ländern an Friedensforschung interessierten Milieus zusammenarbeiten. Die Tätigkeit des Institutes beginnt ab sofort. Das Siegel GIPRI (Abkürzung von *«Geneva International Peace Research Institute»*) weist auf die engen Beziehungen zu dem berühmten Schwesterinstitut SIPRI in Stockholm hin, dessen Jahrbücher über die globale Rüstung weltweite Anerkennung gefunden haben. Aufgrund seiner Statuten befasst sich das GIPRI mit *«wissenschaftlicher und transdisziplinärer Forschung auf Gebieten, die für Frieden und Sicherheit von Bedeutung sind, um damit zur Erhaltung eines wahren Friedens beizutragen».*

Adresse: GIPRI, 41, rue de Zurich, 1201 Genève

****

Sonderflüge

für Studenten, Schüler und Lehrlinge



Beim SSR kannst du jeden Flug buchen – garantiert sehr günstig!

Der SSR verkauft nicht nur Charter- und Studentenflüge, sondern auch Billette für für Linienflüge.
Als spezialisiertes Reisebüro für junge Leute kennen wir uns bei den stark reduzierten Jugend- und Studententarifen bestens aus.
Buchen kannst du entweder per Telefon (01/242 30 00) oder bei unseren Verkaufsstellen.
Telefonische Buchungen nur bis 1 Woche vor Abreise.

NEW YORK
mit BALAIR und TRANSAMERICA

einfach 520.- retour 620.- bis 940.-
Abflüge ab Zürich: zweimal wöchentlich
Abflüge ab Genf: wöchentlich
Linienflüge ab New York auf Anfrage

****

LOS ANGELES
mit BALAIR und AMERICAN AIRLINES

einfach 870.- retour 1230.- bis 1740.-
Abflüge ab Zürich: wöchentlich
Anschlussflüge auf Anfrage

LIMA
einfach 1060.- retour 1600.- bis 1700.-
Wöchentliche Abflüge ab Zürich

****

LONDON
mit AIR UNITED KINGDOM und CTA

einfach 165.- retour 250.-
Abflüge ab Zürich: jeden Montag und Freitag

****

TEL AVIV
mit CTA

einfach 350.- retour 640.-
Abflüge ab Zürich: wöchentlich bis vierzehntäglich

****

LISSABON
mit CTA

einfach 200.- bis 250.- retour 450.-
Abflüge ab Zürich:
Juli 04 05 18 19
August 01 02 15 16 29 30

FERNER OSTEN

ab/bis		einfach	retour
Zürich	Manila	950.-	1800.-
	Hongkong	1050.-	2000.-
	Seoul	1050.-	2000.-
	Taipeh	1050.-	2000.-
	Tokio	1050.-	2000.-
	Colombo	850.-	1670.-
Genf	Delhi	780.-	1560.-
Frankfurt	Bangkok	660.-	1320.-
	Hongkong	810.-	1620.-
	Jakarta	840.-	1680.-
	Kuala Lumpur	680.-	1360.-
	Manila	840.-	1680.-
	Penang	680.-	1360.-
	Singapore	730.-	1460.-
	Sydney	1220.-	2440.-
Rom	Bangkok	630.-	1260.-
	Hongkong	780.-	1560.-
	Jakarta	800.-	1600.-
	Sydney	1180.-	2360.-
London	Delhi	540.-	1080.-

Treibstoffzuschläge vorbehalten.

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur und Luzern

Die Zürcher Unistudenten verurteilen «ihren» Erziehungsdirektor an einem öffentlichen Tribunal

Wer wählt schon einen Gilgen?

*Von Hans Hehlen**

Es sind die *Bürger*, die sich von einem *starken Manne* die Behebung ihrer Nöte und die Linderung ihrer *Angst* versprechen. Die Bürger, die fürchten, ihren *Arbeitsplatz* zu verlieren. Die *Väter und Mütter*, die hoffen, ein eiserner Mann werde ihren *Kindern* die notwendige Härte verschaffen, damit sie ihrerseits Arbeitsplätze kriegen. Die Bürger, die alle *Probleme hart und einfach lösen* möchten, die Mütter, die hoffen, ein *unerbittliches Erziehungsklima* vermöchte ihre Kinder vom Heroin abhalten. Die Väter, die ihren Kindern die *harte Hand des Lehrers* und der *Rekrutenschule* wünschen. Die *Kleingewerbler*, die hoffen, harte Erziehung würde sie und ihre Kinder vor dem *Konkurs* bewahren, die Väter und Mütter, die sich vor ihren Kindern fürchten, weil sie sich in *schlechten Kreisen* herumtrieben, frech seien und nicht bereit, die gesamte Freizeit zu Hause in Ruhe und Eintracht zu verbringen.

Die Bürger, die glauben, alles, was ihnen Angst und Sorgen bereite, käme von der *politischen Linken*, die meinen, die *Vergiftung ihrer privaten Sphäre* und die *Schwierigkeiten am Arbeitsplatz* seien letztlich auf die kritisierenden Jungen zurückzuführen. Die Lehrer, die sich über mangelnde Disziplin und Leistung ihrer Schüler beklagen und meinen, das sei bloss auf Faulheit, Interesselosigkeit und politische Verführung zurückzuführen; die Arbeitgeber, die die Forderungen ihrer *Lehrlinge als arrogant* bezeichnen, überhaupt alle Bürger, die glauben, ihre *Leiden, Sorgen und Ängste* am Arbeitsplatz und in der Familie seien am sichersten *mit Härte und Konsequenz* zu lösen, und die alles Phantasievolle, Alternative, Anregende und Sich-Querlegende als gefährlich ausrotten möchten.

Alle diese Bürger, die Väter und Mütter, Lehrer und Arbeitgeber lassen sich dankbar von der aus Konzernmitteln gespeisten Propaganda den *starken Mann* gegen ihre eigene Schwäche empfehlen. Woher die Ängste und Sorgen, das Unbehagen und Leiden überhaupt kommt, das soll hart und konsequent verschwiegen werden. Man soll es bekämpfen, ohne es vorher ins Auge gefasst und erkannt zu haben. Auch das soll der starke Mann besorgen.

*

Wir alle stützen Gilgen! Die 33% Ökonomen, die die Mathematikvorprüfung bestanden haben, sind nicht willens, ihre Diplome zurückzugeben und zu sagen: Wir wollen, dass diese abstruse Prüfung wiederholt wird. Die 50% Juristen, die reüssiert haben, müssen Gilgen dankbar sein für die Härte des Prüfungsklimas: sie werden lebenslang als *besonders tüchtig, weil besonders hart selektioniert*, gelten. Jeder, der sich nicht *für den andern einsetzt*, der sich *von Solidarität dispensiert*, unterstützt Gilgen und braucht ihn. Jeder, der nur an seine *eigene Karriere denkt*, desgleichen. Jeder, der seinen *Halt und sein Glück der Selektion*, der *Unsolidarität* verdankt, wählt Gilgen täglich neu. Jeder, der sich sagt: Statt *dass ich protestiere*, bereite ich mich um so gründlicher auf die *Prüfungen* vor, damit wenigstens ich durchkomme, desgleichen.

*

Ein Konzern bezahlt die Wahlkosten eines Kandidaten, kein Wähler lässt sich verführen, ihn zu wählen, wenn dieser nicht einem ganz *bestimmten Trend*, einer Stimmung oder geschichtlichen Situation entspricht. Ich klage diesen Trend an und alle, die ihn fördern; Bürger, Lehrer, Kleingewerbler und Studenten, die Gilgen als Exponenten, als den Mann dieses Trends brauchen. Was ist das für ein Trend? *Ein Trend der Angst, der Wut, des Ressentiments.*

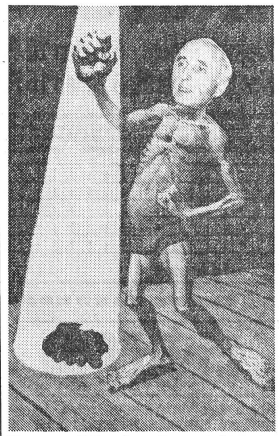
Jedermann *fürchtet zu verlieren*, was er heute geniesst. Die *Konzerne* fürchten ihren *Zusammenbruch* mit dem Schwinden der *Energiequellen*, die *Kapitalbesitzer* befürchten die Zersetzung des Verhältnisses von *Kapital und Arbeit*, den *Ungehorsam* und die *Unzuverlässigkeit* der Arbeiter und Angestellten, Stagnation und Niedergang der Produktion. *Die Angst vor dem Versinken der Arbeits- und Profitwirtschaft färbt den Horizont, es braucht den starken Mann, den Charismatiker, den Zauberer, der aus der Not hilft.* Die Bürger, wir alle, fürchten um unseren *Zweitwagen*, unsere *Zweitwohnung*, unser *Konsumvolumen*, unsere ökonomischen und gesellschaftlichen *Privilegien.* Wir haben das Fürchten erst recht gelernt, wie die Amerikaner den *Vietnamkrieg* verloren, wie eine der bestausgerüsteten Armeen der Welt gegen die wachsenden Ansprüche der dritten Welt, die unsere wachsende Verarmung bedeuten, nichts hat ausrichten können. Wir fürchten *die Rache dieser dritten Welt.* Wir sind *ängstlich*, wollen den Anfängen wehren und uns ganz genau an *kleinlichen Vorschriften und Anstandsregeln* des Alltags halten, von denen wir unser Heil und unsere Rettung erhoffen.

*

Wenn es euch gelingt, Herrn Gilgen zum Rücktritt zu bewegen, oder den die Wahl finanzierenden Konzern zu überzeugen, dass er ein schlechter Politmanager ist, oder die Wähler aufzuklären, dann habt ihr Glück. Nur müsst ihr euch dann *alle Monate aufraffen*, einen neuen Erziehungsdirektor, den derselbe Trend hochgebracht hat, zum Rücktritt zu veranlassen! *Selten hat der Rücktritt eines Magistraten geholfen, wenn damit nicht das Ende des Trends eintraf!*

Ich möchte euch raten, den Trend zu bekämpfen: verzichtet auf eure studentisch-akademischen *Karrierehoffnungen* und *studiert* stattdessen, wie Gesellschaft und Welt zu verändern sind! Seid *solidarisch* und lasst euch den Trend nicht gefallen: einen Anfang habt ihr jetzt doch gemacht! Tut euch mit den Arbeitern und den Angestellten zusammen! Seid *alle selbst starke Männer und starke Frauen*, dann habt ihr den *starken Mann* nicht mehr nötig, seid aber keine *einsamen und unsolidarischen starken Männer und Frauen*, sonst seid ihr auf *die Schwäche der andern* angewiesen. *Bekämpft den Trend*, dann treten die starken Männer von selbst zurück, weil keiner mehr an sie glaubt!

* Hans Hehlen (1932) ist Mittelschullehrer für Geschichte und Deutsch und hat selbst in Zürich (und Basel) studiert. Er ist Autor des Buches «Selektion, Bildung als Herrschaftsmittel des Menschen über den Menschen am Beispiel einer Mittelschule», Verlagsgenossenschaft Zürich, 1978.



Das exklusive Interview

Mit Tränen und Zitronen, die Antworten für einmal geklaut (und zwar dem Boulevardblatt «Glückundglaswieleichtbrichtdas»)
Exklusiv mit Erziehungsminister Unfried Galgen-Vogel

Frage: Warum geben Sie uns kein Interview?
Unfried Galgen-Vogel (kämmt verbissen seine drei Haare): Ich sage nichts!
Frage: Aber wir haben doch so lieb Bittibätti gemacht . . .
Unfried Galgen-Vogel: Ich bin nur am Sonntag christlich.
Frage: Haben Sie einen Minderwertigkeitskomplex?
Unfried Galgen-Vogel: Ich bin nicht Napoleon!
Frage: Und stehen doch bei Waterloo. Wie viele Tausende blicken auf Sie herab?
Unfried Galgen-Vogel: Ich bin mindestens eins zweiundsiebzig gross!
Frage: Wer steht hinter Ihnen?
Unfried Galgen-Vogel (blickt hinter sich): Ich wüsste nicht, wer hinter mir stehen könnte.
Frage: Aber man will Ihnen doch für Ihre Verdienste den nationalen «Wecker»-Orden verleihen?
Unfried Galgen-Vogel: Ich habe nie schlaflose Nächte gehabt.
Frage: Aber auch nie schlaflose Tage: es ist Ihnen langweilig geworden?
Unfried Galgen-Vogel: Jetzt läuft wenigstens wieder etwas, und mein Name steht in allen Zeitungen, und überall Föteli von mir, und ich komme im Fernsehen und Radio, und alle kennen mich, und ich bin stark, stark, stark, und keine Macht der Welt kann mich daran hindern, so wahr mir Gott helfe!

Ethnologie auf der Strasse

Fortsetzung von Seite 1

rem Fall hat der Erziehungsdirektor mich aufgefordert, das gesamte Originalmaterial und alle existierenden Kopien des Videofilms ihm «zuzustellen». Das heisst, dass das Dokument, die Sicht der Jugendlichen, ganz aus dem Verkehr gezogen werden soll. Grund des Ärgernisses war ja gerade, dass der Film öffentlich gezeigt und verstanden wurde.

In dem Moment, da wir ausscheren und auf die Bürgerrechte statt auf die Amtspflichten rekurrieren, werden wir «gefährlich». Dass das in einer Demokratie passieren kann, ist das eigentlich Interessante an der ganzen Angelegenheit.

In einer Demokratie, die auch die Freiheit der Wissenschaft garantiert . . .

L. L.: Die Freiheit der Wissenschaft ist natürlich eine Proklamation, aber sie gilt nicht unbegrenzt, sondern ist durch die Gesetze eingeschränkt. Vor dem Gesetz ist auch der Wissenschafter ein normaler Bürger.

Wenn ein Ethnologe sich zum Beispiel mit den Jugendlichen solidarisiert, hat er von seiten der Behörden keinen besonderen Schutz, im Gegenteil, er setzt sich eventuell in Opposition zu ihnen. Das, was ihn objektiv bremst, ist zunächst nur das normale Gesetz, das für die Demonstranten ebenso gilt wie für den Ethnologen, der mit dabei ist. Es liegt in der freien Entscheidung des Wissenschafters, ob er an einem Ereignis teilnimmt, aus Überzeugung oder nicht aus Überzeugung, um zu dokumentieren oder zu partizipieren. Es gibt aber auch noch eine subjektive Grenze der teilnehmenden Beobachtung, die wir hier machen und die auch in einer echten Teilnahme am Anliegen der studierten Gruppe enden kann, nämlich die persönliche Ethik. Man macht natürlich nicht mit, was man unbedingt nicht mitmachen will. Aber darüber hinaus gilt auch: Wir können nicht gegen die Interessen der Untersuchten handeln, sonst setzen die uns mit Recht vor die Tür.

«Wissenschaftlichkeit wird da in Frage gestellt, wo die Wissenschaft mit politischen Interessen kollidiert.»

Im Gegensatz dazu steht die teilnehmende Beobachtung, die ein gewisser Teil der Polizei unternimmt. Diese Leute kommen nicht offen wie wir Wissenschafter, sondern werden eingeschleust. Sie sind amtlich gebunden, auch etwas zu tun, was vielleicht gegen ihre persönliche Ethik verstösst, sie verstossen eventuell sogar gegen die Gesetze. Für all das werden sie aber vom Staat geschützt. Das ist ein vollständig anderes Vorgehen. Auch von dieser Seite her gesehen ist die Wissenschaft frei.

Wenn wir uns in der dritten Welt unsern Prinzipien entsprechend verhalten, wird das von hier aus durchaus akzeptiert: Einsatz für die Rechte der Minoritäten, Verteidigung ihrer Interessen, eventuell sogar gegen die Regierung . . . Das hat ja auch seine schönen Gründe: Die Regierungen oder auch die Entwicklungshilfegeber investieren viel Geld in Projekte, ohne zu wissen, was diejenigen, denen so geholfen werden soll, von sich aus wollen. Ergebnis: Die Millionen sind investiert, die Leute protestieren gegen die Folgen, und um die investierten Millionen zu retten, wird entsprechend Gewalt eingesetzt. Es gibt Parallelen: Die Stadt brüstet sich, dass sie sehr viel Geld für die Jugendlichen ausgibt. Nur die Jugendlichen selbst werden nicht gefragt, wie und wofür man das Geld ausgeben soll. Die Stadtväter wissen am besten, wie man das tut für die Leute, die sich nicht ausdrücken können, denen man keine Stimme gibt, die, wenn sie sich ausdrücken *wollen*, so zurückgeschraubt werden, dass nicht mal *wir* den Film zeigen dürfen. Es kommt zu den Protesten . . . Es gibt da wirklich eine Aufgabe in Analogie zur Entwicklungsarbeit für die Ethnologie, die auch im Interesse der Obrigkeiten liegen müsste. Sie könnten sehen lernen, wie die Welt von seiten der Jugendlichen aussieht, und ihre millionenschwere Geldausgabe vielleicht auch mal daran orientieren. So hingegen werden Steuergelder fehlinvestiert, und die Jugendlichen und wir haben den Mund zu halten, damit niemand etwas merkt. Wer wirklich demokratisch gesinnt ist, sollte uns dankbar sein für unsere Arbeit.

Was haltet ihr vom Versuch, die Wissenschaftlichkeit der Ethnologie durch andere Professoren bzw. Institutionen abklären zu lassen?

C. St.: Man hat Gilgen «angeschossen» – nicht nur von unserer Seite –, dass da eine politische Oberbehörde in wissenschaftliche Fragen eingreift. Jetzt hat die Fakultät über die Hochschulkommission die Aufgabe bekommen, uns zu überprüfen.* Es heisst im Beschluss, dass man jeden Lehrauftrag – den von Nigg fürs Sommersemester und alle andern für den Winter 1980/81 – auf seine wissenschaftliche Zielsetzung und Methode überprüfen soll.

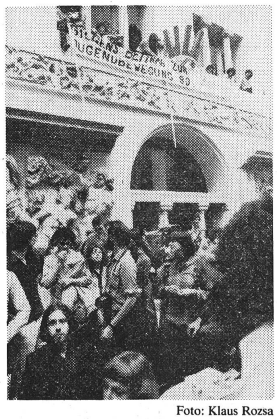


Foto: Klaus Rozsa

L. L.: Das ist insofern konsequent, als ich mich vor Heinz Nigg gestellt und gesagt habe: Das, was er macht, ist richtig. Da ich auch alle andern Lehraufträge beantrage, kann ich – wenn ich bezüglich Nigg was Falsches sage – in allen andern Fällen genau so falsch liegen. Also braucht man ein Gremium, um das zu überprüfen. Und wenn Sie fragen, ist die Fakultät dazu berechtigt: sie stellt alle Anträge auf die Berufung von Professoren, beurteilt die jeweilige wissenschaftliche Qualifikation. In meinem Fall muss sich die Fakultät nun fragen: Haben wir uns geirrt, ist das gar kein Wissenschafter? Sie müssen ihre Entscheidung nochmals überprüfen.

H.-R. W.: Die Fakultät hat ja nicht nur Sie, Herr Löffler berufen, sie hat auch Heinz Nigg vor nicht allzu langer Zeit die Doktorurkunde, als Ausweis wissenschaftlicher Fähigkeit, ausgestellt. Weiter hat die Fakultät die bisherigen Lehraufträge auch der Ethnologie pauschal abgesegnet. Man kann also argumentieren: Wenn die Lehraufträge nun auf einmal nicht wissenschaftlich sein sollen, hat die Fakultät bisher ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt.

C. St.: Man muss festhalten, dass die Fakultät die Ethnologie-Lehraufträge für das Wintersemester 1980/81 bereits genehmigt hat und dass sie jetzt auch da ihre eigene Arbeit nochmals kontrollieren muss.

H.-R. W.: Meines Erachtens handelt es sich hier nicht um einen Streitfall Wissenschaft ja oder nein. Dieser ist bereits entschieden. Herr Gilgen hat in diversen Interviews Heinz Nigg die Wissenschaftlichkeit bereits zugestanden – und der gleichen Gruppe für andere Projekte weiteres universitäres Filmmaterial bewilligt.

Weshalb dann noch diese Untersuchung?

H.-R. W.: Es wird Wissenschaftlichkeit da in Frage gestellt, wo Wissenschaft mit politischen Interessen kollidiert. Jedes Fakultätsmitglied muss sich nun fragen: Wer ist der nächste? Denn es haben auch andere Leute Material in ihren Schubladen – Manuskripte, Video- und Tonbänder –, das, entsprechend publiziert, auf Widerstand der politischen Behörden stossen könnte.

Aber die haben es nie auf diese Art publiziert. Es gab für andere Disziplinen mit ihrer Arbeitsweise offenbar nie die Notwendigkeit, ihr Material anders als in Büchern zu publizieren.

L. L.: Ja, da wurde nichts in politischen Veranstaltungen gezeigt.

H.-R. W.: Es wurde kein Material so publiziert, dass die Interessen der herrschenden Gruppen irgendwie tangiert wurden. Es steht aber wohl ausser Frage, dass auch an dieser Universität sehr direkte Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik vorhanden sind. Das Gutachten von Meier-Hayoz zum Bundesverfassungsentwurf[1] ist so ein Paradebeispiel. Oder auch Herr Linder, der gleichzeitig Wirtschaftsredaktor der «NZZ» und Ökonomieprofessor ist. Oder der neue Politologiedozent Klöti, der direkt von der Bundesverwaltung übernommen worden ist . . . Nun versucht man den «Fall Ethnologie» so elegant wie möglich zu erledigen, gewisse Fragen zu vertuschen. Denn es kann nicht im Interesse gewisser politischer Kreise an der Universität liegen, dass man die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik grundsätzlich aufrollt und auch bei andern Leuten zu stochern beginnt.

Eine politische Behörde hat sich herausgenommen, die Integrität von Professor Löffler als Wissenschafter anzuzweifeln. Ein für unsere Verhältnisse höchst ungewöhnlicher Übergriff. Werden da von andern Wissenschaftsvertretern nicht sofort Stimmen der Solidarität laut?

H.-R. W.: Die Schweizerische Ethnologische Gesellschaft hat offiziell erklärt, dass sie sich in einem ähnlich gelagerten Fall genau gleich verhalten würde. Bereits haben sehr viele Leute, darunter auch Professoren, diese Erklärung unterschrieben (vgl. Kasten).

L. L.: Die Solidarität reicht meist so weit, wie es um das grundsätzliche Verfügungsrecht über wissenschaftliches Datenmaterial geht.

Also so weit, wie die andern Disziplinen auch unmittelbar betroffen sind?

L. L.: Die Volkskundler arbeiten mit ähnlichen Methoden der teilnehmenden Beobachtung und sind daher den gleichen Prinzipien verpflichtet wie wir. Die restlichen Wissenschaften haben halt diese spezielle Art und Weise, ihr Material auch den Studierten zur Verfügung zu stellen, nicht in dem Masse ausgebildet. Die Nachbarwissenschaften stehen vielleicht auch auf dem Standpunkt, die Publikation, die öffentliche Benutzung von wissenschaftlichem Datenmaterial an einer politischen Veranstaltung habe nichts mit Wissenschaft zu tun. *Ich* sage, es hat etwas mit Wissenschaft zu tun, allerdings mit einer Wissenschaft, die ein ganz bestimmtes demokratisches Anliegen hat. Was jetzt versucht wird, ist, von denjenigen Wissenschaften, die dieses Anliegen nicht haben, für die Behörden das Plazet zum Eingriff zu schaffen. Es ist ein politischer Entscheid, scheinbar durch ein wissenschaftliches Gremium gefällt, wenn wir diese Methode verboten bekommen.

«Ich fürchte, Gilgen wird sich das bieten lassen müssen.»

Noch eine konkrete Frage: Könnten Sie abgesetzt werden?

L. L.: Ja, aber Herr Gilgen hat einstweilen noch keine Massnahmen ergriffen, sondern lediglich gesagt, dass er sich «das» auf die Dauer nicht bieten lassen kann. Ich fürchte, er wird es sich bieten lassen müssen, sofern er nicht die Ethnologie schlechthin verbieten will. ●

* Die Fakultät hat den Auftrag mit 51 zu 13 Stimmen angenommen.

[1] «Verfassungsentwurf und Eigentumsgarantie: Bemerkungen zu den Vorschlägen 1978 der Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung», von Prof. Dr. jur. Arthur Meier-Hayoz, herausgegeben vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Zürich, 1978.

Erklärung der Ethnologischen Gesellschaft

Datenweitergabe widerspricht Berufsethos

«Die ethnologischen Aufnahmen einer Forschung oder Datenerhebungsübung haben in erster Linie der aufgenommenen Gruppe zur Verfügung zu stehen. Eine Weitergabe des Materials an politische oder Verwaltungsinstitutionen widerspricht erstens dem als allgemeinverbindlich geltenden Berufsethos der Ethnologie wie überhaupt humanwissenschaftlichen Arbeitens und macht zweitens jede weitere ethnologische bzw. humanwissenschaftliche Forschung unmöglich. Diese ist nur dann gewährleistet, wenn die untersuchte Gruppe Zugang zu den Aufnahmen über sie behält und nicht befürchten muss, dass Daten über sie zu ihrem Schaden verwendet werden könnten. Die Mitglieder der Generalversammlung der SEG/SSE erklären daher, dass sie in einem gleichgelagerten Fall nicht anders als Herr Professor Dr. L. Löffler hätten handeln können.

Namens der Generalversammlung und des Vorstands:
Professor Dr. Hugo Huber, Präsident»

Diese Erklärung hat die Schweizerische Ethnologische Gesellschaft (SEG/SSE) an ihrer Jahresversammlung vom 14. Juni 1980 einstimmig abgegeben. Unterschrieben wurde sie bis zum 25. 6 von 1943 Studenten, 22 Professoren und 252 Dozenten und Assistenten in Zürich, sowie von gegen 300 Studenten aus Bern, Basel, Genf und St. Gallen.

Weitere Solidaritätsadressen Seite 17

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**

Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr) **(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)**

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

---

treff punkt

Kt. AG: Mann (43/176) sucht **Frau f. Wohngemeinschaft,** evtl. Mehrkind k. Hindernis. 1-Fam.-Haus vorh. Bin vielseitig. Bildzuschriften werden beantwortet. Chiffre B 766.

Boy (22/180), Student, blond, unerfahren, zärtlich und sehr scheu, sucht lieben Jeans-und-Leder-Boy, der ihn **in die Künste der Zärtlichkeit** führt. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. Chiffre D 768.

Wir (♀/♂ und 3 Mte. altes Kind) suchen **ab sofort Platz in WG oder Hausgemeinschaft** (Bern und Umgebung). Tel. (031) 23 62 72.

Kreativer Eigenbrötler mit Spiel-Appetit (29/175) sucht unbedingt **eigenbrötlerische Kreative** zum beständigen Spielen. Chiffre E 769.

Junger Grafiker (29) sucht baldmöglichst **1–2 grosse Zimmer in einer Stadt-WG.** Anrufe zwischen 9 u. 12, 14 u. 17 Uhr. (01) 53 63 11, int. 40 verlangen.

Schüchterner, aber nicht weltfremder, sehr gefühlvoller, zärtlicher Mann (29/175/ZH) hätt' halt gern **einen lieben und nicht humorlosen Freund.** Schreib doch bitte (nicht nur Tel.-Nr., wenn's geht mit Photo) an Chiffre A 765.

Fahre Ende Juli mit meinem Auto **von Zürich nach Spanien** und Ende Oktober wieder zurück. Wer möchte mich auf meiner Fahrt begleiten? Antoine (071) 22 82 64 (abends).

24 ans, simple et gaie, je désire rencontrer coéquipière **pour voyage en Israël ou Irlande** début août. Corinne Landry, 29, rue des Roches, 2610 Saint-Imier.

Wär chonnt mit mer uf **Italie** i de Zit vom 1. bis 13. Septämber (vilicht auf länger)? Mit em Auto (i ha keis) oder Zog oder Toff (da han i). Chris Locher, Florastr. 12, 9000 St. Gallen, (071) 23 33 39 (am Wochenend).

Ich, 28, suche eine Reisepartnerin für 6–8 Wochen, Start Anfang September. **Richtung Fernost.** Regula Häfeli, Tel. P. (01) 53 41 30, G. (01) 715 41 71.

Möchtest Du auch **Skandinavien** kennenlernen? Ich (21) suche dringend noch eine(n) Reisepartner(in). Rückkehr spätestens 23. 8. Stefan Eichenberger, Mattackerstr. 15, 8052 Zürich, (01) 301 45 20.

Wer kommt mit mir, m., 20, im August für 3–4 Wochen **per Inter-Rail nach Skandinavien?** Roger Graf, Crêts-de-Champel, 1206 Genf, Tel. ab 14. 7. 80: (022) 20 42 11, int. 32.

Wer reist mit durch **Südamerika?** Ich (30) bin unterwegs von Nov. 80 bis März 81. Melde Dich doch bei mir: Verena Walder, Austr. 21, 9230 Flawil, Tel. (071) 83 41 49.

Bahntrampers! Suche Begleitperson für Inter-Rail-Trip quer **durch Europa, ohne feste Reiseroute.** Zwischen 1. Juli und 10. August. Niggi Huber, Maienweg 11, 4153 Reinach BL, Tel. (061) 76 49 89.

Wir sind jetzt schon 5 junge Leute und suchen noch mehr unternehmungslustiges Volk, das **mit uns nach Spanien** kommen will, um ein Fest zu machen. Abfahrt Bern–Barcelona Sa. 26. 7. 1980. Schreib mir und schliess Dich an. Bruno Frei, Kirchbergstr. 161, 3327 Lyssach BE.

Mexiko–Südamerika. Ich starte Sept./Okt. für ca. 6 Monate. Wer kommt mit? Tel. (052) 27 65 81, Franziska.

Ich (34, m.) suche eine aufgeschlossene **Reisepartnerin** für die Zeit vom 27. (evtl. 20.) Juli bis 10. August. **Ziel: noch zu vereinbaren.** Tel. (01) 362 45 67.

Suche Reisegefährten (-in) nach **Indien.** Abfahrt ca. 24. Juli, Dauer ca. 5 Wochen. Gute Gesundheit, kein Komfort-Verlangen. Interesse an Erkundung, Eigenschaften u. Problemen des Landes (z. B. Entwicklungsfragen). André, Student, 20jährig, Lausanne. Spr. Deutsch, Franz., Engl. Tel. (021) 35 53 36.

Mitfahrgelegenheit nach England! Ich fahre am 15. oder 16. August **mit dem Auto nach Folkestone** (Nähe Dover), wo ich während 14 Tagen Tennisferien mache. Wer fährt mit? Tel. P. (065) 22 94 78, G. (065) 24 17 92.

Wiedereröffnung der Praxis

Dr. Fred A. Sigg

- **Interdisziplinäre Krisenberatung**
- **Psychoanalyse und -therapie**
- **Kurztherapien**
- **Beziehungshilfe**

Leib-seelische Selbsterfahrung, Selbstbefreiung und Selbstfindung auf tiefenpsychologischer Basis in Verbindung mit neoreichianischen Körpertherapien, östlichen bioenergetischen Praktiken und Meditationstechniken aus Zen und Tantra.

Intensivtherapien während der Semesterferien, einzeln und in Kombination mit Gruppen

Steinhaldenstrasse 51, 8002 Zürich

Telefon 202 27 68
(10 bis 13 Uhr)

Seit 1962 existiert in Sardinien in der Provinz Oristano eine Frauenkooperative, die sich vor allem mit gemeinsamem Einkauf beschäftigt. Vor drei Jahren haben die Frauen begonnen, sich auch um die Touristen zu kümmern. Frauen der Kooperative nehmen in ihre Familien zahlende Gäste auf. Sie stellen ein Zimmer zur Verfügung und bereiten das Frühstück und das Nachtessen zu. 1979 kostete ein Ferientag pro Person 7000 Lire, also etwa 14 Fr. Heute ist es sicher etwas teurer. Die Frauen freuen sich vor allem über Gäste, die sich auch für sie und Sardinien interessieren. Hast du Lust? Die Kooperative vermittelt dir gerne ein Zimmer am Meer oder in den Hügeln.

Schreibe an: **CAS Cooperativa allevatrici sarde s.r.l.,** via Giotto 4, 09170 **Oristano**/Sardegna, Italia, Tel. 0039/783/78670.

Kreuzworträtsel Nr. 11

Abo bis Dezember 1981

Schreiben Sie auf eine Postkarte die **4 in der Legende zu 64 waagrecht gesuchten Wörter** und nehmen Sie damit an der Verlosung von 5 Abos bis Ende 1981 teil. Lösungen bis 1. September 1980 an: «das konzept», **Kreuzworträtsel,** Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

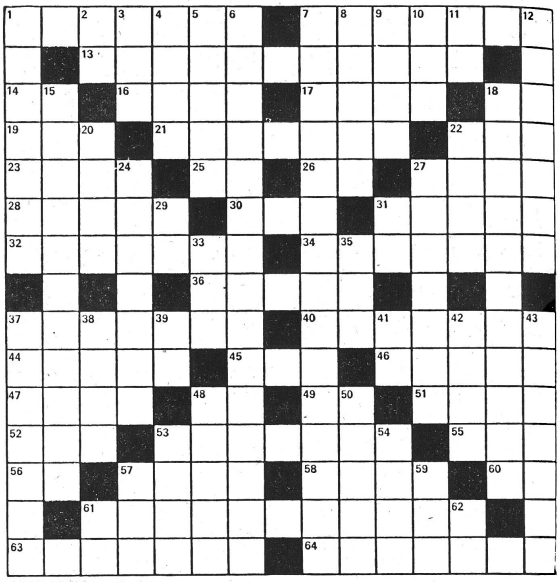
Wir wünschen Ihnen einen guten Sommer, warm bis heiss. Unsere nächste Nummer erscheint am 9. September – mit Kreuzworträtsel für Genies(ser) Nr. 12.

waagrecht (i=j=y)

1 siehe 64 waagrecht
7 Spanisches Goldtal (3 Wörter)
13 Woran Jugendliche Freude zu haben scheinen (3 Wörter)
14 siehe 19 waagrecht
16 Bidonville
17 Heutzutage etwa soviel wie klar, o. k., natürlich, in Ordnung, sicher!
18 Aller Pfaffen Anfang
19 Wanze mit Schwanz wie 14 waagrecht
21 Armeemotorfahrzeugpark in Ulle zum Spritzen?
22 DFE
23 Kränzchen eines Erleuchteten?
25 «Unbekannt» und «fliegend» muss erwähnt werden; dass es sich um ein Objekt handelt, ist wohl klar
26 So kurze Vorlesungen sind allseits geschätzt
27 Hätte man Cäsar ein o für ein u vormachen können, so wär's für ihn eine Knabe gewesen
28 Wo die Wut wohnt
30 Modern Joseph
31 Von der Mitte aus häufig nach beiden Seiten
32 Dem zweiten Vogel kann man das erste mit Erfolgsaussichten befehlen (2 Wörter)
34 Der zweite hat das erste erst im Zirkus handhaben gelernt . . .
37 . . . und dort hat der gleiche erste wohl auch zum ersten Mal eine zweite angezogen (je zwei Wörter)
36 Der englische Ich-Süchtige fehlt sich selbst
40 Mutige Politiker, einmal im ersten, sind eine zweite Tät! (2 Teile)
44 Die Misere ist noch um 1000 schlimmer
45 Von hinten, von vorn – mein Name est François
46 Das Sprichwort stimmt wohl nur insofern, als einer mindestens dann nicht beisse, während er dies
47 Macht Schweinchen dick
48 Schuheputzen für Schweizer Soldaten
49 1 000 000 000 000 g in t
51 Why don't we do it there?
52 Kopf- und fusslose Verwandte ist ein fleissiges Londoner Tierchen
53 Sendet das zweite ein erstes, so ist es ein ganzes
55 Schnee ohne Schweiz und Ende
56 Diesmal nur kurz bei dir
57 So klein könnten die Zürcher Jugendlichen es machen, hätten sie eines
58 Verkehrter Inhalt im Stimmzettelschlucker
60 Fast Dichlordiphenyltrichloräthan
61 Jedes Konzentrats Schicksal
63 Europäische Gemeinschaften, Redressement National, Spanien, Vereinigte Staaten, oder Spanien, Graubünden, Norwegen, Europa, Schweden
64 Lösung für Gilgen: Zuerst das, dann gefedert, dann nach 18 senkrecht, anschliessend ein Riesen 38 senkrecht mit viel 1 waagrecht

senkrecht (i=j=y)

1 Ohne Polizei keinen!
2 Die Kernkraft ihrer Gegner
3 So steht er (kopf!), the one who wants you, wenn sich viele weigern
4 Ach Paula! Dein Kopf . . . wo?
5 Lösung = $\frac{5 \cdot um}{2}$
6 Der erste um ein zweites ist jetzt auch in BE und BS im Gange (2 Wörter)
7 Nur die zählt. Keine Delegation!
8 Schöner geht's nun wirklich nicht mehr
9 In dieser Batterie steht diese Henne unter diesem täglichen Stress
10 Mit 62 senkrecht: Sucht oder Genuss?
11 Ohne yx mindestens im Deutschen wertlos
12 Was der Zürcher Stadtrat in letzter Zeit nicht alles für Ansinnen als eine gute solche bezeichnet hat
15 Gemäss Bibel ist dies für einen Häuserbauer eine Scheissempfehlung
18 siehe 64 waagrecht
20 Geschütteter Seich – **dafür medizinischer**
22 Der andere war Dick
24 Womit die Fahrt beginnt
27 In Zürich führt einer Esel **spazieren** (siehe auch 18 waagrecht)
29 Zweie
31 Ein Tandem – kürzer als ein Velo
33 Hätte François mehrere 45 waagrecht . . .
35 Eine richtige Atmosphäre beginnt **sich erst** zu bilden
37 Wenn der Inselbewohner begeistert **kopf** steht und ruft: «Mein Elba!», findet ihn der senkrechte Franzose immer noch liebenswürdig
38 siehe 64 waagrecht
39 Gilgen ins 18 senkrecht wünschen: **ohne Ehren** – kurz, bündig
41 Russische TV?
42 Rückblickend ein kurzes Sommerlager
43 . . . hat einen Ort (2 Wörter)
48 er, wir, ihr, sie (2 Wörter)
50 Auf der Strasse 1000 Franken – auf der Waage soviel Kilo
53 Diese Forderungen müsst ihr durchsetzen!
54 Dieser Hahn kann auch fliegen – nicht nur laufen, Wasser lassen und verstopft sein
57 Des Japaners Freud und Leid
59 mit 61 senkrecht schätzt das nicht jede Verena
61 siehe 59 senkrecht
62 Ein Schweizer von ganz links trägt's am **Auto** zur Schau



Optik Iselin

Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

Wir suchen Sekretärin

die nach Diktat ca. 5 Stunden pro Woche **französische** Korrespondenz erledigen kann.

Anwaltsbüro Rambert und Garbade
Tel. 52 90 77.

Lösung zu Kreuzworträtsel Nr. 10 in Nr. 6/80

waagrecht: 1 Thema, 5 IMP, 8 AZ ade, 13 Aula, 14 Trick, 15 Oder, 16 Stuss, 18 Ogi, 19 Prise, 20 echt, 22 sana, 23 Haus, Opern, 25 Hirn, 26 Sieg, 29 Drink, 31 BfU, 33 Silbe, 35 rote, 36 wurmt, 38 doof, 39 ill, 40 no nukes, 41 SLE, 42 aler, 44 Adele, 45 esoH, 46 Rex, 48 Ehe, 49 Che, 50 days, Lider, 52 MET, 53 rid, 54 Sem, 57 Uran, 59 Manet, 61 NATO, 63 Mir, 64 Lot, Gnom, 65 oir

senkrecht: 1 TASS, 2 Hut, 3 elue, 4 Maschine, 5 iro, 6 Migros-Frühling, 7 PCI, 9 Zorn, Neid, 10 adia, 11 DES, 12 Erek, 17 shark, 19 Paris, 21 un, 22 SES, 24 Adrian, 25 Hitler, 27 Glosse, 28 Befehl, 30 Roll, 31 Bundesrat, 32 umkleiden, 34 Bolo, 36 Wo A, 37 TEE, 43 reden, 45 Ehren, 47 xAt, 49 Ces, 51 Rum, 52 Mar, 55 Mao, 56 tor, 58 RI, 59 Mo, 60 to, 62 ti.

Lösung: Rebellion ist berechtigt

Studienreform 1980

VSS

Frischer Wind im Unibetrieb?

Von Pierrot Hans

Lohnt sich der Einsatz für Reformversuche, nachdem diese in den vergangenen Jahren kaum je über «Anpassungsleistungen» an den herrschenden, technokratischen Wissenschaftsbetrieb hinausgegangen sind, überhaupt? Wo wäre anzusetzen? Wozu? Vermag die studentische Bewegung dieser Tage eine Wende zu bringen? Entsteht hier der notwendige inneruniversitäre Druck für Veränderungen? – Diese Fragen standen im Zentrum des Studienreformseminars, welches die studentischen Verbände VSS, VSU und VSETH am 13./14. Juni in Zürich durchführten.

Von studentischer Seite waren in den letzten Jahren immer wieder Stellungnahmen zu einzelnen Fragen verfasst worden – fanden aber kaum ein grösseres Echo. Seit dem Abflauen der Studentenbewegung Anfang der siebziger Jahre verloren sich viele Kräfte in aufreibenden Auseinandersetzungen um neue studentische Organisationen, inhaltliche Fragen mussten zurückstehen, konnten kaum mobilisieren.

Dieser Entwicklung entspricht eine öffentliche Bildungspolitik, wie sie auch Seminarteilnehmerin *Elisabeth Michel-Alder,* Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates, in ihrem Einführungsreferat aus eigener Erfahrung schilderte: Nach einer kurzen Bildungseuphorie Ende der sechziger Jahre, als der Ruf nach *«Ausschöpfung der Begabtenreserven»* laut wurde, als unter dem Titel *«Chancengleichheit»* neue Bevölkerungsschichten für eine akademische Ausbildung herangezogen werden sollten und entsprechend vor allem für Mittelschulen, aber auch für Hochschulen recht grosszügig Geld in Aussicht gestellt, zum Teil auch investiert wurde, als sogar für Studienreform-Anliegen nicht mehr alle Ohren taub waren, kam es mit der Rezession umgehend zur grossen Ernüchterung: *Ablehnung des Bildungsartikels, Rückzug des «Lausanner Modells» zur Studienfinanzierung, Ablehnung des Hochschulförderungsgesetzes, Personalstopp* – in jüngster Zeit Drohung von *Subventionskürzungen* seitens des Bundes und *Kreditkürzungen* seitens des Kantons.

Keine Vorstellung von Hochschulpolitik

In letzter Zeit steht Hochschulpolitik fast ausschliesslich unter dem Titel *«Bewältigung des Studentenberges und Finanzknappheit»* (auch wenn gleichzeitig von Steuerfusssenkung die Rede ist). Alle Restriktionen wirken sich aber sehr direkt auf die konkrete Studiensituation des einzelnen Studenten (zunehmender Selektionsdruck, Verschulung, immer schlechteres «Betreuungsverhältnis» usw.) bzw. Studienwilligen aus – auch der offene Numerus clausus liegt noch in der Luft. Am schlimmsten sind wie immer Kinder aus sozial schwächeren Schichten und Randgruppen betroffen – was jeder Bemühung um Chancengleichheit diametral entgegenläuft.

In diesen «bildungspolitischen» Rahmenbedingungen ist auch für echte Studienreformanliegen kaum Platz: Elisabeth Michel-Alder charakterisiert die heutige Situation mit den folgenden drei Thesen:

1. Heute gibt es keine deklarierte, geschweige denn einheitliche Vorstellung von Hochschulbildung. Faktisch produzierte die Hochschule «einigermassen informierte Leute für mittlere Stellungen». Das Studium ist nur ein «Propädeutikum für die Forschung».

2. Reformen, die heute an den Hochschulen durchgeführt werden, gehen kaum über «Anpassungsleistungen», die das Funktionieren des Betriebes garantieren sollen, hinaus.

3. Die Diskrepanz zwischen möglichen Zielen von akademischer Bildung und dem realen Studium ist offensichtlich. Die Unzufriedenheit der Studenten manifestiert sich gerade in diesen Tagen deutlich. Auch viele Professoren sind nicht mehr zufrieden.

Günther Thüer von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis, indem er die Ausweglosigkeit der bundesdeutschen Studienreformbewegung, welche von den heute entscheidenden Faktoren Finanzknappheit und Arbeitsmarktbewirtschaftung buchstäblich abgewürgt wird, schilderte. *Professor J. Klüver* von der Gesamthochschule Essen schliesslich stellte die Krise des Studiums als Krise der Wissenschaft selbst dar. Wissen und Wissenschaft seien uns als Betroffenen, als Lernenden, aber auch als Lehrenden, durch die einseitige Förderung hochspezialisierten und abstrakten Wissens eigentlich abhanden gekommen, und das wichtigste Ziel eines Studiums müsste darin bestehen, sich die Wissenschaft ganzheitlicher, das heisst auch in ihrem gesellschaftlichen Bezug, anzueignen.

Die Bildungs- und Ausbildungsziele – ihr gesellschaftlicher Bezug

Ein Konsens über die Ziele einer akademischen (Aus-)Bildung besteht in unserer Gesellschaft nicht (vgl. oben). Entsprechend kann auch von einer eigentlichen Bildungsplanung nicht die Rede sein. Bildungspolitische Entscheidungen fallen kurzfristig (und kurzsichtig), wobei aktuelle Finanzlage der öffentlichen Hand und Arbeitsmarktlage die hauptsächlichen Bestimmungsfaktoren sind. Gesellschaftliche Interessen werden sehr einseitig durch (vor allem finanz-)mächtige Interessengruppen, zum Teil durch direkte Finanzierung von Forschungsprojekten, wahrgenommen. Das bedeutet, dass jeweils sehr spezifisches, kurzfristig verwertbares Wissen und die entsprechenden Spezialisten produziert werden. Die Frage nach gesamtgesellschaftlicher Relevanz des Wissens bzw. Kompetenz des Wissenschaftlers wird kaum gestellt.

- *aus politischer Sicht* muss hier klar die Forderung nach *breiter demokratischer Kontrolle* der Bildungsinstitutionen aufgestellt werden, konkret: breite öffentliche Zugänglichkeit der Ergebnisse, Aufsicht durch das Parlament, innere demokratische Mitbestimmung aller am Bildungsprozess Beteiligten, maturafreie Zulassung, zum Beispiel mit Berufsausbildung.
- *Aus wissenschaftskritischer Sicht* muss die *extreme Spezialisierung* mit der entsprechenden Entfremdung von den alltäglichen Bedürfnissen, dem Verlust an Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse für Betroffene wie für die Spezialisten selbst *radikal in Frage gestellt werden.* Aneignung von Wissen muss Aneignung von Wissenschaft in einem ganzheitlichen Sinne bedeuten und ist nur in grösseren Sinnzusammenhängen möglich, im Bezug zu gesellschaftlicher Praxis.

– persönlich

Bei der heutigen Entwicklung der Studentenzahlen einerseits und der Arbeitsmarktsituation anderseits sind immer mehr Studenten in der Lage, dass sie bei Studienabschluss geringe Chancen haben werden, direkt eine Stelle zu finden, die ihrem Ausbildungsgang genau entspricht. Dies kann nicht die Forderung nach Reduktion der Studentenzahlen rechtfertigen, denn erstens sind die Berufsaussichten für Nichtakademiker nicht besser – im Gegenteil –, und zweitens ist eine demokratische Gesellschaftsordnung auf eine möglichst gute Bildung für jeden einzelnen angewiesen.

Zwar ist die psychologische Situation sehr vieler Studenten bestimmt durch die Unsicherheit der Berufsperspektiven bzw. ihre Übersetzung in die Studiensituation (Leistungsdruck, Selektion, Konkurrenzverhalten statt Beziehungen, politische Kontrolle usw.). Einer Überanpassung an diese Zwänge muss aber entschieden begegnet werden – durch psychologische Beratung, insbesondere aber durch *Veränderung der Studiensituation.*

- Jeder einzelne muss lernen, mit Unsicherheiten zu leben: seinen Bildungsgang unabhängiger von direkter beruflicher Umsetzbarkeit zu gestalten, nach ihm persönlich und gesellschaftlich wichtigen Fragestellungen auszurichten, nach Berufsbildern, die erst noch zu schaffen sind.
- Aus dieser Sicht wird Selektion, welche über Selbstkontrolle hinausgeht, sinnlos und kontraproduktiv, weil sie die persönliche Entfaltung nur einengt. Sie dient damit nur der Entmündigung und undemokratischer Machtdurchsetzung, ist politische Repression.

Die Selbstorganisation des Studiums

Entgegen den allgemeinen Verschulungstendenzen an allen Hochschulen, die immer darauf ausgerichtet sind, Wissen und Fertigkeiten möglichst spezifisch und «effizient» in Studentenhirne abzufüllen, muss in der heutigen Situation dringender denn je die möglichst weitgehende Selbstbestimmung des eigenen Studienganges gefordert werden.

- *Selbständiges Arbeiten in Gruppen,* je nach Bedarf betreut durch Tutoren, ist ein idealer organisatorischer Rahmen – bei den heutigen Löhnen sehr kostengünstig
- *Projektorientiertes Arbeiten* ist der ideale inhaltliche Rahmen für die bezugsreiche Aneignung von Wissen, Fertigkeiten und besonders Handlungskompetenz. Es ist nicht nur vom Anfang des Studiums an möglich, sondern ist die ideale Form, sich neu in ein Gebiet einzuarbeiten.

Es ist die einzige Arbeitsform, die einen gewissen Überblick über das erworbene Wissen, ein ganzheitliches Verständnis gewährleistet.

Wie können die Studienreformziele durchgesetzt werden?

In den einzelnen Fachbereichen (Seminare, Institute) ist der einzelne Student von der Studiensituation betroffen, hier müsste er sich einrichten, seinen Studiengang selbst bestimmen können. Demokratische Mitbestimmung in allen Fragen, die den Lehrbetrieb betreffen, ist hierzu unabdingbar.

Um solche und andere Forderungen durchzusetzen, ist aber eine breite solidarische Basis notwendig. Gerade hier beginnen aber die Schwierigkeiten: Bei der heutigen Studiensituation beginnt die Mobilisierung der Studenten bereits beim gegenseitigen Bekanntmachen, um die lähmende Anonymität zu überwinden: Mentorate älterer Studenten, Kochgruppen, freie Arbeitsgruppen usw. sind vorgeschlagen als erste Schritte zur Sensibilisierung für gemeinsame Anliegen. Für die konkreten Arbeiten sind auch in den Fachvereinen die Mitarbeiter meist sehr dünn gesät.

Als vorläufige, allerdings eher individualistische Selbsthilfe bietet sich die Selbstorganisation neben dem Lehrbetrieb, zusammen mit gleichgesinnten, an. Übergreifende Forderungen auf der Ebene der Gesetzgebung, der bildungspolitischen und weiteren Rahmenbedingungen wurden seit dem Erlahmen der 68er-Bewegung wieder fast ausschliesslich von den studentischen Verbänden verfochten: durch Vertreter in verschiedensten Gremien, durch politische Vorstösse, durch Öffentlichkeitsarbeit und vereinzelte Aktionen. Die Notwendigkeit dieser Verbände wurde nach der Zerstörung einzelner Zwangskörperschaften mit grossem Einsatz für den Aufbau neuer Strukturen bestätigt. Ihre Effizienz für die Durchsetzung studentischer Anliegen ist trotzdem in Frage gestellt, was nicht nur in spärlichen Erfolgen, sondern auch in der schwachen aktiven Beteiligung der Mitglieder zum Ausdruck kommt.

Es stellt sich auf dieser Ebene verschärft die Frage, ob sich der Einsatz der Aktivisten überhaupt lohnt. Angeregt durch eine spontane Revolte von Jugendlichen, die noch viel weniger privilegiert sind als die Studenten, ist nun plötzlich auch unter uns wieder ganz neue Bewegung gekommen: Tausende von Studenten versammeln sich auf der Strasse hinter Forderungen, die zwar schon alt aber bisher kaum gehört und immer noch oder wieder brennend aktuell sind. Viele sind anscheinend plötzlich wieder bereit, sich zu engagieren: in Fachvereinen, in Arbeitsgruppen usw. Etwas wie ein Aufatmen ist durch viele gequälte Geister gegangen. Ist eine Wende eingetreten? Ist wieder etwas möglich?

Ich nehme nicht an, dass diese jetzige Bewegung allein alles verändern wird. Aber sie ist zumindest eine unverhofft wuchtige Ergänzung unseres Versuchs, mit dem Studienreformseminar die breite Diskussion unserer Anliegen neu zu lancieren. Dass diese studentische Bewegung eben nicht isoliert stattfindet, sondern zusammengeht mit einer viel breiteren Jugendbewegung, liegt so sehr in unserem eigenen wie im gemeinsamen Interesse.

Es ist zu hoffen, dass sich die Einsicht in die notwendige gegenseitige Ergänzung von «Bewegung» und «Organisation» längerfristig durchsetzt, denn ohne die Basis einer aktiven Bewegung vermag ein Verband wirklich sehr wenig. Umgekehrt wird der Bewegung der Atem bei längerfristigen Zielen eher ausgehen, Kontinuität noch schwerer zu erhalten sein.

In gegenseitiger Ergänzung dürfte aber einiges möglich sein – neben einer besseren Stimmung auch konkrete Ergebnisse.

Neue VSS-Broschüre

Studienreform – konkret

Rechtzeitig vor den grossen Sommerferien ist die *«Studienreform»-Broschüre* fertiggestellt worden. Sie repräsentiert ein umfassendes Protokoll des VSS-Studienreformseminars, welches Mitte des vergangenen Monats in Zürich stattgefunden hat. Unter anderem enthält sie sämtliche *Referate,* die *Protokolle der Arbeitsgruppen* sowie eine Zusammenfassung der *Plenumsdiskussionen* und des *Podiumsgesprächs.* Die Broschüre umfasst 40 Seiten und kostet 3.– Fr. und kann mit unten stehendem Talon angefordert werden.

Anz. Ex.: _____

Name: _____

Adresse: _____

Einschicken an: VSS, Erlachstr. 9, 3012 Bern

Streik an der Uni Bern

Der Frust war dabei

Am 19. Juni führten die Berner Studenten einen eintägigen Vorlesungsstreik durch. Die Studentenschaft der Uni Bern hatte zu dieser Aktion aufgerufen, nachdem zehn Studenten, welche vor Jahresfrist an einer Fakultätssitzung für Mitbestimmung demonstriert hatten, von einem Berner Gericht zu Bussen verurteilt worden waren.

Freispruch für die Verurteilten war die zentrale Forderung der Streikenden. In einer eindeutig gutgeheissenen Resolution verlangten sie zudem paritätische Mitbestimmung für die Studenten und die Einstellung aller hängigen Disziplinarverfahren. Der Forderungskatalog gipfelte im Begehren nach einem Amtsenthebungsverfahren für diejenigen Dozenten, welche durch ihr mitbestimmungsfeindliches Gebaren den studentischen Protest heraufbeschworen hatten. So verständlich die studentischen Forderungen sind, so gering sind ihre Realisierungschancen.

Was da einige hundert Studenten forderten, ist seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, Kern jeder studentischen Interessenvertretung. Ob sich die Dozenten und Behörden durch Aktionen wie den Studentenstreik zu einer fortschrittlicheren Politik bewegen lassen, muss bezweifelt werden. Zumal die Beteiligung am Streik eher unter den Erwartungen blieb. Darüber konnten auch die gutbesuchten Gegenveranstaltungen und die festartige Stimmung nicht hinwegtäuschen. Es fehlte die handfeste politische Diskussion, der Glaube an die Wirksamkeit des gewählten Kampfmittels.

Daran vermochte der bundesdeutsche marxistische Ökonom Winfried Wolf ebensowenig zu ändern wie die Vertreter der AKW-Gegner oder des Migros-Frühlings, welche im Rahmen der Gegenveranstaltungen sprachen. Die an der Uni so oft vermissten alternativen Lehrinhalte kamen zum Zug, viele wird dies zu Recht befriedigt haben. Auch die interuniversitäre Solidarität spielte: Solidarisch mit den Zürcher Studenten sah man sich das von Alfred Gilgen verbotene Videowerk über die Zürcher Krawalle an.

Während am Morgen des Streiktags noch einige schlechtbesuchte Vorlesungen stattfanden, fielen die Lehrveranstaltungen im Hauptgebäude am Nachmittag grösstenteils aus, weil die Streikenden die Treppen besetzten. Ob der erzwungene Nichtbesuch der Vorlesungen als Erfolg verbucht werden kann, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, dass sich angesichts der scheinbaren Perspektivenlosigkeit des studentischen Protests eine Ratlosigkeit breitmachte. Die Beharrlichkeit, mit der sich die Dozenten und Politiker weigern, Vorschläge zu einer Demokratisierung der Hochschule ernsthaft zu diskutieren, muss zu einer Überprüfung der studentischen Politik führen.

Doch: Ist studentische Opposition nicht genau dann hoffnungslos zum Scheitern verurteilt, wenn sie darauf abzielt, in einer und gegen eine immer autoritärer und geschlossener werdenden Gesellschaft eine demokratische Hochschule zu verwirklichen? Der Widerspruch liegt in der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Sie, die Demokratie stets als eine ihrer historischen Errungenschaften zu preisen weiss, nimmt wesentliche Bereiche des Lebens von eben dieser Demokratie aus. Es gilt, die Gesellschaft an ihre liberalen Grundgedanken zu erinnern. Hier liegt die Notwendigkeit des studentischen Protests. Dabei müssen auch unrealistische Forderungen gestellt werden, denn ihre Aufgabe wäre ein Sieg für diejenigen, welche einer Demokratisierung des Bildungsbereichs entgegenstehen.

Felix Wolffers

Solidarität mit den Ethnologen

Unannehmbare Disziplinierung

Der Versuch der zürcherischen Erziehungsbehörden, eine laufende und unbequem gewordene Forschung zu blockieren und bereits erarbeitetes wissenschaftliches Material zwangsweise sich anzueignen, hat uns erschreckt. (. . .)

Wir meinen, dass dieser Eingriffsversuch der Behörden bloss deutlicher als bei anderen Gelegenheiten sichtbar macht, welche Rolle der Wissenschaft, besonders der Sozialwissenschaft, von staatlicher Seite mehr und mehr zugedacht wird: die Rolle eines Führungsinstruments, das den Spitzen des Landes zur Verfügung steht und unter Ausschluss der betroffenen oder untersuchten Gruppen gehandhabt werden soll. Wir sind daher der Ansicht, dass Ihre Weigerung, das Videomaterial den Behörden zu übergeben, breiteste Unterstützung verdient. Wir verstehen sie als Absage an staatliche oder andere Machtinstanzen, die sich die Kompetenz anmassen, zu bestimmen, was Wissenschaft sei und was nicht.

Der Versuch, Forschungsmaterial zu konfiszieren, stellt lediglich die jüngste Eskalationsstufe beim Versuch obrigkeitlicher Disziplinierung der Forschung dar. Darob sollen aber die Druckmittel einer restriktiven Finanzierungspolitik und vor allem der Personalpolitik nicht vergessen gehen. Die letzten Jahre waren durch eine lange Reihe von Berufsverboten gekennzeichnet, die sich gegen Personen richteten, welche nicht genehme Auffassungen von Wissenschaft vertraten. Dadurch sind für viele im Forschungssektor Tätige nachgerade unannehmbare Arbeitsbedingungen entstanden.

Die Assistentenvereinigung des Soziologischen Instituts der Universität Zürich

Ethisch nicht mehr verantwortbar

Die vom Erziehungsdirektor verfügte Anweisung, den Videofilm, das heisst zu wissenschaftlichen Zwecken aufgenommene Daten, an die Behörden abzuliefern, hat gefährlichen Präzedenzcharakter. Besonders in den Sozialwissenschaften wären nämlich zentrale Forschungsvorhaben ethisch nicht mehr verantwortbar, wenn damit gerechnet werden müsste, dass – aus welchem Anlass auch immer – Datenmaterial ohne Einwilligung des oder der Betroffenen von behördlichen Stellen zur Einsicht angefordert werden kann. Eine umfassende gesetzliche Regelung aller Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz wissenschaftlicher Daten ist daher im Interesse der betroffenen Personen wie der Forschung dringend notwendig. (. . .)

Selbstverständlich wird sich kein ernsthafter Wissenschafter der Pflicht entziehen können und wollen, über die Wissenschaftlichkeit seiner Arbeit immer wieder Rechenschaft abzulegen. Der übliche Rahmen dafür ist heute die – weltweit geführte – fachliche Diskussion über Methodik, Zielsetzungen und Forschungsergebnisse. Eine Ausweitung dieser Diskussion auf andere Kreise – einschliesslich politischer Instanzen – ist im Sinne eines demokratischen Wissenschaftsverständnisses durchaus zu begrüssen. Durch eine behördlich dekretierte «Überprüfung», verbunden mit gleichzeitigem Vertrauensentzug, wird aber ein Klima erzeugt, in dem wesentliche Beiträge hierzu kaum zu erwarten sind. (. . .)

Wir bedauern, dass die unverhältnismässigen Massnahmen politischer Instanzen dem Ansehen des in Zürich noch jungen Wissenschaftszweigs Ethnologie und der ganzen Universität einen Schaden zugefügt haben, dessen Ausmass sich noch nicht abschätzen lässt.

Die Assistenten des Psychologischen Instituts der Universität Zürich

Die hier auszugsweise wiedergegebene Stellungnahme wurde von den Assistenten des Psychologischen Instituts mit grosser Mehrheit beschlossen.

Gegen eine politisch gegängelte Wissenschaft

Die Vorfälle rund um das Ethnologische Seminar der Universität Zürich bilden nicht nur einen massiven Eingriff in die wissenschaftliche Arbeit durch eine sachinkompetente Behörde, sie werden darüber hinaus künftiges Zusammenarbeiten zwischen Wissenschaft und Informanten aus der Bevölkerung unendlich erschweren: Grundsätzliches Misstrauen und Auskunftsverweigerung gegenüber einer politisch gegängelten Wissenschaft müssen zur unvermeidlichen Normalreaktion werden. (. . .)Forschung im empirischen Feld setzt in der Pädagogik wie in jeder sozialwissenschaftlichen Disziplin ein ungebrochenes Vertrauen der «Feldsubjekte» in die Wissenschafter voraus. Nur so ist überhaupt an die zuverlässige Datenerhebung zu denken. Eine Wissenschaft, die ihre Daten aber ohne Zustimmung weitergibt, verdient dieses Vertrauen nicht! (. . .)

Die Lehr- und Lernfreiheit verlangt eine zugestandene Eigenverantwortlichkeit der Lehrenden und Lernenden über ihr Tun. Dies ist wohl das entscheidendste Qualitätsmerkmal wissenschaftlicher Arbeiten; ein Verlust (Wegnahme) von Eigenverantwortung hat Relevanzeinbussen, Verlust an Glaubwürdigkeit usw. zur Folge. (. . .)

Sind Bücherverbrennungen anerkanntermassen ein Relikt aus dem Mittelalter und einzig dem Zweck der Fortschrittsverhinderung dienlich, so erfährt diese – als überholt geglaubte – Praxis heute noch eine Steigerung: Statt bloss der Vernichtung sollen fortan missliebige Daten der Aufbewahrung und (späteren politischen) Verwertung zugeführt werden!

Pädagogischer Fachverein der Universität Zürich

AKTUELLER DENN JE

Unser NZZ-Jubiläumsposter
mit Leseregeln.

Bestellen Sie mit dem Talon
auf dieser Seite!

Die Telefonziitig

braucht Hörer, (01/242 11 12)
Informanten (01/242 63 27)
und Gönner (PC 80 – 53650)

---

das konzept

hat eine Liste zusammengestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel liberal und unkompliziert handhaben.
Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf Informationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Erfahrungen, die mit diesen Adressen gemacht werden, finden etwa halbjährlich ihren Niederschlag in einer Neuauflage dieses Merkblatts.
Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redaktion, und legen Sie ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert bei.

Rechtsservice

Haben Sie Probleme mit den komplizierten Verfahren unserer Justiz und möchten sie einen fortschrittlichen Anwalt ins Vertrauen und zu Rate ziehen, dann wenden Sie sich ans «konzept». Wie geben Ihnen auf Anfrage Adressen von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich bekannt. Wir können Ihnen nicht Ihr Recht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie:

das konzept

(01) 47 75 30

---

das konzept – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis inkl. Porto + Verpack.
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78		9.20
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978		3.20
...	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	(vergriffen)	4.20 5.50
...	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–)	gefalzt ungefalzt in Rolle	2.20 3.50
...	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»		1.40
...	Alte «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		12.—
...	Poster «Unser Strauss» (aus Nr. 1/78)	ungefalzt in Rolle gefalzt	4.— 2.40
...	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	ungefalzt in Rolle gefalzt	4.— 2.40
...	Poster «Gesellschafts-Schichten (aus Nr. 6/79)	ungefalzt	7.20
...	Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr.2/80)	ungefalzt	6.—
...	Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68»		2.40
...	Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz»		2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)		1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)		1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» III (Jan 80)		1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» I (Okt 78)		1.40
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz II (Okt 79)		1.40
...	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78		1.40
...	Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu)		1.40

Zahlungsmodus

☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei.
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei. (*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

Dann reisen Sie für nur 375 Franken mit der Bahn einen ganzen Monat lang kreuz und quer durch 20 Länder Europas. (In der Schweiz zum halben Preis.) Mit dem Inter-Rail.

Oder für nur 25 Franken einen Monat zum halben Preis durch die Schweiz.
(1 Jahr Fr. 150.–)
Mit dem Jugendabonnement.

Den ausführlichen Prospekt erhalten Sie am Bahnschalter oder im Reisebüro.

SBB

Heute trampt man mit der Bahn.

Werbedienst SBB

DAS GIBT'S DOCH NICHT !

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

VCS

Verkehrs-Club der Schweiz
Zentralsekretariat
Bahnhofstrasse 8
3360 Herzogenbuchsee
Telefon (063) 61 51 51

Der VCS wächst. Und damit wachsen auch die Aufgaben in seinem Zentralsekretariat.

Unser Team (zwei Sekretärinnen, der Redaktor der VCS-Zeitung und der Zentralsekretär) kann vieles, was wünschbar wäre, nicht mehr bewältigen.

Was uns fehlt, ist ein(e)

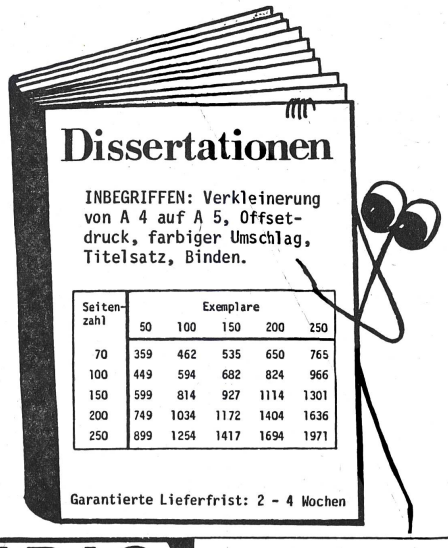
Mitarbeiter(in) für Presse und Information

der (die) sich mit grosser Selbständigkeit einem breiten Tätigkeitsfeld wird widmen können:

- Verfassen von Stellungnahmen, Pressecommuniqués, redaktionellen Artikeln
- Beantwortung der Anfragen von Journalisten, Politikern, Behörden, VCS-Mitgliedern
- Aufbau einer Dokumentation über Verkehrsfragen aller Art
- Kontakte zu Presse, Radio und Fernsehen
- Herausgabe eines Presse-Informationsdienstes
- Organisieren von Pressekonferenzen

Sind Sie an Verkehrsfragen besonders interessiert? Möchten Sie sich mit uns für die Verwirklichung eines menschen- und umweltgerechteren Verkehrswesens einsetzen? Dann rufen Sie uns doch an oder schreiben Sie uns. Wir freuen uns, mit Ihnen ganz unverbindlich über die zukünftigen Aufgaben und die Anstellungsbedingungen zu diskutieren.

Keine Angst vor tiefen Preisen!



Seitenzahl	Exemplare 50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54